

Untersuchungskommission des Wiener Gemeinderates

Missstand bei der Gewährung und Überprüfung der widmungsgemäßen Nutzung von Fördergeldern durch die Gemeinde Wien

3. Sitzung vom 13. Jänner 2020

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit	S. 3
2. Zeugeneinvernahme von OSR Mag. Robert Oppenauer	S. 3
3. Beweisanträge	S. 5
4. Zeugeneinvernahme von Mario Rieder	S. 10
5. Zeugeneinvernahme von Mag. Brigitte Bauer-Sebek	S. 28
6. Zeugeneinvernahme von Christoph Reinprecht	S. 43

(Beginn um 10.01 Uhr)

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Kollegialbehörde!

Ich darf Sie herzlich zur 3. Sitzung der Untersuchungskommission und zur ersten Sitzung im Jahr 2020 begrüßen, Ihnen nachträglich noch alles Gute für den Jahreswechsel wünschen und darauf hinweisen, dass ich mich in Abänderung meines ursprünglichen Planes nach Erhalt eines Schreibens der MA 56 vom 23.12.2019 entschlossen habe, Ihnen anstelle der ursprünglich geplanten geistigen Nahrung in Form von Erdnüssen, ein Mon Cherie auf den Tisch zu legen, das auch Alkohol enthält, weil wir heute beruhigende Einwirkung brauchen können. Es werden heute einige gravierende an die Grenzen der Verfassung rüttelnde juristische Dinge zu erörtern sein, und daher bitte ich Sie, heute die wertschätzende Haltung und den gegenseitigen Respekt immer in den Vordergrund, noch einmal in den Vordergrund zu stellen. Bei aller gebotenen sachlichen Differenz geht es heute wirklich ans Eingemachte. Ich danke Ihnen jetzt schon.

Grundsätzlich haben wir als Plan um 10 Uhr, gleich zu Beginn, als Zeugen Herrn OSR Mag. Oppenauer, Leiter der Wiener Schulverwaltung. Dieser Zeuge ist nicht von der Amtsverschwiegenheit entbunden, und ich bitte ihn trotzdem, jetzt im Zeugenstand Platz zu nehmen.

Wortmeldung Herr Mahdalik.

GR Anton **Mahdalik** (FPÖ): Ich ersuche, bevor wir in die Tagesordnung und in die Zeugenbefragung einsteigen, um Sitzungsunterbrechung und eine Zusammenkunft der Fraktionsführer. Wir haben zwei, drei wichtige Sachen zu besprechen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Wortmeldungen zu diesem Vorschlag des Herrn Abgeordneten Mahdalik? – Nicht. Ich komme gerne Ihrer Anregung nach und unterbreche die Sitzung für einmal vorerst zehn Minuten. Ich bitte den Herrn Obersenatsrat, wieder draußen Platz zu nehmen. Es wird Ihnen ein Kaffee serviert werden, ich werde dafür persönlich Sorge tragen. Danke.

(Unterbrechung um 10.03 Uhr)

(Wiederaufnahme um 10.33 Uhr)

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Um 10:37 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Ich bitte nunmehr Herrn OSR Mag. Oppenauer nochmals in den Zeugenstand. Bitte nehmen Sie Platz, Herr Obersenatsrat. Wann immer Sie antworten, drücken Sie bitte die grüne Taste auf diesem Mikrofon. Das wird aufgezeichnet. Ich muss auch immer vorher Ihren Namen nennen, nur damit Sie sich nicht wundern, wie hier der entsprechende Vorgang der Adressierung ist.

Ich danke einmal vielmals, dass Sie gekommen sind. Ich bitte um Entschuldigung, dass Sie jetzt etwas warten mussten. Sie können sich vorstellen, warum Sie warten mussten und warum es eine Fraktionssitzung gab, denn die erste Frage an Sie ist, ob Sie von der Amtsverschwiegenheit entbunden wurden.

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Ich bin von der Amtsverschwiegenheit nicht entbunden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke sehr. Haben Sie ein diesbezügliches Schreiben von Ihrem Vorgesetzten erhalten?

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Ja.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke. Die Kommission hat zu diesem Thema weitreichende weitere Überlegungen und wird Sie jetzt, ohne Sie in einer Form inkommodieren zu wollen, einmal zur Person befragen. Dann werden wir fragen, ob das Schreiben vom 23.12.2019 an die Kommission von Ihnen stammt. Das sind Fragen, die Sie, glaube ich, beantworten können, ohne dass Sie die Amtsverschwiegenheit verletzen.

Daher habe ich Sie jetzt formal über Ihre Rechte nach § 50 und 49 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes zu belehren. Die Aussage kann von einem Zeugen vor einer Verwaltungsbehörde dann verweigert werden, wenn er sich oder seinen nahen Angehörigen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung, finanzieller bedeutender Nachteile oder der Schande zuziehen würde, wenn er in Gefahr läuft, ein Amts- oder Geschäftsgeheimnis zu verletzen, ohne davon entbunden zu sein. Das sind im Wesentlichen die Entschlagungsgründe. Ansonsten, wenn Sie aussagen, müssen Sie aber die Wahrheit aussagen. Eine falsche Beweisaussage wäre nach § 289 Strafgesetzbuch mit bis zu einem Jahr Gefängnis bedroht. Haben Sie das verstanden?

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Ja.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke, Herr Obersenatsrat! Sie haben im Schreiben an die Kommission - das Schreiben trägt Ihre Unterschrift, deswegen frage ich, ob es von Ihnen stammt - mitgeteilt, dass Sie der Rechtsmeinung sind, dass die Kommission für den Untersuchungsgegenstand des Kinder- und Jugendvereines nicht zuständig sei. Haben Sie diese Meinung vertreten, Herr Oppenauer?

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Ja.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Sind Sie bereit, das ein bisschen auszuführen? Es ist jetzt eine Rechtsausführung und keine Tatsachenwahrnehmung. Damit können Sie auch ohne Probleme bei der Nichtentbindung von der Amtsverschwiegenheit, glaube ich, dieser Kommission Rede und Antwort stehen. Wir werden Ihnen dann in weiterer Folge mitteilen, wie wir das dann weiter behandeln werden. Danke vielmals. Bitte, Herr Oppenauer.

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Das Rechtsverhältnis mit dem Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung war ein vertragliches. Es betraf also einen Leistungsaustausch, Leistung gegen Entgelt. Es handelt sich hier um keine Förderung, also um keine Zuwendung, wo es keine konkrete Gegenleistung gab. Eine Förderung betrifft eine finanzielle Zuwendung einer Gebietskörperschaft, wo es keine konkrete Gegenleistung gibt. Diesbezüglich gibt es auch Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke, Herr Obersenatsrat! Jetzt bitte ich die Mitglieder der Kommission, nur zu diesem Thema, ausschließlich zu diesem Thema, Fragen zu stellen, weil wir dann nach dieser Fragerunde die Einvernahme des Zeugen OSR Oppenauer

bis zur Klärung der weiteren Vorgehensweise unterbrechen werden. Bitte, Herr Blind, FPÖ.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Guten Morgen zunächst. Ich gehe davon aus, ich kann unterstellen, dass Sie den Antrag vollständig gelesen haben.

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Ja.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Dann kennen Sie sicher auch die Seite 4 dieses Antrages. Ich darf zitieren: Darüber hinaus lagerte und lagert die Stadt Wien kommunale Aufgaben und Agenden der Daseinsvorsorge mittels entgeltlicher Vereinbarungen an externe Vereine und andere Rechtsträger aus. Es folgt eine Fußnote: So zum Beispiel Verein Wiener Volkshochschulen GmbH, Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung. Das heißt, nach unserer Ansicht geht es nicht nur um Subventionen im engeren Sinne, sondern wie sich aus diesem Absatz auch ergibt, um die Auslagerung kommunaler Aufgaben mittels entgeltlicher Vereinbarungen. Wo sehen Sie hier das Problem beziehungsweise was hindert Sie daran, mittels entgeltlicher Vereinbarungen ausgelagerte Tätigkeit als Untersuchungsgegenstand anzusehen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Einspruch! Diese Frage impliziert bereits eine Bezweifelung der schriftlich getroffenen Rechtsansicht des Zeugen. Sie wollen ihn jetzt durch Ihre Frage dazu bringen, dass er seine Rechtsansicht abändert, Herr Abgeordneter Blind. Das halte ich erstens für aussichtslos und zweitens wahrscheinlich auch nicht für sehr sachgerecht. Oder wollen Sie nur Argumente hören, die für Ihre Theorie, dass die entgeltliche Austauschleistung doch Gegenstand der Untersuchungskommission ist, hören? Ich bitte um Ihre Präzisierung, Herr Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Es geht mir darum, dass sich die bisherigen Ausführungen lediglich auf die Subvention bezogen haben. Der Zeuge hat auch Ausführungen lediglich zu Subventionen gemacht und uns erklärt, was Subventionen sind. Dadurch dass aber auch Gegenstand unseres Antrages dezidiert die Auslagerung von Agenden der Daseinsvorsorge mittels entgeltlicher Vereinbarungen ist und der inkriminierte Verein explizit in der Fußnote angeführt ist - ich verweise hier noch einmal auf Seite 4 -, darüber hinaus es auch noch - ich darf auf Seite 10 verweisen - explizit zum Untersuchungsgegenstand gemacht wurde und in einem Punkt II Punkt 2 die zu untersuchenden Missstände dezidiert aufgeführt wurde, nämlich die Nichtwahrnehmung der vorgesehenen Eingriffsmöglichkeiten in diesen Verein sehr wohl zum Tragen kommen als auch es als Missstände der Verwaltung bezeichnet wird - auf Seite 10, zweiter Absatz -, dass die Stadt Wien es verabsäumt hat, Rückforderungen geltend zu machen, schließlich auf Seite 18 zu Punkt 2 die Auslagerung kommunaler Aufgaben an Dritte auch im Antragstext selbst formuliert ist und nicht nur in der Begründung, sehe ich die Ausführung als unzureichend an und bitte diesbezüglich um Ergänzung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Abgeordneter Blind! Vielen Dank, dass Sie meine Arbeit für die zu erwartenden nächsten Schritte erledigen. Das werden wir alles wortwörtlich auch aufnehmen. Ich möchte den Herrn

Zeugen nur bitten: Haben Sie diese vom Abgeordneten jetzt ziemlich umfangreich vorgetragenen Teilaspekte auch berücksichtigt oder haben Sie das eher nicht getan?

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Ja, ich habe es berücksichtigt. Ich habe mich an den Untersuchungsgegenstand Förderungen gehalten und diesbezüglich das Schreiben vom 23. Dezember 2019 verfasst, darf aber im Übrigen darauf hinweisen, dass ich weiter nicht von der Amtsverschwiegenheit entbunden bin.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke, Herr Obersenatsrat. Ich fürchte, dass ich auch zum Schutze des Zeugen und in Anbetracht des von uns geplanten weiteren Vorgehens jetzt nicht viel tiefer dringen kann. Aber ich will das Fragerecht hier zu diesem Spezialthema Rechtsansicht des Zeugen, geäußert im Schreiben vom 23.12.2019, nicht abdrehen.

Herr Wiederkehr meldet sich. Entschuldigung, wenn ich von der Reihenfolge abgehe. Das ist hier wirklich nur eine zu einem einzigen Fragenkomplex bestehende Minirunde. Bitte, Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Mich interessiert, wie Sie zu der Rechtsauffassung gekommen sind, beziehungsweise wer in die Erstellung dieser Rechtsansicht involviert war, dass wir hier in der Untersuchungskommission den meines Erachtens nach relevantesten Verein gar nicht prüfen dürfen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Obersenatsrat. Es geht hier nach wie vor nur um dieses Thema 23.12., Ihre Rechtsmeinung.

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Ich bin natürlich aufgrund dieses Untersuchungsgegenstandes zu dieser Rechtsansicht gekommen und habe mich diesbezüglich auch im Geschäftsbereich Recht abgesichert.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Herr Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Konkrete Frage: Haben Sie diesbezüglich eine Weisung von einer Weisungsoberbehörde sozusagen bekommen, dass Sie so vorgehen sollen oder nicht?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich bin mir nicht sicher, ob die Frage noch von der Motivationslage umfasst ist. Ich lasse sie zu und überlasse es dem Zeugen, zu beurteilen, ob das noch zulässig ist oder nicht.

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Eine diesbezügliche Weisung habe ich nicht bekommen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Gibt es noch Fragen an den Zeugen zu diesem eingeschränkten Thema? - Wenn das nicht der Fall ist, bedanke ich mich einmal für Ihr Kommen, Herr Obersenatsrat. Es ist aber nicht fertig. Ihre Einvernahme wird jetzt unterbrochen und Ihre neuerliche Einvernahme ist für den nächsten Sitzungstermin der Kommission im Anschluss an die Einvernahme des Magistratsdirektors Dr. Hechtner. vorgesehen. Das wird am 23.1. etwa gegen 12 Uhr Mittag sein - nur damit Sie für Ihre persönliche Terminplanung schon Vorsorge treffen können. Ich bedanke mich noch einmal für Ihr Kommen und auch für Ihre Bereitschaft, zu Ihrer Motivationslage zum Schreiben 23.12. eine Teilaussage zu treffen. Danke.

OSR Mag. Robert **Oppenauer**: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: In der Kommission würde ich jetzt vorschlagen, dass wir mit der gewonnenen Zeit sorgsam umgehen und eine Fülle von Beweisunterlagen und die weitere Vorgangsweise zum soeben aus dem Zeugenstand entlassenen Zeugen OSR Oppenauer besprechen.

Ich ersuche in die Runde blickend um Anträge beziehungsweise Modifikation von Anträgen. Mir ist in Erinnerung, dass wir auch hinsichtlich der Zeugin vom Nachmittag noch eine Modifizierung eines Antrages erwarten.

Herr Mag. Auer-Stüger meldet sich schon zu Wort.

GR Mag. Stephan **Auer-Stüger** (SPÖ): Danke, Herr Vorsitzender! Ich kann Ihnen bekannt geben, es liegt ein Beweisunterlagen seitens der Fraktionen SPÖ und GRÜNE mit der Nummer 165 (*Anm. 907455-2019/165*) vor. Hier wird um die Ladung von Frau Mag. Brigitte Bauer-Sebek, Dienststellenleiterin der MA 13, als Zeugin zum Thema Community TV-GmbH ersucht. Wir möchten gerne diesen Beweisunterlagen heute abstimmen. Die Zeugin ist ja schon heute geladen, aber zum Verein Spittelberg, und wir wollen heute die Befragung nicht auch zu Community TV machen, sondern wenn dieser Beweisunterlagen heute eine Mehrheit finden sollte, die Kollegin dann zu einem späteren Zeitpunkt zu diesem Thema geladen wird.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Vielen Dank, Herr Auer-Stüger. Ich bitte um Wortmeldungen zu dieser Modifikation. - Wenn dem nicht der Fall ist, dann darf ich den Antrag mit der Modifikation zur Abstimmung bringen, die Zeugin wolle heute nur zum Thema Verein Spittelberg einvernommen werden. Im Anbetracht der sehr kurzfristig übermittelten Unterlagen zum Prüfungsfall Community TV werden wir eine gesonderte Terminfestlegung mit der Zeugin, möglichst beim nächsten Mal, weil da auch der zuständige politisch Verantwortliche in den Zeugenstand tritt, vereinbaren können; heute sogar kurzfristig im Anschluss an ihre Einvernahme.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Das ist keine einzige Stimme. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen. Danke schön.

Gibt es weitere Wortmeldungen, bevor wir zu den Beweisunterlagen kommen? - Wenn dem nicht so ist, dann stimmen wir in der Reihenfolge des Einlangens die Beweisunterlagen ab.

Diesmal war Frau Dipl.-Ing. Olischar am schnellsten. Beweisunterlagen mit der Endziffer 161 (*Anm. 907455-2019/161*): neuerliche Einvernahme des Mag. Dietmar Griebler. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wenn dem nicht so ist, frage ich nach Gegenstimmen. Ist wer gegen diesen Antrag? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Der nächste Beweisunterlagen bezieht sich mit der Endziffer 162 (*Anm. 907455-2019/162*) auf den Zeugen Dr. Christian Jungwirth. Dieser Antrag ist identisch mit dem Antrag der Sozialdemokraten und der GRÜNEN mit der Endziffer 164 (*Anm. 907455-2019/164*). Ich bringe daher beide Anträge, nämlich den mit den Endziffern 162 und 164 gemeinsam zur Abstimmung. Ist wer gegen die-

sen Beweisunterlagen? - Das ist nicht so. Damit ist dieser Beweisunterlagen einstimmig angenommen.

Nächster Beweisunterlagen mit der Endziffer 163 (*Anm. 907455-2019/163*): Einvernahme des Zeugen Dr. Oskar Wawra. Gibt es hier Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es hier Gegenstimmen? Ist wer gegen die Einvernahme von Dr. Wawra? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Beweisunterlagen einstimmig angenommen.

Ich komme zum modifizierten Antrag 165 (*Anm. 907455-2019/165*), der bereits erledigt und daher gegenstandslos ist.

Antrag mit der Endziffer 166 (*Anm. 907455-2019/166*) mit einer Anfrage von mir vor der Abstimmung an Herrn Kowarik. Da steht 2006 bis 2009. Ist das ein Schreibfehler, denn sonst läge der Zeitraum außerhalb unseres Untersuchungszeitraumes?

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Ich schau einmal in den Prüfungsbericht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Begründung, vorletzte Zeile. Ich helfe Ihnen kurz. Da steht drinnen: Mag. Richard Sellner hat im Zeitraum 2006 bis 2009 als Berichterstatter hinsichtlich der Prüfung des Vereins durch den Stadtrechnungshof fungiert.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Das ist korrekt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Dieser Zeitraum liegt aber außerhalb unseres Untersuchungszeitraumes.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Nichtsdestotrotz ist es sehr interessant, Herrn Mag. Sellner diesbezüglich zu laden und uns seine Wahrnehmungen über die Struktur dieses Vereines bekanntzugeben.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Jetzt verstehe ich Sie, Herr Mag. Kowarik. Das heißt also, Sie wollen seine aus der Vergangenheit gewonnene Expertise und Kenntnisse in Form einer Zeugenaussage verwerten. Ist das richtig?

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): So kann man es sagen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler** Gut. Wortmeldung Auer-Stüger

GR Mag. Stephan **Auer-Stüger** (SPÖ): Davon abgesehen, dass die Erkenntnisse nicht im Untersuchungszeitraum sind, will meine Fraktion nicht den Stadtrechnungshof prüfen, sondern die Verwaltung. Im Gegensatz zu der Formulierung „sind daher weiterführende Informationen zu erwarten“ sehen wir das nicht so. Darüber hinaus weiß ich jetzt auch nicht, ob die Funktion des Berichterstatters im Stadtrechnungshofausschuss für die Wahrnehmungen interessant ist, aber da kenne ich mich nicht aus. Das ist Sache des Stadtrechnungshofs selber und nicht meine. Meine Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler** Ich danke Herrn Mag. Auer-Stüger für die weitere juristische Verästelung des heutigen Tages, weil wir ja diesbezüglich ohnedies zu wenig Fragen haben. Mir steht es nicht an, das zu kritisieren, sondern ich bringe diesen Antrag mit der Endziffer 166 ganz einfach jetzt zur Abstimmung. Ladung und Einvernahme von Mag. Richard Sellner. Weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag?

Wer ist gegen diesen Antrag. - Gegen diesen Antrag ist die gesamte Fraktion der Sozialdemokratischen Partei, die GRÜNEN und die ÖVP. Dieser Antrag ist daher abgelehnt.

Ich bringe den Beweis Antrag mit der Endziffer 167 (*Anm. 907455-2019/167*) zur Abstimmung. Herr Mag. Auer-Stüger meldet sich wie gewohnt zu Wort.

GR Mag. Stephan **Auer-Stüger** (SPÖ): In Fortsetzung meiner Argumentation vom letzten Mal ersuche ich, diesen Antrag zurückzustellen. Wir haben die Kollegin Kopicetz zu diesem Verein Kinder- und Jugendbetreuung geladen. Wir haben generell die Diskussion zum Thema, wie weit der Verein Kinder- und Jugendbetreuung prüfbar ist. Ob es Sinn macht, Kollegen Koenne zu laden, möchte ich danach beurteilen, da wir heute noch beschließen werden, den Magistratsdirektor zu befragen. Wir werden Kollegen Oppenauer noch einmal dazu befragen. Wir werden heute Kollegen Rieder befragen, wir werden die Kollegin Kopicetz befragen. Ich weiß nicht, ob es Sinn macht. Ich bin also nicht der Meinung, dass es Sinn macht, heute schon zu entscheiden, ob es zielführend ist, Kollegen Koenne auch noch zu diesem Thema zu befragen. Daher stelle ich den Antrag auf Zurückstellung dieses Antrags.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler** Weitere Wortmeldung Kowarik

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Wie nicht anderes zu erwarten, drängen wir sehr wohl darauf, Herrn Mag. Koenne auch zu laden. Er war zuletzt organschaftlicher Vertreter dieses Vereins als Obmann-Stellvertreter, weil offensichtlich der Obmann dann nicht mehr vertretungsbefugt war, und ist im Vereinsregisterauszug als solcher auch erkennbar. Also müsste er über die Tätigkeiten des Vereins bestens informiert sein und uns tatsächlich alle Hinweise geben können. Daher beharren wir auf die Ladung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler** Herr Kowarik, glauben Sie nicht, dass es für diesen Zeugen schwierig wird, wenn sein Vertragspartner auf ein Geschäftsgeheimnis hinweist, dass er dann auch das gleiche Problem mit der Aussageverweigerung mit uns wieder spielt? Ich meine, ich will mich hier in Ihre Antragstellung nicht einmischen, aber die Frage der Rückstellung ist ja nicht ganz von der Hand zu weisen. Ich will euch zu nichts überreden, aber grundsätzlich halte ich die Idee für nicht so schlecht. Das haben wir nicht im Protokoll: Lächeln des Herrn Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Jetzt schon.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Herr Bilnd.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Wir werden von unserer Intention natürlich aus zwei Gründen nicht abgehen. Erstens einmal wollen wir hier keine antizipierende Beweiswürdigung vornehmen, ob jemand aussagen trifft oder nicht und aus welchen Erwägungen, sondern das würden wir ganz gerne hier selber auch wissen. Auch daraus lassen sich so manche Dinge ableiten, ob jemand etwas sagt. Zum Zweiten wollen wir natürlich auch der Raschheit nicht entgegenstehen. Wenn wir jetzt hier beginnen, Zeugaussagen peu à peu einzuholen, dann kommen wir

vielleicht auch entgegen dem, was in der Fraktionsvereinbarung grundsätzlich vereinbart wurde, nämlich dass das Ganze kompakt zu einem Verein pro Sitzungstag abläuft. Wir wollen also das Ganze kompakt zu einem Verein pro Sitzung abhandeln und nicht zerfleddern, wenn man das so bezeichnen kann, und daher werden wir natürlich dabei bleiben, den Herrn zu laden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Okay, ich nehme das zur Kenntnis. Wir stimmen jetzt einmal über den Antrag mit der Endzahl 167 ab und erst dann über den Rückstellungsantrag. Nein, umgekehrt, zuerst über den Antrag von Herrn Mag. Auer-Stüger, den Antrag mit der Endzahl 167 rückzustellen, bis Klarheit über die Aufhebung der Amtsverschwiegenheit des Zeugen Oppenauer durch den Magistratsdirektor am 23.1.2020 erfolgt ist. Ich bringe diesen Antrag jetzt zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag. - Gegen diesen Antrag ist die Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs. Gegenprobe. - Für diesen Antrag sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Antrag auf Rückstellung mehrheitlich angenommen, und es entfällt die generelle Abstimmung über den 167er, weil er ja mit der Maßgabe der Rückstellung grundsätzlich angenommen ist. Herr Blind, Sie nicken. Blind nickt - für das Protokoll.

Ich komme zum Beweis Antrag der Freiheitlichen Partei mit der Endziffer 168 (*Anm. 907455-2019/168*): Vorlage sämtlicher Statuten. Gibt es hier Wortmeldungen? - Nein. Ist wer gegen diesen Antrag? - Nein. Dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Antrag mit der Endziffer 169 (*Anm. 907455-2019/169*), ebenfalls von der Freiheitlichen Partei. Das ist jetzt ein Zeuge, Gruppenleiter Dr. Paul Jauernig. Gibt es hier Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es hier Gegenstimmen, ist wer gegen die Einvernahme von Herrn Gruppenleiter Dr. Paul Jauernig? - Das ist auch nicht Fall. Damit ist dieser Beweis Antrag einstimmig angenommen.

Jetzt kommt Herr Mag. Auer-Stüger zum Beweis Antrag 170 (*Anm. 907455-2019/170*).

GR Mag. Stephan **Auer-Stüger** (SPÖ): Wenn ich vom Vorsitzenden darum gebeten werde, selbstverständlich. (*Vorsitzender Dr. Wolfgang Heufler: Ich erinnere an die Fraktionsvorsitzendenbesprechung. Ist das nicht korrekt?*) Nein, nein, passt schon. (*Zwischenrufe und Heiterkeit. - Vorsitzender Dr. Wolfgang Heufler: Das gehört dem Herrn Blind, der hat mir sehr geholfen!*) Da brauchen wir ja kein Geheimnis daraus machen, die Fraktionen haben sich aufgrund des Wunsches von Kollegen Mahdalik vorher zurückgezogen und haben diskutiert. Zum einen haben wir rein organisatorisch das Ersuchen, dass Magistratsdirektor Hechtner bereits am 23.1.20 um 10.00 Uhr geladen wird, damit wir die Befragung durchführen können. Was die Modifikation betrifft, würden wir gerne den Vorsitzenden und die Geschäftsstelle Landtagskanzlei ersuchen, diese Rechtsmeinung fristgerecht auch schriftlich einzuholen und dass diese schriftliche Position auch zeitgerecht der Kommission zur Verfügung gestellt wird, damit wir das in die Befragung am 23. Jänner einfließen lassen können. Ich hoffe, das entspricht auch der Intention des Antragstellers.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Die Fraktionsvorsitzenden hatten in der vorherigen Sitzungsunterbrechung vorbesprochen, dass die Frage der Aufhebung der Amtsverschwiegenheit des Zeugen OSR Oppenauer ein Fall des § 59b Abs. 10 der Wiener Stadtverfassung ist, nach der die Untersuchungskommission eine Anfrage an die Dienststelle beziehungsweise Fachdienststelle zu richten hat, welche Hindernisse einer Entbindung entgegenstehen, welche Argumente gegen die Entbindung einer Amtsverschwiegenheit sprechen und für den Fall die Entbindung von der Amtsverschwiegenheit nachträglich erteilt wird oder eine vertrauliche Einvernahme des Zeugen zu erfolgen hat. Diese Anfrage ist noch heute zu beschließen. Im Sinne einer raschen und verfahrensökonomischen Vorgangsweise wird eine kurze Frist gesetzt.

Und es wird dann der Zeuge Magistratsdirektor Dr. Hechtner am 23.01. bereits in seiner Einvernahme diesbezüglich Stellung beziehen und uns Klarheit aus juristischer Sicht geben, was auch gleich eine Vielzahl anderer juristischer Fragen lösen wird. Das zur Erläuterung. Daher wird dieser Antrag der Freiheitlichen Partei Österreichs mit Modifikation durch die Sozialdemokratische Partei und der Endziffer 170 (*Anm. 907455-2019/170*) jetzt zur Abstimmung gebracht. I

Ist wer gegen diesen Beweisantrag? - Das ist nicht der Fall, dann ist dieser Beweisantrag einstimmig angenommen.

Ich komme zum Beweisantrag Nummer 171 (*Anm. 907455-2019/171*), er ist von der Freiheitlichen Partei, und das ist die Einvernahme des Bgm. Dr. Michael Ludwig. Gibt es da Wortmeldungen? Herr Ellensohn, die GRÜNEN.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Ich verstehe zwar, dass man den Bürgermeister einladen will, weil das das größte Spektakel ist. Er war im Wesentlichen aber nicht einmal Bürgermeister während der Phase, sondern Stadtrat für Wohnen, ein Ressort, das von den untersuchten Vereinen nicht betroffen ist. Ich halte den Antrag geschuldet dem Jahr, dass es 2020 ist und ein Wahljahr. Wir werden dem Antrag nicht zustimmen und hoffen, dass alle anderen Zeugen und Zeuginnen zum Erkenntnisgewinn genug beitragen können.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kowarik meldet sich.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Herr Kollege, ich empfehle, auch die Begründung durchzulesen. Hier geht es vor allem auch um die Tatsache, dass teilweise Akten und Aktenteile eben nicht vorgelegt worden sind. Und diesbezüglich wollen wir mit dem Herrn Bürgermeister, der an der Spitze der Verwaltung steht, wie Sie hoffentlich wissen werden - wir haben eine monokratische Verwaltung, ganz oben steht der Herr Bürgermeister. Darum würden wir ihn auch ganz gerne zu diesem Thema befragen, das steht in der Begründung drinnen. Das hat nichts mit 2020 zu tun. Danke.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Auer-Stüger!

GR Mag. Stephan **Auer-Stüger** (SPÖ): Den Inhalt vom Kollegen Kowarik will ich auch klären und das will auch meine Fraktion. Daher haben wir auch jetzt, ich glaube sehr gut, was halt heute die Rahmenbedingungen hergegeben haben, die Ladung des Magistratsdirektors beschlossen und ich finde, das ist ausreichend. Die politische Bewertung, warum die Ladung des Herrn Bürgermeisters seitens der FPÖ stattfindet, überlasse ich allen anderen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Gibt es neuerliche Wortmeldungen? Herr Wiederkehr ist heute auffallend ruhig.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ich werde dem Antrag zustimmen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke, Herr Wiederkehr. Ich bringe den Antrag (*Zwischenruf*) mit der Endziffer 171 (*Anm. 907455-2019/171*) daher zur Abstimmung.

Wer ist gegen den Antrag, den Bürgermeister als Zeugen zu vernehmen? - Das ist die Mehrheit, nämlich die GRÜNEN und die Sozialdemokraten sind dagegen. Daher ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung des Beweisantrages mit der Endziffer 172 (*Anm. 907455-2019/172*) "Vorlage sämtlicher Berichte der Internen Revision". Gibt es da Wortmeldungen dazu? Gibt es nicht. Dann bringe ich ihn zur Abstimmung (*Anm. 907455-2019/172*).

Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt keine Gegenstimmen, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit komme ich zu den Beweisanträgen der NEOS. Mit Endziffer 173 (*Anm. 907455-2019/173*) wird die Einvernahme des Zeugen Mag. Bernhard Bouzek, MA 27, Dezernat Internationale Aktivitäten, beantragt. Wortmeldung Herr Auer-Stüger.

GR Mag. Stephan **Auer-Stüger** (SPÖ): Aber ein bisel verifiziert diesmal, also verändert. Ich habe eine große Bitte an den Antragsteller, und zwar ob es möglich wäre, heute auf die Abstimmung dieses Antrages zu verzichten, weil wir heute den Kollegen Wawra geladen haben. Soweit meine Informationen reichen, war der damals der Vorgesetzte vom Kollegen Bouzek. Ich will quasi zuerst hören, was der Vorgesetzte zur Sachlage zu sagen hat und darnach befinden, ob es wirklich sinnvoll ist, den Kollegen zu laden, der Sachbearbeiter ist. Meine Fraktion hat schon den Zugang, quasi die Führungskräfte der Verwaltung zu diesen Gegenständen zu befragen: Das halte ich für notwendig, das ist nicht nur zumutbar, sondern wichtig zum Erkenntnisgewinn. Ich möchte nicht damit beginnen, alle Kolleginnen und Kollegen des Magistrates zu laden, die einen Akt bearbeitet haben. Ich habe das in der ersten Sitzung schon einmal gesagt. Ich verstehe, dass das Thema nicht nur interessant ist, sondern quasi auch, glaube ich, zur Einsetzung dieser Untersuchungskommission geführt hat. Das ist medial auch ziemlich prominent diskutiert worden. Wir haben zu dieser Angelegenheit auch schon mehrere Zeuginnen und Zeugen geladen und ich bin hinsichtlich der Einvernahme dieser Personen auch schon gespannt. Wie gesagt, ich begrüße explizit auch die Ladung des Kollegen Wawra,

aber würde ersuchen, dass wir diesen Antrag heute nicht abstimmen, stelle aber explizit nicht den Antrag auf Zurückstellung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Das kann ich gar nicht nachvollziehen. Wir haben nämlich erstens schon einen Antrag gemeinsam beschlossen, wo diese Person, der Sachbearbeiter nur ohne Namen in die Untersuchungskommission geladen wird. Hier gibt es schon einen Beschluss. Dieser Antrag dient nur der Präzisierung, weil wir jetzt aufgrund der Beweismittel die Person kennen. Und warum ist der Herr Bouzek so relevant? Weil wir in den Beweisunterlagen, die wir bekommen haben, gesehen haben, dass dieser Sachbearbeiter zahlreiche Mängel über den Verein auch schriftlich festgehalten hat und dann anscheinend eine Weisung bekommen hat, über die von ihm festgestellten Mängel hinwegzusehen. Und da ist es schon besonders relevant, die betroffene Person, den Sachbearbeiter, zu befragen, ob er von seinem Vorgesetzten die Weisung bekommen hat, und wenn ja warum, und wie er dann gehandelt hat. Weil in diesem Fall ist es essenziell, den Sachbearbeiter zu befragen, um Wahrheit und Aufklärung in diesen Fall Chorherr zu bringen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr, Sie sind nachhaltig aufgewacht, das ist klar. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Kowarik!

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Ja, das sehen wir genauso. Tatsächlich ist es ein ganz entscheidender Zeuge, der Kollege hat es schon ausgeführt. Nachdem er die Projektabrechnungen gemacht hat und offensichtlich, das ist ja im Stadtrechnungshofbericht tatsächlich beurkundet wenn man so will, und offensichtlich eine Weisung bekommen hat, wäre es von höchstem Interesse für die Kommission, wie diese Weisung ausgeschaut hat. Ob er sich gegen diese Weisung versucht hat zu wehren oder wie diese Weisung im Konkreten ausgeschaut hat. Also das ist für die Aufklärung dieses Verhandlungsgegenstandes entscheidend.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke, Herr Kowarik. Wortmeldung Herr Ellensohn, die GRÜNEN.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Auer-Stüger hat ja nur darauf hingewiesen, ob man es vielleicht zurückstellen könnte, falls man mit dem Herrn Wawra soweit kommt, dass alles, was der noch beantworten könnte, bereits erledigt ist. Wenn es der Wunsch ist und bevor es ausschaut wie, man will nicht, dass er kommt, dann laden wir ihn aber vielleicht in der Reihenfolge so, dass wir berücksichtigen - weil bei der vorigen Untersuchungskommission mussten wir dann am Ende auch Zeugen streichen, weil wir schon mit dem Inhalt fertig waren und nichts Neues erwartet haben -, dass man vielleicht zuerst den Wawra holt und dann den Bouzek.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ja, das ist absolut in unserem Interesse, es soll ja auch nicht das Scheinwerferlicht auf den Herrn Bouzek kommen. Es ist klar, dass der Vorgesetzte und Vorsitzende hier primär

Antwort stehen muss. Allerdings ist es relevant, hier auch danach den Sachbearbeiter zu hören.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Ellensohn, danke für den Brückenbau. Herr Kowarik, sind Sie damit auch einverstanden? Okay, dann darf ich bitten, dass Sie vielleicht als Antragsteller das jetzt ein bisschen in der Reihenfolge modifizieren, glaube ich. Das ist das einzige, was...

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Die Ladung der Zeugen obliegt ja eh Ihnen. Das heißt, es ist von uns in Ordnung, dass der einfach darnach dann geladen wird. Das ist für mich eine Frage der administrativen Handhabung und nicht des Beweisantrages.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ja, da brauchen wir jetzt kein Zwischenverfahren abführen. Da bin ich ganz bei Ihnen, ich wollte nur Ihr Okay dazu haben, was ich habe. Ich bringe also den Beweisantrag 173 (Anm. 907455-2019/173) mit dem kleinen Zusatz zur Abstimmung, dass der Zeuge Mag. Bernhard Bouzek zeitlich nach dem Zeugen Wawra vernommen wird. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen dazu erfolgen frage ich, ob es Gegenstimmen gibt.

Wer ist gegen den Antrag? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Beweisantrag einstimmig angenommen.

Beweisantrag Endziffer 174 (Anm. 907455-2019/174) ist die Beschaffung von Akten. Ich glaube nicht, dass eine Wortmeldung erfolgt.

Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Antrag? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Beweisantrag mit der Endziffer 174 (Anm. 907455-2019/174) einstimmig angenommen.

Es liegen keine weiteren Beweisanträge vor. Und jetzt, glaube ich, ist der Zeitpunkt günstig, dass wir die Problematik des Beschlusses über die Antragstellung nach Abs. 10 in 59d der Wiener Stadtverfassung machen. Ich würde gerne die Debatte eröffnen. Ich darf ganz kurz noch einmal wiederholen, dass, wie schon vom Zeugen Oppenauer heute kurz ausgeführt, am 23. Dezember die Kommission informiert wurde, dass die MA 56 der Meinung sei, wir hätten keine Prüfkompetenz, keine Untersuchungskompetenz, weil es sich nicht um Förderungen handelt, weil es sich nicht um Subventionen handelt, sondern um ein entgeltliches Leistungsverhältnis. Es wurde uns die Vereinbarung mit dem Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 1995 vorgelegt, wonach die Kinder- und Jugendnachmittagsbetreuung als gesetzlich aufgetragene Aufgabe von der Stadt Wien an den "Verein Kinder- und Jugendbetreuung" ausgelagert wurde.

Diese Vereinbarung wurde übermittelt. Sie wurde allen zur Kenntnis gebracht. Es gibt noch eine Ergänzung aus dem Jahr, glaube ich, 2007, wo dann die Beträge angehoben wurden. Zuletzt gab es eine Missstandsfeststellung im Rechnungshofbericht des Bundes aus dem Jahr 2019, die sehr genau und detailliert ist, die für jedermann zugänglich ist, die ich mir lange vor dem letzten Freitag ausgedruckt habe, und die eigentlich sehr klare Missstände aufgezeigt hat, die letztlich wohl auch zur Antragstellung für diese Kommission seitens der Freiheitlichen Partei geführt hat. Ich sehe, Sie nicken, meine Herren. Das

ist auch irgendwie ganz logisch und nachvollziehbar. Jetzt kommen wir in eine Situation, die äußerst unangenehm ist, weil selbst die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei und der GRÜNEN grundsätzlich Zeugeneinvernahmen aus diesem Rechtsträger, aus diesem Verein, zugestimmt und auch aus dem Bereich des Magistrates, Oppenauer, sogar beantragt haben, weil sie Transparenz haben wollten mit der nicht ganz unnachvollziehbaren Begründung: Wenn schon der Bundesrechnungshof für jedermann ersichtlich diese Mängel festgestellt hat, dann können wir es uns ja auch noch einmal anschauen. Dem ist aber nicht so. Die Rechtsmeinung ist jetzt plötzlich am Wort klebend und nicht mehr sinngemäß. Also Fördergelder und Subventionen sind jetzt ganz etwas anderes als die Auslagerung einer kompletten Aufgabe, einer hoheitlichen Aufgabe einer Gebietskörperschaft gegen Entgelt. Es gibt zwar eine Budgetvorschau, die vom Magistrat genehmigt werden muss, es gibt eine laufende Kontrolle, es gibt eine personelle, institutionalisierte, aufsichtsratsähnliche Funktion, wo Mitarbeiter der Stadt Wien in dem Verein organschaftliche Funktionen übernehmen, um ständig und jederzeit kontrollieren zu können, aber wir sollen das jetzt nicht mehr prüfen dürfen. Der Stadtrechnungshof darf prüfen, prüft allerdings, wie ich aus den übermittelten Unterlagen gesehen haben, hauptsächlich die pädagogischen Qualitäten und die schulrechtlichen und organisatorischen Dinge und weniger jetzt so die organisatorischen Einrichtungen dieses Vereins, insbesondere die Gehaltssituation. Es ist sehr interessant, dieses aus dem Jahre 1995 stammende Übereinkommen ist sehr, sehr, sehr weitblickend geschlossen worden, weil marktübliche Gehälter da drinnen grundsätzlich einmal analog vorgesehen sind, was ja auch okay ist. Es soll ja die bestmögliche pädagogische Betreuung für die Wiener Schulkinder erfolgen. Es ist auch keine Bindung an das Gehaltsschema der Beamten oder Vertragsbediensteten der Gemeinde Wien vorgesehen, was vom Bundesrechnungshof lustigerweise moniert wird. Und wie ich informell höre, hat es bei der Prüfung dieses Vereines durch den Bundesrechnungshof ordentlich geknirscht. Also da gibt es ganz sicherlich noch viel zu ermitteln und aufzuklären. Ich bin auch der Meinung, dass das grundsätzlich im Sinne unserer Kommission ist. Und jetzt haben wir einfach diese juristische Frage zu klären. Bevor wir sie endgültig klären, müssen wir jetzt einmal den Beschluss fassen, will diese Kommission - und das, meine Kollegen im Kollegialorgan mehrheitlich -, dass wir diese Anfrage an den Magistratsdirektor stellen, das ist die zuständige Stelle, ob er bei seiner Verweigerung der Entbindung der Amtsverschwiegenheit des Zeugen Oppenauer bleibt, welche Argumente er dafür zusätzlich zu dem, was wir heute gehört haben, noch ins Treffen führt, und eben noch zusätzlich die Frage einer allfälligen vertraulichen Einvernahme. Das müssen wir formal machen, um der Stadtverfassung Genüge zu tun. Dazu würde ich einen Mehrheitsbeschluss dieser Kommission brauchen und ich stelle auch diesen... Antrag kann ich nicht stellen. Ich ersuche um Antragstellung in diesem Sinne. Herr Blind, FPÖ.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Danke, Herr Vorsitzender. Wir stellen den Antrag selbstverständlich gerne, den Magistrat mit dieser Frage zu befassen. Ich darf der Einfachheit halber auf meine Ausführungen beim Kollegen Oppenauer verweisen, auf die Seiten 4, 9, 10 und 18 unseres Antrages. Ich glaube, die Ausführungen vorher waren in notwendiger Breite.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke schön, wir haben es im Protokoll. Gibt es noch Wortmeldungen? Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Vor allem auch für das Protokoll: Ich halte die Rechtsauffassung der Magistratsabteilung 56 für sehr, sehr problematisch. Das ist einer der zentralsten Vereine für diese Untersuchungskommission, der geprüft werden muss. Hier sich hinter dem Terminus "Förderung" zu verstecken ist für mich nicht nachvollziehbar, vor allem weil eben im Untersuchungsgegenstand ja auch die Auslagerung kommunaler Aufgabenbereiche an Dritte mitdefiniert ist. Dahingehend ist es nicht nachvollziehbar, warum sich der Magistrat auf die Rechtsauffassung zurückzieht, dass wir hier keinerlei Unterlagen bekommen. Und dass hier sogar das öffentliche Vereinsregister geschwärzt wird, ist eigentlich nur noch eine Schikane.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik!

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Danke, Herr Vorsitzender. Ich darf auch noch auf das Schreiben des Bundesrechnungshofes vom 8. Jänner verweisen, das uns erreicht hat, wo der Bundesrechnungshof bedauert, dass - ich interpretiere das jetzt einmal so - aufgrund einer Regelungslücke im B-VG er uns nicht mehr Unterlagen schicken kann als die veröffentlichten. Aber er verweist explizit, der Bundesrechnungshof, er weist uns darauf hin oder er verweist insbesondere, schreibt der Rechnungshof selber, auf diverse Akten und Möglichkeiten der Anfrage beim Magistrat, und weist hin auf die Personalakten beziehungsweise die Protokolle der Vorstandssitzungen beziehungsweise die entsprechenden Stellungnahmen der Stadtregierung zum Bundesrechnungshofbericht. Also es wäre kurios - oder "kurios", bitte schön, nehme ich zurück -, aber es wäre interessant, wenn offensichtlich alle Fraktionen bis vor Kurzem zumindest in diesem Raum davon ausgehen, dass man das prüfen darf, und auch der Bundesrechnungshof das offensichtlich so sieht, aber der Magistrat sieht es anders. Ich darf auch darauf hinweisen, dass dieses Thema in der Stellungnahme der Magistratsdirektion Recht zur Zulässigkeit ursprünglich überhaupt kein Thema war. Also man könnte fast meinen, dass man sich den Bericht, so wie auch der Herr Vorsitzende, noch einmal angeschaut hat und darauf gekommen ist, dass man da womöglich nicht so tief nachschauen will. Ich darf trotzdem festhalten: Also für uns ist das ganz entscheidend. Danke.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ja danke schön. Weitere Wortmeldungen? Die GRÜNEN? Naja, ich habe ja in Richtung der GRÜNEN schon gesagt, was auf der Bundesebene jetzt mit Kompetenzerweiterung für Rechnungshof und Ähnliches - das wünschen wir uns als Kommission auch. Ich möchte das wiederholen, was am

Ende der UK Wien Nord-Kommission von der Frau Dr. Rech gesagt wurde, dass wir hier über die Möglichkeiten der Untersuchungskommission einen dringenden Reformbedarf haben. Das ist tatsächlich jetzt nicht mehr für diese Kommission relevant, aber für alle folgenden. Ich möchte auch nicht verhehlen, dass ich diesen Akt der Schwärzung der Vereinsregisterauszüge, die ja für jedermann ersichtlich sind, als eher unfreundlichen Akt gegenüber meiner Person persönlich empfinde. Eine Behörde, die eine ersuchte Behörde im Amtsverkehr in dieser Form so behandelt, ist für mich keine vorbildliche Behörde, das darf ich ganz ausdrücklich festhalten, und schadet jeder politischen Verantwortung. Ich möchte hier meine Mitglieder meines Kollegialorgans von der Sozialdemokratischen Partei und von den GRÜNEN ausdrücklich freisprechen, weil die auch Aufklärungswünsche in diese Richtung geäußert haben und es sich hier offensichtlich um eine Einzelmeinung eines Formaljuristen, der am Wortsinn klebt, handelt. Wir haben alle im Jus-Studium gelernt, dass das für eine juristische Interpretation nicht ausreicht. Da gibt es verschiedene weitere Auslegungen. Ich möchte mich aber nicht verbreitern, weil wir sonst wertvolle Zeit vertun. Ein zweiter Punkt, der jetzt in diesem Zusammenhang aufpoppt - Entschuldigung, bevor ich mich verzettle, möchte ich das jetzt zur Abstimmung bringen.

Ist die Kommission bei der Beschlussfassung nach Art. 59d Abs. 10 der Wiener Stadtverfassung mehrheitlich der Meinung, dass wir die Nichtaufhebung der Amtsverschwiegenheit beim Zeugen OSR Mag. Oppenauer nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir beabsichtigen, selbst als Behörde die Amtsverschwiegenheit aufzuheben und ihn am nächsten Verhandlungstermin 23. Jänner, 12.00 Uhr, zu diesen Themen zu befragen?

Ist die Behörde daher auch mehrheitlich der Meinung, dass wir jetzt in Erfüllung dieser gesetzlichen Verpflichtung an den Magistratsdirektor die schriftliche Mitteilung richten, er möge seine Bedenken bekanntgeben und er möge mitteilen, ob eine vertrauliche Einvernahme zu erfolgen hat? Diese Abstimmung möchte ich jetzt durchführen.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann frage ich: Wer ist gegen diesen Antrag? – Niemand, damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Herr Mag. Fischer, bitte richten Sie heute noch per Mail die entsprechende schriftliche Bekanntgabe an den Magistratsdirektor. Danke schön. Wir setzen eine Frist bis Montag, 12.00 Uhr, und zwar kommender Montag, 20.1.2020. Danke, Herr Mag. Auer-Stüger, danke für Ihre wie immer produktive Wortmeldung.

2. Punkt. Ich möchte jetzt zu diesem Thema eine Anregung machen: Sollten wir nicht eine Sachverständigenmeinung einholen zu dieser Frage? Ich gebe zu bedenken, dass dieses Thema "Amtsverschwiegenheit, Amtshilfe" seit Jahrzehnten ein Dauerbrenner unter uns Juristen ist, dass es die verschiedensten Rechtsmeinungen gibt, und dass das die Büchse der Pandora nur weiter öffnet. Wollen wir einmal abwarten, wie die Reaktion des Magistratsdirektors zu dem Thema ist und uns vorbehalten, allenfalls weitere Rechtsgutachten zu dem Thema

einzuholen? Ist das im Sinne der Kommission? Dann bin ich schon fertig mit diesem Thema, danke, und glaube, dass wir eine kurze Unterbrechung verdient haben. 10 Minuten Pause.

(Unterbrechung um 11.21 Uhr)

(Wiederaufnahme um 11.40 Uhr)

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Um 11.40 Uhr eröffne ich die Sitzung der Untersuchungskommission und stelle fest, dass der Zeuge Mario Rieder bereits im Gebäude ist und bitte diesen nunmehr in den Zeugenstand.

Lieber Herr Rieder, vielen Dank für Ihr Kommen! Danke, dass Sie sich auch schon vor dem Zeitpunkt, der eigentlich für 12 Uhr festgesetzt war, zur Verfügung stellen. Wir haben Sie als Zeugen zu befragen. Ein Zeuge ist zur Wahrheit verpflichtet. § 289 des Strafgesetzbuches würde eine falsche Zeugenaussage vor einer Verwaltungsbehörde als gerichtlich strafbar ansehen. Sie haben als Zeuge aber ein Entschlagungsrecht, wenn immer die Beantwortung, die wahrheitsgemäße Beantwortung einer Frage Ihnen selber oder Ihren nahen Angehörigen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung, eines großen finanziellen Nachteiles oder der Schande gereichen würde, wenn Sie eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht durch die Beantwortung der Fragen verletzen würden oder wenn wesentliche weitere Argumente gegen Ihre Einvernahme sprechen würden. Haben Sie das verstanden? Sie sind also zur Wahrheit verpflichtet. Bitte immer Ihren Namen nennen, bevor Sie den Knopf drücken, der grüne Knopf wäre zu drücken. Danke.

Mario **Rieder**: Ja, ich habe es verstanden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke schön. Ich beginne im Rotationsprinzip mit den NEOS und es geht weiter beim Herrn Wiederkehr. Ihr ward dran? Entschuldigung. Dann bitte schön Frau Abrahamczik oder wer meldet sich *(Zwischenruf)*? Frau Rychly. Herr Wiederkehr, sind Sie so nett und charmant und geben Frau Rychly den Vortritt? Danke. Frau Rychly, Sozialdemokratische Partei.

GRin Yvonne **Rychly** (SPÖ): Welche Aufgaben, Herr Rieder, hat die Stadt Wien an die "Bildung im Mittelpunkt GmbH", vormals "Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung", übertragen?

Mario **Rieder**: Der frühere "Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung", deren Rechtsnachfolger jetzt die "Bildung im Mittelpunkt GmbH" ist, steht seit 1995 in einem Auftragsverhältnis zur Stadt Wien. Damals wurde aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses eine Vereinbarung, ein Auftragsvertrag zwischen der Stadt Wien und dem "Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung" abgeschlossen, der im Wesentlichen folgende Aufgaben enthält: Die Bereitstellung von Personal für die Abdeckung des Freizeitteils im Rahmen der schulischen Tagesbetreuung auf der Basis der jeweiligen Bedarfsmeldungen und der Bedarfserhebungen des Stadtschulrats. Eine weitere Aufgabe war die Bereitstellung von selbstständigen Betreuungsangeboten für Kinder an Wiener Pflichtschulen. Dieser Teil ist inzwischen mit spätestens 2019 ausgelaufen und wird aufgrund des Ausbaus der schulischen Tagesbetreuung nicht mehr wahrgenommen. Ein

weiterer Zusatzauftrag erfolgte dann im Juni 2017 auch aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses, nämlich die Bereitstellung von zusätzlichem Unterstützungspersonal vor allem im Bereich der psychologischen und sozialpädagogischen Betreuung von Schülern und Schülerinnen und der entsprechenden Unterstützung der Schulen durch fachliches Personal in diesem Rahmen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Rychly, ah, Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Danke sehr. Herzlich willkommen, Herr Geschäftsführer! Wir haben vom Bundesrechnungshof einen Bericht zum "Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung" aus dem Jahre 2019 bekommen. Meine Frage ist also: Es gibt da einige Empfehlungen, die vorkommen. Ich weiß, es wird jetzt schwierig, im Detail auf jede einzelne einzugehen, aber so im Groben: Welche Konsequenzen wurden denn daraus gezogen, aus diesen Empfehlungen des Rechnungshofes?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder!

Mario **Rieder**: Es hat eine Überprüfung des "Vereins Wiener Kinder- und Jugendbetreuung" im Jahr 2018 durch den Bundesrechnungshof gegeben. Der entsprechende Bericht wurde von uns auch zur Kenntnis genommen. Etliche Empfehlungen in diesem Bericht wurden schon im Laufe und parallel zur Überprüfung bereits von uns umgesetzt, da wir durch die Überprüfung auf bestimmte Tatsachen und Regelungen aufmerksam gemacht wurden, die optimiert weiterentwickelt und verbessert werden mussten. Das ist auch im Rechnungshofbericht so vermerkt, dass etliche Empfehlungen durch die neue Geschäftsführung bereits umgesetzt wurden. Wir haben in Folge nach Vorliegen des offiziellen Rechnungshofberichtes auch die weiteren Empfehlungen sehr ernst genommen und weitaus über 90 Prozent der Empfehlungen aus dem Rechnungshofbericht inzwischen auch umgesetzt beziehungsweise sind in der Endphase der Umsetzung. Es gibt einige wenige Empfehlungen, die nicht ganz entsprechend der Empfehlungen des Rechnungshofes umgesetzt wurden, wo es von uns in unserer Stellungnahme Argumentation gibt, warum wir das in anderer Weise umsetzen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Abrahamczik, bitte.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Weil Sie es auch selber angesprochen haben, im Bericht kommt öfter die neue Geschäftsführung vor. Kann ich davon ausgehen, dass Sie das sind, und wenn ja, seit wann?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder bitte.

Mario **Rieder**: Entschuldigung, ich habe den letzten Satz akustisch nicht verstanden.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Also ich gehe davon aus, dass Sie die neue Geschäftsführung sind,

Mario **Rieder**: Ja, Entschuldigung, ja.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): ... die im Bericht angesprochen wird und die Frage ist, seit wann Sie das sind.

Mario **Rieder**: Ich bin Geschäftsführer...

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder!

Mario **Rieder**: Ich war Geschäftsführer des "Vereins Wiener Kinder- und Jugendbetreuung" ab Februar 2017 bis zum Juni 2019 bis zur rechtsgültigen Auflösung des Vereins und bin jetzt Geschäftsführer seit 1. Jänner 2019 der „Bildung im Mittelpunkt GmbH“.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke, Herr Rieder. Gibt es noch Fragen aus der Sozialdemokratischen Fraktion? Wenn das nicht der Fall ist, kommt jetzt der Herr Wiederkehr dran, der sehr geduldig war. Danke.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Sehr, sehr gerne. Sie sind ja erst seit Februar 2017 Geschäftsführer, wie Sie jetzt gesagt haben. Das heißt, die Missstände, die in diesem Verein festgestellt wurden, sind ja vor Ihrer Zeit entstanden. Der Rechnungshof hat ja vom Februar bis Mai 2018 geprüft. Der Herr StR Czernohorszky hat nämlich in einem Interview einmal gesagt, dass Sie sich im Frühjahr 2018 an ihn gewendet haben mit den Informationen, dass da einige Unregelmäßigkeiten in der Vergangenheit waren. Ist es richtig so, wie es dargestellt wurde, und warum haben Sie genau zu dem Zeitpunkt dann den Stadtrat darüber informiert?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder bitte!

Mario **Rieder**: Es war so, dass ich im März 2018, als im Zuge der Überprüfung durch den Bundesrechnungshof offensichtlich wurde, dass es Grund zur Annahme gibt, dass etliche Regelungen formal nicht korrekt zustande gekommen sind, umgehend eine außerordentliche Vorstandssitzung des Vereins einberufen und den Vorstand umgehend darüber informiert habe. Meines Wissens hat dann aufgrund dieser Vorstandssitzung in Folge auch der Leiter der Magistratsabteilung 56, Robert Oppenauer, den Stadtrat auch umgehend über diese Tatsache informiert. Ich bin vom Stadtrat dann persönlich kontaktiert worden, um ihn detaillierter über meine Wahrnehmungen im Zusammenhang mit der Prüfung zu informieren. Also insofern stimmt die Darstellung. Ich wollte hier noch ein bisschen deutlicher, expliziter den Ablauf darstellen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Danke für den zusätzlichen Hintergrund. Das hilft natürlich, das alles in den Kontext zu setzen. Haben Sie vor diesem Zeitpunkt März 2018, als Sie auch die Geschäftsführung übernommen haben, schon geahnt oder Bereiche gefunden, wo Sie selbst gedacht haben, da sind in der Vergangenheit ein paar Sachen nicht ganz korrekt oder ordentlich abgelaufen? Oder ist das auch Ihnen erst durch die Prüfung des Rechnungshofes bewusst geworden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder!

Mario **Rieder**: Es ist natürlich so, dass, wenn man eine Geschäftsführung übernimmt, man einmal eine grundlegende Analyse der gesamten Organisation macht und jede Geschäftsführung natürlich auch andere Zugänge zu bestimmten Regelungen hat. Ich habe von Anbeginn an auch Organisationsformen, Strukturen, Regelungen vorgefunden, die mir zumindest nicht immer adäquat und zeitgemäß vorgekommen sind und habe versucht... Ich habe auch bereits im Jahr 2017 in Angriff genommen, etliche Strukturen weiter zu entwickeln, interne Regelungen und Abläufe weiter zu entwickeln, die meinem Ver-

ständnis einer zeitgemäßen Geschäftsführung und Aufstellung eines Vereins mit einem derartig großen operativen Volumen entspricht.

Man muss dazu sagen, dass der Verein in den 25 Jahren seit seiner Gründung sicher auch ein rasantes Tempo entwickelt hat, und dass vieles an Strukturen, die für einen Verein im Jahr 1995 mit vielleicht damals 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gepasst hat, inzwischen einem Verein mit über 1 000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus meiner Sicht nicht mehr adäquat war. Das heißt, ich habe versucht, etliches auch schon im Vorfeld zu optimieren und weiter zu entwickeln.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Von Februar 2018 an war ja dann der Bundesrechnungshof bei Ihnen im Haus. Wie war denn diese Phase der Prüfung? Wie wurde die von Ihnen begleitet und auch unterstützt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder!

Mario **Rieder**: Also grundsätzlich ist die Überprüfung durch den Bundesrechnungshof auch entsprechend unseren Verpflichtungen natürlich in vollem Ausmaß unterstützt worden. Wir haben dem Bundesrechnungshof sämtliche von diesem angeforderte Unterlagen zur Verfügung gestellt. Der Bundesrechnungshof war durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Bundesrechnungshofes auch mehrere Wochen physisch bei uns vor Ort, um eine Vor-Ort-Überprüfung vorzunehmen, weil bei dem Umfang der Unterlagen und Akten natürlich nur eine Vor-Ort-Prüfung auch in vielen Aspekten sinnvoll war. Es hat zwischendurch auch entsprechende Gespräche mit... und den verschiedenen verantwortlichen Abteilungsleitern und Abteilungsleiterinnen gegeben, um Fragen des Rechnungshofes zu beantworten und Erläuterungen zu unklaren Punkten zu geben. Ich hoffe, ich habe in dem Sinn Ihre Fragen richtig beantwortet.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Absolut. Kurze Nachfrage: Die Unterlagen, die der Rechnungshof gebraucht hat, gab es da eine gute Archivierung, Dokumentierung auch von der Zeit, bevor Sie die Geschäftsführung übernommen hatten? Oder gab es da auch Probleme, diese Unterlagen oder auch Verträge und Vereinbarungen überhaupt zu finden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder bitte!

Mario **Rieder**: Es fällt mit ein bisschen schwer, das aus meiner Sicht zu beantworten. Das könnten der Rechnungshof und die Mitarbeiter des Rechnungshofes wahrscheinlich besser beantworten, ob es deren Ansprüchen entsprochen hat. Nach meiner Wahrnehmung waren die Unterlagen durchaus vorhanden und auch im ausreichenden Ausmaß zugänglich. Wie gesagt, insofern kann ich jetzt nicht beurteilen, ob das auch aus Sicht des Rechnungshofes ausreichend war. Ich kann nur sagen, dass in der Schlussbesprechung mit dem Bundesrechnungshof im Bundesrechnungshof von diesem festgestellt wurde, dass dieser sich für die wirklich gute Zur-Verfügung-Stellung von Unterlagen und die professionelle Information bedankt hat.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ich gebe weiter.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Es geht weiter bei der Frau Olischar, ÖVP.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Grüß Gott auch von meiner Seite. Vielleicht, es ist immer schwierig, überall anzuknüpfen, weil so viele verschiedene Themenbereiche parallel angesprochen werden. Aber ich würde in meiner Fragestellung einmal gerne ein bisschen allgemein über den Verein nachfragen, wo grundsätzlich der Verein an welchen Schulen derzeit auch tätig ist, also an welchen Standorten genau, und wie viele Freizeitpädagoginnen und Freizeitpädagogen derzeit auch im Einsatz sind? Vielleicht können Sie uns da einmal ein bisschen ein Bild geben.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder bitte!

Mario **Rieder**: Die Zahlen sind im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ganztagschulen in Wien, der Ganztagsvolksschulen in Wien ständig in Veränderung. Wir sind mit jetzigem Stand an etwa 130 Ganztagsvolksschulen in Wien tätig mit etwa 1 450 Freizeitpädagogen und Freizeitpädagoginnen. Wie gesagt, der Einsatz der FreizeitpädagogInnen erfolgt aufgrund der Bedarfsmeldungen der Schulen, der Schülereinschreibungen und der für Nachmittagsbetreuung angemeldeten Kinder. Es ist so, dass dieser Bereich in einem laufenden Wachstum ist. Das heißt, dass jährlich etwa zehn Schulen, die auf Ganztätigkeit umgestellt werden oder neu eröffnet werden, zusätzlich mit unserem freizeitpädagogischem Personal betreut und bespielt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar!

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Sie haben jetzt gerade davon gesprochen, dass die Schulen den Bedarf bekanntgeben. Sind Sie da direkt mit den Schulen im Austausch oder geht das auch über die Stadt Wien? Welche Kommunikationsstränge sind da bei der Meldung die Praxis?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder bitte!

Mario **Rieder**: Es gibt hier einen klar definierten Prozess, der auch in unserem internen Kontrollsystem abgebildet ist und der auch den Vorgaben der Stadt Wien entspricht. Es ist so, dass es aufgrund der Schuleinschreibungen seitens der Schulen im Frühjahr die sogenannte GTB-Erhebung, das heißt die Erhebung zur ganztägigen Betreuung gibt. Das läuft datenbankbasiert über die Vision-Datenbank, die von Bildungsdirektion und Stadt Wien gemeinsam eingerichtet worden ist. Wir bekommen, vormals über den Stadtschulrat, jetzt über die Bildungsdirektion diese Daten, die von den Schulen erhoben worden sind. Bei offenen Fragen halten wir Rücksprache mit den Schulen und klären das noch einmal ab. Aber im Wesentlichen sind die aus der GTB-Erhebung erhobenen Daten des Stadtschulrats beziehungsweise jetzt der Bildungsdirektion dann die Planungsgrundlage für unsere Tätigkeit.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar!

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Sie haben es in einem Nebensatz in einer vorigen Beantwortung schon kurz erwähnt, dass sich natürlich seit 95 eini-

ges getan hat. Konkret aber auf die Zahlen sowohl der Standorte als auch der Pädagogen bezogen, die im Einsatz sind: Wie haben sich denn die Zahlen seit 2012 konkret entwickelt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder bitte!

Mario **Rieder**: Wenn ich kurz in meine Unterlagen blicken darf.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Der Zeuge nimmt Einsicht in seine Unterlagen.

Mario **Rieder**: Also ich kann Ihnen einen Entwicklungsstand der MitarbeiterInnen geben, dass es im Jahr 2009 etwa insgesamt 600 MitarbeiterInnen waren, im Jahr 2015 dann knapp 1 000 MitarbeiterInnen, im Jahr 2017, als ich als Geschäftsführer den Verein übernommen habe, waren es zirka 1 200 MitarbeiterInnen. Wir sind jetzt bei einem Stand, wie vorhin gesagt, von etwa 1 450 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, wobei zum Personalstand zu sagen ist, dass etwa 97 bis 98 Prozent des Gesamtpersonals FreizeitpädagogInnen sind, die an den Schulstandorten eingesetzt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar, noch eine Nachfrage? Sonst geht es weiter bei den GRÜNEN, der Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Guten Tag, Herr Rieder! Sie sind 2017 als Geschäftsführer in den Verein eingetreten. Wie lange dauert es oder wie schnell kann man dann feststellen, dass man es mit Sonderverträgen zu tun hat, mit außerordentlichen Vorrückungen, mit freiwilligen Jubiläumsgeldern, Bilanzgeldern, et cetera? Denn der Rechnungshofbericht selber kommt ja doch deutlich später und die Strukturänderungen kommen dann natürlich im Anschluss daran. Wie lange dauert es denn, wenn man das als Geschäftsführer übernimmt, bis man das selber sieht bevor es einem der Rechnungshof sagt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder bitte!

Mario **Rieder**: Es ist auch als Geschäftsführer nicht mit einem vernünftigen Ressourceneinsatz möglich, wirklich eine in die Tiefe gehende Prüfung über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahre zurück zu erstellen. Aus dem Grund gibt es ja andere Prüfverfahren. Ich musste mich als Geschäftsführer darauf verlassen, da es für den Verein ja für jedes Jahr einen Jahresabschluss gegeben hat, der von einem Wirtschaftsprüfer überprüft wurde. Diese Jahresabschlüsse hab' ich mir angeschaut, auch das Testat des Wirtschaftsprüfers. Bestimmte Zahlungen wie etwa die Zahlung von Jubiläumsgeldern waren in den Jahresabschlüssen auch deutlich ausgewiesen. Ich musste daher zu dem Zeitpunkt auch davon ausgehen, dass der Wirtschaftsprüfer diese auf die Rechtmäßigkeit der Zahlungen überprüft hat und diese korrekt erfolgt sind. Insofern hat es mir erst die Überprüfung des Bundesrechnungshofes mit seinen Prüfungsmöglichkeiten ermöglicht, auch gewisse Tatsachen zu sehen, dass bestimmte Regelungen, die weit über zehn Jahre zurückgehen, auf einer zumindest unklaren rechtlichen Basis entstanden sind wie es im Fall der Jubiläumsgelder war.

Also ich habe mit meinen Möglichkeiten 2017 eine Überprüfung durchgeführt, aber mich natürlich auch ver-

lassen müssen auf die Aussagekraft der Prüfungen, die von dritter Stelle im Vorfeld erstellt wurden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Es sind ja eine Menge Schritte der Reorganisation geschehen, inklusive GesmbH statt Verein und vieles andere und Personalwechsel.

Wie gut funktioniert denn jetzt die Zusammenarbeit mit der MA 56? Was wird berichtet? In welchen Abständen? Wem müssen Sie das berichten? Gibt es da regelmäßige Treffen mit dem Stadtrat oder mit dem Büro des Stadtrats?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ich möchte vielleicht die Frage ergänzen, sagen wir einmal eine Information, dass natürlich die wichtigste Achse der Zusammenarbeit die zwischen uns und der Bildungsdirektion und den Schulen ist, weil die diejenigen sind, die direkt die Dienstleistungen von uns beziehen, natürlich auch immer in klarer Abstimmung mit der Stadt Wien. Das heißt, es gibt natürlich einen regelmäßigen Austausch mit der Bildungsdirektion. Es gibt mit den einzelnen Schulen, es gibt zugleich auch, was die gesamte schulische Tagesbetreuung betrifft, eine Gesamtkommission zur schulischen Tagesbetreuung, in der die MA 56 federführend ist, sowie die MA 10 für den Bereich der Horte und die Bildungsdirektion sowie wir, also vormals der Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung und jetzt die Bildung im Mittelpunkt GmbH, von einer gesamten Wiener Sicht eine laufende Abstimmung zwischen Bedarf und tatsächlichem Betreuungsangebot, die stattfindet.

Was die MA 56 als Auftraggeber betrifft, ist es so, dass wir eben, wie vorher geschildert, auf Grund der Bedarfserhebungen der Schulen ein Finanzierungskonzept erstellen, das wir im Mai jedes Jahres, wie mehrmals in der Vergangenheit, immer auch der MA 56 übermittelt haben, ein Finanzierungskonzept, ein Organisationskonzept und einen Dienstplan, und es im Zuge dieser Vorlage unter Prüfung dieser Konzepte auch laufende Rückfragen per Mail und in Besprechungen durch die MA 56 gegeben hat und auch jetzt gibt, bevor dann die Freigabe des endgültigen Finanzierungskonzeptes durch die MA 56 erfolgt. Sollten außergewöhnliche Ereignisse sein, setzen wir uns natürlich auch umgehend mit der MA 56 in Verbindung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Danke. - Nachdem immer groß medial die Gehälter allerorts die Aufmerksamkeit auf sich ziehen und alles vermischt wird von 100 000 EUR im Monat bei den Casinos und 7 000 EUR woanders, und alles ist immer zu viel, und es wird alles durcheinandergemischt: Wie ist denn jetzt die Abgeltung für Leitungsfunktionen geregelt? Gibt es da irgendeinen Vergleich mit den Vertragsbediensteten der Stadt Wien? Und sind die Zulagen jetzt klar definiert und mit transparenten Kriterien versehen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ja, darauf beziehen sich auch einige Empfehlungen des Rechnungshofs, die wir auch umgesetzt haben. Es ist grundsätzlich zur Entlohnung zu

sagen, dass wir als Organisation dem Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Österreich unterliegen. Grundsätzlich erfolgt die Entlohnung der MitarbeiterInnen, die nicht ältere Dienstverträge haben, die aus der Zeit vor dem Kollektivvertrag herrühren, entsprechend des Kollektivvertrags mit einer kollektivvertraglichen Einstufung. Im Kollektivvertrag ist vorgesehen, dass Zulagen für Leitungsfunktionen - die sind nicht näher im Kollektivvertrag definiert - auf betrieblicher Ebene zu regeln sind.

Entsprechend der Empfehlungen des Rechnungshofs wurde das von uns auch nachgebessert. Es gibt jetzt ein transparentes System von Leitungs- und Sonderfunktionszulagen, das je nach Verantwortungsstufe gestaffelt ist, das ich im Juni 2019 auch der MA 56 vorgelegt habe und von dieser auch dahingehend überprüft worden ist, ob das auch den Logiken der Stadt Wien entspricht, und von der MA 56 freigegeben wurde. Alle Neubesetzungen von Leitungsfunktionen, die von mir als Geschäftsführer in dem letzten Zeitraum durchgeführt wurden, wurden auch nach dieser Logik eines Kollektivvertragsgehalts mit einer transparent ausgewiesenen Leitungszulage vertraglich so abgeschlossen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Ellensohn. - Keine Fragen. - Dann gehen wir zur Freiheitlichen Partei. Herr Kowarik, bitte.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Kowarik, Freiheitliche. - Herr Rieder, Sie sind 2017 Geschäftsführer dieses Vereins geworden.

Haben Sie vorher schon eine Funktion gehabt oder waren Sie angestellt bei diesem Verein?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Den letzten Teil habe ich nicht verstanden.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Ob Sie schon vor Ihrer Zeit als Bestellung des Geschäftsführers bei diesem Verein eine Organfunktion hatten oder angestellt waren bei diesem Verein?

Mario **Rieder**: Nein, ich hatte überhaupt keine Beziehungen zu dem Verein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Danke. - Kowarik. - Sie haben vorher in einer der ersten Stellungnahmen ausgeführt, dass Sie in Ihrer Tätigkeit als Geschäftsführer festgestellt haben, dass etliche Regelungen formal nicht korrekt zu Stande gekommen sind - da habe ich mir das mitgeschrieben - und auch, dass etliche Strukturen und Regelungen nicht mehr zeitgemäß waren. So haben Sie es genannt. Darauf hinauf haben Sie dann im Jahr 2018 diese außerordentliche Vorstandssitzung einberufen.

Meine Frage: Ich würde Sie bitten, dass Sie uns konkretisieren: Welche Regelungen sind formal nicht korrekt zu Stande gekommen beziehungsweise welche Regelungen und Strukturen waren nicht mehr zeitgemäß?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, ich weise darauf hin, dass Sie auch gerne in Ihre Unterlagen Einschau nehmen können.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ich glaube, ich schaffe es im Wesentlichen. Ich möchte auch nicht zu sehr ins Detail gehen. Aber ich beantworte dann gerne Detailfragen

dazu. Es sind Regelungen, die, wie gesagt, im Zuge der Überprüfung durch den Bundesrechnungshof in Frage gestellt worden sind, die zum Teil auch medial bekannt sind. Ein wesentlicher Punkt betrifft die Bezahlung von Jubiläumsgeldern an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, also so genannte Treuegeldzahlungen. Ich habe nach den Recherchen, die ich in der Zwischenzeit durchgeführt habe, auch unterstützt durch die Erkenntnisse des Bundesrechnungshofes, gesehen, dass es hierfür zwar offensichtlich eine Willenserklärung des Vorstandes gegeben hat, dass es eine solche Regelung gegeben hat, dass aber vorgesehen war, dass eine Betriebsvereinbarung dazu abgeschlossen wird, diese Betriebsvereinbarung jedoch nie zu Stande gekommen ist und die Gelder offensichtlich auf Grund der Willenserklärung des Vorstands ohne Betriebsvereinbarung ausgezahlt wurden.

Das Zweite ist, dass es Dienstverträge gegeben hat, die eben nicht der von mir vorher beschriebenen klaren transparenten Regelung einer Einstufung nach Kollektivvertrag mit einer transparent ausgewiesenen Leitungszulage entsprochen haben, sondern nach anderen Kriterien offensichtlich zu Stande gekommen sind. Es hat eine Auszahlung von Kilometergeld gegeben, ohne eine klare Definition, wann zum Beispiel nicht der Privat-PKW, sondern öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen sind, und unter welchen Bedingungen überhaupt die Verrechnung von Kilometergeld auf Grund der Nutzung eines Privat-PKWs zulässig ist. Es hat für einige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen außerordentliche Vorrückungen gegeben, für die es nach meinen Informationen auch keine klaren Beschlusslagen gegeben hat und wo für mich zumindest nicht transparent erkennbar war, auf Grund welcher inhaltlichen Kriterien diese Vorrückungen vorgenommen wurden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Kowarik. - Danke, Herr Rieder. Das, was Sie ausführen, ist auch nachvollziehbar im Bundesrechnungshofbericht. Ich darf da noch näher darauf eingehen. Sie haben jetzt einmal die Bezahlung von Jubiläumsgeldern angeführt, diese Treuegeldzahlungen, die eben zwar einerseits einen, glaube ich, mehrstimmigen Vorstandsbeschluss hatten, aber denen keine Betriebsvereinbarung zu Grunde gelegt war, was aber aus Ihrer Sicht zum Zustandekommen oder zur Auszahlung notwendig gewesen wäre. Habe ich das richtig verstanden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Es war zumindest die eindeutige Rechtsmeinung des Bundesrechnungshofes, die ich nicht in Frage stellen wollte, sondern der ich mich dann angeschlossen habe.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Kowarik. - Danke, Herr Rieder. Also, Sie haben die Rechtsmeinung des Rechnungshofes geteilt. Ich auch im Übrigen. Tut aber nichts zur Sache.

Haben Sie als Geschäftsführer, der Sie dann auch Organ waren nach der Vereinssatzungsänderung, und mit der administrativen Verwaltung sowie ... Also Ihre Aufga-

ben sind unten alle angeführt in den Vereinssatzungen, Ihre damaligen Aufgaben. Haben Sie als Geschäftsführer Überlegungen angestellt oder tatsächlich auch Handlungen hinsichtlich Rückforderungen an die vorherige Geschäftsführerin oder an den vorhergehenden Vorstand gesetzt? War das für Ihre Organfunktion als Geschäftsführer eine Option? Und haben Sie die verfolgt? Und wenn nein, warum nicht?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Es waren jetzt relativ viele Fragen. - Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Ich versuche, die Fragen trotzdem in einer Antwort zusammenzufassen. Es ist so, dass es einmal nicht grundsätzlich meine Aufgabe ist, als Geschäftsführer Rückforderungen oder Schadenersatzforderungen irgendwie geltend zu machen oder Ansprüche zu definieren. Ich habe aber auch noch einmal zu meiner Absicherung entsprechend mich auch rechtlich beraten lassen. Auch in der rechtlichen Beratung hat es eindeutig das Ergebnis gegeben, dass der Verein nicht geschädigt wurde und deswegen für mich als Geschäftsführer es kein Thema einer Rückforderung dieser allfälligen Schadenersatzansprüche ist, nachdem dem Verein sämtliche Aufgaben durch die Stadt Wien ersetzt worden sind.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das ist eine interessante Antwort. Das führt zu einer Wortmeldung von Herrn Blind.

Vorher noch eine Frage von mir: Sie haben rechtlich ein Gutachten angefordert? - Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Entschuldigung, Rieder. - Ja, ich habe ein Rechtsgutachten angefordert, um die Haftungssituation sowohl von mir als Geschäftsführer als auch des Vereinsvorstands zu klären.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Haben Sie in diesem Gutachten auch die Frage des gutgläubigen Verbrauches dieser Mittel durch den beauftragten Rechtsanwalt prüfen lassen?

Mario **Rieder**: Rieder. - Ich bin jetzt zu wenig Jurist. Ich kann mit dieser Formulierung jetzt nichts anfangen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Okay. Diese Offenheit ehrt Sie. Sie kriegen nach Ihrer Einvernahme auch ein Mon Chéri. (*Heiterkeit.*)

Mario **Rieder**: Ich warte schon die ganze Zeit darauf.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Aber ich gebe jetzt das Wort an meinen Kollegen Blind, der für mich die Arbeit hier weitermacht. - Herr Blind, FPÖ.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Blind, FPÖ. - Den gutgläubigen Verbrauch werde ich jetzt nicht erklären. Das wird sich dann im Zuge der Mon-Chéri-Übergabe vielleicht bewerkstelligen lassen.

Ich darf nur zu der von Ihnen angesprochenen rechtlichen Überprüfung noch eine Nachfrage machen. Sie haben zuerst gesagt, es ist an und für sich nicht Ihre Aufgabe, Sie haben sich aber dennoch absichern lassen, wenn ich das akustisch richtig verstanden habe.

Wäre meine Frage: Was hat Sie dann, wenn Sie der Meinung sind, das geht Sie eigentlich nichts an, zu diesem Schritt veranlasst?

Dann hätte ich derweil zwei ganz konkrete Fragen zu diesen Jubiläumsgeldern. Im Bericht des Bundes...

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler** (*unterbrechend*): Kann er zuerst die eine Frage beantworten?

GR Armin **Blind** (FPÖ): Ja, freilich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Sie kriegen dann die nächsten zwei sofort. - Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Grundsätzlich war die Situation, dass auf Grund der Erkenntnisse des Bundesrechnungshofs und der Überprüfung durch den Bundesrechnungshof es aus meiner Sicht als Geschäftsführer ratsam war, erstens einmal, und das ist der Hauptteil gewesen, die arbeitsrechtliche Situation hinsichtlich der Dienstverträge und auch der Rechtmäßigkeit der Dienstverträge zu klären und im Zusammenhang damit auch zu klären, inwieweit hier das Thema der Haftung des Vorstands aussieht. Ich hatte auch einen entsprechenden Auftrag des Vorstands des Vereins, diese Klärung herbeizuführen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke, Herr Rieder. - Jetzt bitte, Herr Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Danke. - Blind, FPÖ. - Sie haben ja zur Informationslage beziehungsweise zur, für Sie sich dartuenden Verdachtslage dargelegt, dass es Berichte oder Überprüfungen der Rechnungsprüfer und auch des Wirtschaftsprüfers gab, auf die Sie sich natürlich auch verlassen haben. Jetzt entnehme ich dem Bericht des Bundesrechnungshofes, dass gerade im Zusammenhang mit Jubiläumsgeldern es eine Kritik der Rechnungsprüfer gab, die aber offensichtlich nicht berücksichtigt wurde.

Können Sie uns einen Überblick geben, wer Rechnungsprüfer beziehungsweise wer Wirtschaftsprüfer war, die diese Vorgänge in diesem Verein geprüft und genehmigt haben?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Als Wirtschaftsprüfer für den Zeitraum, der mir bekannt ist, war der Wirtschaftsprüfer Dr. Zacek durch den Vereinsvorstand beauftragt, die entsprechende Prüfung vorzunehmen. Ich habe jetzt keinen Überblick und habe jetzt auch nicht alle entsprechenden Unterlagen über die Vergangenheit des Vereins da, wer jeweils zu welchem Zeitpunkt Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferin war. Es waren zu dem Zeitpunkt, als ich Geschäftsführer im Vereinsvorstand war, der Herr Mag. Oppenauer und Frau Aigner Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferin des Vereins.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Das heißt, man kann davon ausgehen, wenn Rechnungsprüfer Kritik an der Auszahlung üben und der Herr Oppenauer Rechnungsprüfer war, dass die Stadt Wien über diese kritikwürdigen Vorgänge aus Sicht der Rechnungsprüfer informiert war?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Also mir ist aus den Unterlagen keine Kritik der Rechnungsprüfer an der Auszahlung bekannt. Das Einzige, was mir bekannt ist, ist aus einem Protokoll einer Vorstandssitzung aus dem Jahr 2009, wo es diese Willenserklärung des Vorstands gegeben hat, dass eine entsprechende Regelung eingeführt werden soll, um angesichts des Personalmangels das Personal an den Verein zu binden, dass es da eine grundsätzliche kritische

Äußerung des Rechnungsprüfers und der Rechnungsprüferin zu diesem Vorhaben gegeben hat. Mir ist keine Äußerung der Rechnungsprüfer an der Auszahlung der Jubiläumsgelder bekannt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Ich darf in diesem Zusammenhang auf Seite 27 TZ 8 Punkt 1 hinweisen und daraus zitieren: "Die Rechnungsprüferinnen beziehungsweise -prüfer ..." - also offensichtlich mehrere - "... darunter der Leiter der MA 56, wiesen ausdrücklich darauf hin, dass die für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins vorgeschlagene Jubiläumsgeldregelung im Vergleich zu ihrer Treuegeldregelung für die Bediensteten der Stadt Wien, welche diese Kosten zu finanzieren hatte, nicht adäquat erschien." Also das fasse ich einmal als Kritik auf. Das ist keine Frage, sondern eine Feststellung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Blind, der Zeuge Rieder ist jetzt, glaube ich, ein bisschen überfordert. Er hat den Rechnungshofbericht nicht vorliegen. Ich habe ihn hier ausgedruckt. Wenn Sie wollen, können Sie ihm den vorhalten.

Mario **Rieder**: Ich habe ihn hier und ich kann auch gerne dazu Stellung nehmen. Das ist genau der Unterschied, den ich gemeint habe vorher. - Rieder, Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Herr Rieder, wenn Sie noch einmal erläutern, speziell auch für den Herrn Blind, was da jetzt Sache ist.

Mario **Rieder**: Ich hatte festgestellt, dass es keine Kritik der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen an der Auszahlung der Jubiläumsgelder gegeben hat. Die erwähnte Kritik, auf die sich der Rechnungshof bezieht, war im Vorfeld. Sie haben Skepsis gegenüber der geplanten Maßnahme gezeigt. Ob dann die tatsächlich ausgezahlten Jubiläumsgelder eine Besserstellung gegenüber der Gemeinde Wien waren oder nicht, war natürlich aus den Bilanzen nicht ersichtlich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Gibt es noch Fragen von Herrn Blind, freiheitliche Fraktion?

GR Armin **Blind** (FPÖ): Viele, aber nicht in dieser Runde.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Okay. Die Runde geht weiter bei der Sozialdemokratischen Fraktion. Frau Abrahamczik, bitte.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Abrahamczik. - Im Rechnungshofbericht kommen, wie wir schon gehört haben, die Sonderdienstverträge, außerordentliche Vorrückungen, Jubiläumsgelder vor, weswegen der Rechnungshof schreibt, dass der Verein damals die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nicht eingehalten hätte. Jetzt ist meine Frage: Wie schaut das denn heute aus? Welche Maßnahmen wurden da gesetzt, damit man dem in Zukunft Rechnung trägt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ich habe noch vor Erscheinen des Rechnungshofberichts, und darauf wird dann auch teilweise im Rechnungshofbericht Bezug genommen, bei den vom Rechnungshof kritisierten Verträgen sofort Gespräche mit den entsprechenden leitenden Angestellten

aufgenommen und mit den Angestellten eine einvernehmliche Veränderung dieser Dienstverträge ausgehandelt, sprich, eine Reduzierung des Gehaltes und ein Einfrieren der Verträge in den meisten Fällen beziehungsweise in einem Fall auch die Überführung des Vertrages in die Regelungen des Kollektivvertrags. Das heißt, das waren die kurzfristigen Maßnahmen, um dieser Kritik zu begegnen.

Die zweite Maßnahme ist, wie ich vorher schon in der Fragebeantwortung erwähnt habe, dass Dienstverträge, die ich dann für leitende Angestellte abgeschlossen habe, genau nach diesen Kriterien, Einstufung nach Kollektivvertrag plus transparent ausgewiesene Leitungszulage, in dieser Form dann auch gestaltet wurden. Außerdem wurden inzwischen zwei der kritisierten Dienstverträge einvernehmlich beendet. Die beiden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen befinden sich nicht mehr im Personal unserer Organisation.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Abrahamczik. - Weil Sie vorher auch schon erwähnt haben, dass auch im Übereinkommen von 1995 drinnen steht, dass das Organisations- und Finanzierungskonzept jährlich an die Stadt übermittelt wird, sowie der Investitions- und Dienstpostenplan, mir ist vorher bei der Aufzählung aufgefallen - vielleicht habe ich es überhört -, aber einen Investitionsplan gemäß des Übereinkommens gibt es auch, der an die Stadt übermittelt wird?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Die Unterlagen, die - zumindest in dem Zeitraum, den ich überschauen kann - der MA 56 übermittelt wurden, entsprechen den Vorgaben auch des Übereinkommens. Das heißt, es wurden ein Finanzierungskonzept inklusive Investitionsplan, ein Organisationskonzept und auch ein Dienstpostenplan übermittelt.

Wenn ich vielleicht an dieser Stelle gleich, weil ich die Frage kommen sehe, anmerken darf, ich weiß, dass im Rechnungshofbericht kritisiert wird, dass kein Dienstpostenplan erstellt wurde. Wir haben in unserer Stellungnahme an den Bundesrechnungshof darauf hingewiesen, dass wir einen Dienstpostenplan erstellt haben. Mir liegt auch eine Gegenäußerung des Bundesrechnungshofs vor, der feststellt, dass es aus Sicht des Bundesrechnungshofs kein Dienstpostenplan war, weil er nur das freizeitpädagogische an den Schulen eingesetzte Personal und nicht das sonstige Personal enthalten hat. Wir haben inzwischen den Dienstpostenplan dahingehend auch weiterentwickelt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Abrahamczik. - Nein, keine Frage aus der Sozialdemokratischen Fraktion. - Dann geht es beim Herrn Wiederkehr weiter.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Sie haben vorher auch erläutert, dass der Herr Oppenauer Rechnungsprüfer war. Ist er es heute auch noch?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Kann er naturgemäß nicht sein, weil der Verein rechtsgültig mit Juni 2019 aufgelöst wurde und es

in einer GmbH keine Rechnungsprüfer gibt, sondern einen Aufsichtsrat, der weitaus weitergehende Kontrollbefugnisse hat.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ist der Herr Oberstenratsrat im Aufsichtsrat?

Mario **Rieder**: Er ist nicht im Aufsichtsrat grundsätzlich, auch entsprechend meines Wissens der entsprechenden Richtlinien der Stadt Wien, dass die Auftraggeber und Eigentümer der Stadt Wien nicht gleichzeitig im Aufsichtsrat als Kontrollorgan vertreten sein sollten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke. - Es geht weiter beim Herrn Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Der Herr Oppenauer war aber bis zum Zeitpunkt der Umwandlung in die GmbH Rechnungsprüfer?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ja.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Wie lief die Kommunikation mit dem Herrn Oppenauer zum Rechnungshofbericht ab? Wie ist da Ihre Wahrnehmung von der Kommunikation, als diese Missstände auch bekannt geworden sind?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ja, ich möchte vielleicht vorausschicken, auch im Zusammenhang mit der vorangegangenen Frage, dass ich hier mit dem Herrn Mag. Oppenauer jetzt nicht in erster Linie in seiner Funktion als Rechnungsprüfer des Vereins, sondern als Auftraggeber und Vertragspartner Kontakt aufgenommen habe. Es war eine sehr intensive Kommunikation. Es hat sowohl von seiner Seite als auch von meiner Seite sozusagen eine klare Haltung gegeben, die entsprechenden Probleme anzugehen und eine Weiterentwicklung und Reorganisation der Organisation umgehend in die Wege zu leiten. Wir sind dann natürlich in einem intensiven Austausch über die notwendigen Schritte zur Weiterentwicklung und Reorganisation des Vereins gewesen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Im Rechnungshofbericht sind ja einige Missstände erwähnt. Sie haben schon selber die Jubiläumsgelder ausgeführt, wo es vom Vorstand eine Willensbekundung gab, aber dann keine Betriebsvereinbarung. Es gibt ja mehrere andere Missstände, zum Beispiel, dass das Gehalt der Geschäftsführerin rückwirkend erhöht wurde. Das ist doch ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, dass man eine rückwirkende Gehaltserhöhung bekommt, habe ich überhaupt selten gehört.

Wissen Sie, wer das beschlossen hat oder ob das auch ein Wille des Vorstands war? Oder hat das die Geschäftsführerin einfach selber für sich beschlossen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Das entzieht sich meiner Kenntnis, wie die Vorgänge waren, weil das vor meiner Funktion als Geschäftsführer war.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Haben Sie sonst Informationen über andere Missstände, wie Son-

derdienstverträge oder außerordentliche Vorrückungen, ob die dem Vorstand bekannt waren? Es gibt sicher Vorstandsprotokolle, gehe ich einmal davon aus, die man da durchgesehen hat. Sind diese Themen im Vorstand behandelt worden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Rieder. - Also nach dem Überblick, den ich in der Zwischenzeit über die Vorstandsprotokolle habe und die Gespräche, die ich geführt habe, war der Vorstand nicht informiert über außerordentliche Vorrückungen und ähnliche Regelungen. Das ist der Grund, warum diese Verträge vom Bundesrechnungshof als formal zumindest nicht korrekt abgeschlossen kritisiert werden. Inhaltlich, ob es sinnvoll ist, die Verträge so abzuschließen, denke ich mir, ist eine andere Frage. Aber es ist zumindest formal nicht korrekt zu Stande gekommen, weil es keine entsprechenden Vorstandsbeschlüsse gegeben hat.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr, Ihr Kontingent ist zwar erschöpft, aber Sie können gerne eine Zusatzfrage stellen.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Okay. Eine Zusatzfrage noch, und dann erkläre ich, warum diese Zusatzfrage wichtig ist.

Noch einmal die Antwort, ob andere Missstände außer der Ausschüttung der Jubiläumsgelder im Vorstand besprochen wurden, ob Sie von irgendetwas anderem wissen.

Warum das für mich relevant ist, ist, weil in dem Vorstand zahlreiche SPÖ-Granden auch gesessen sind, zum Beispiel die Frau Novak von 2005 bis 2011, die, als der Missstand im Verein öffentlich wurde, gesagt hat, dass sie als Vorstandsmitglied von keinerlei Missständen wusste. Da stellt sich für mich die Frage, entweder man ist als Vorstand so schlecht informiert oder man hat bewusst weggesehen.

Das heißt, hier noch einmal konkret die Frage, ob Sie außerhalb der Jubiläumsgelder wissen, dass der Vorstand von Missständen Bescheid wusste?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, mit der eingeschränkten Frage.

Mario **Rieder**: Rieder. - Also meines Wissens hat es keine entsprechende Information gegeben, beziehungsweise aus meiner Sicht ist der Missstand, dass der Vorstand nicht darüber informiert war.

Wie gesagt, über die inhaltliche Gestaltung von Verträgen und bestimmten Regelungen kann man sicher immer im Rahmen der Wirtschaftlichkeit diskutieren. Der Missstand ist eigentlich, dass es keine formal korrekten Beschlüsse gegeben hat und nach den mir vorliegenden Informationen hier die Geschäftsführerin ihre Kompetenzen überschritten hat. Das ist der eigentliche Missstand. Insofern kann der Vorstand gar nicht über die Missstände informiert gewesen sein, weil der Missstand war, dass er nicht informiert war.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das war sehr plastisch. - Herr Wiederkehr, bitte das Mikrofon ausschalten. - Die ÖVP, Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Vielen Dank. - Sie haben schon in vorigen Ausführungen besprochen, dass Sie zahlreiche Empfehlungen des Rechnungshofs schon umgesetzt haben.

Für mich würde sich jetzt einerseits die Frage ergeben: Gab es Kritikpunkte vom Rechnungshof, die aus Ihrer Sicht nicht nachvollziehbar waren?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ich würde hier nicht den Begriff Kritikpunkte wählen, sondern Empfehlungen des Rechnungshofs, was nicht immer das Gleiche sein muss. Es gibt eine Empfehlung des Rechnungshofs, die wir mit ihm sehr intensiv diskutiert haben und wo wir auch in unserer Stellungnahme unsere Argumente vorgebracht haben. Es gibt die Empfehlung des Bundesrechnungshofs, dass das freizeitpädagogische Personal des damals Vereins auch für die Sommerferienbetreuung von Kindern in Wien eingesetzt wird.

Es gibt aus unserer Sicht gute Argumente, warum das inhaltlich und wirtschaftlich nicht sinnvoll ist. Kurz zusammengefasst, weil dieses Personal unter dem Jahr in der schulischen Tagesbetreuung fehlen würde und es ohnedies sehr knappe Personalressourcen gibt, einen potenziellen Personalmangel, und weil es für die Sommerferienbetreuung von Kindern nicht derart hoch qualifiziertes Personal wie für die schulische Tagesbetreuung braucht, wie die seit dem letzten Sommer auch umgesetzte Sommerferienbetreuung zeigt, wo es im Wesentlichen Studierende sind, die hier die Ferienbetreuung übernehmen. Das haben wir inhaltlich argumentiert und uns in diesem Punkt der Empfehlung des Bundesrechnungshofs zum Beispiel nicht angeschlossen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Sie haben auch angedeutet, dass Sie mit Beginn Ihrer Tätigkeit veranlasst waren, auch viele Dinge in Veränderung zu bringen, Strukturen auch neu zu überarbeiten. Ich kann mir vorstellen, dass es aber auch Dinge gab, die eben nicht leicht umzusetzen sind, weil eben alte Verträge et cetera, die man nicht so einfach von heute auf morgen verändern kann.

Welche Altlasten gibt es denn jetzt noch, die Sie so ein bisschen gezwungen sind, noch nach wie vor "mitschleppen", unter Anführungszeichen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Aus meiner Sicht gibt es im Wesentlichen keine, wenn man das so nennen will, Altlasten, die wir jetzt noch mitschleppen. Aus meiner Sicht ist im Rahmen der Möglichkeiten wirklich eine umfassende Reorganisation und Neuorganisation auch der Verträge erfolgt. Auch die Altverträge, die in der Vergangenheit abgeschlossen wurden, wurden aus meiner Sicht dahingehend saniert, dass sie deutlich gekürzt und eingefroren wurden und durchaus aus meiner Sicht auch dem Maßstab der Wirtschaftlichkeit jetzt entsprechen würden und auch dem Übereinkommen mit der Stadt Wien, in dem steht, dass wir ortsübliche Gehälter zu zahlen haben und die aus meiner Sicht auch der Ortsüblichkeit entsprechen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Danke schön. - Im Zuge der Reorganisation beziehungsweise auch vieler Dinge, die Sie umgesetzt haben: Wie war da die Rolle der Stadt Wien? Gab es da Absprachen bei der Neuorganisation? Wurde da das eine oder andere auch gemeinsam entwickelt? Oder war das ausschließlich in Ihrem Kompetenzbereich?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ich habe es als meine Aufgabe gesehen, und es war auch meine Aufgabe als Geschäftsführer, sowohl dem Vorstand als auch der Stadt Wien ein Maßnahmenpaket zur Reorganisation vorzuschlagen. Ich habe auch umgehend damals im Frühjahr 2018 ein entsprechendes Maßnahmenpaket inklusive auch der Veränderung der Rechtsform dann vorgeschlagen. All diese Maßnahmen sind ausführlich im Vorstand diskutiert worden und auch ausführlich mit der MA 56 als Auftraggeber durchdiskutiert worden.

Ich darf aber auch anmerken, dass ich hier als Geschäftsführer eine sehr starke positive Unterstützung seitens der Stadt Wien als Auftraggeberin gehabt habe, diese Schritte dann auch konsequent durchzuziehen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar? - Fertig. - Dann geht es bei den GRÜNEN weiter. Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Herr Rieder, einmal noch zurück in die Vergangenheit. Sie haben gesagt, die Verträge wurden von Ihnen überprüft. Ich nehme an, vor allem auch die zwei Sonderverträge.

Wie macht man das? Haben Sie ein Gutachten gebraucht? Weil dann würde ich als Nächstes fragen: Können wir das Gutachten haben? Oder haben Sie das selber vorgenommen? Wie ist das vor sich gegangen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Wie vorher schon erwähnt, wurde auch auf Vorschlag des Vorstandes, aber auch auf meinen Vorschlag, ein entsprechendes Gutachten eingeholt, einerseits zur Frage, inwieweit diese Dienstverträge rechtmäßig zu Stande gekommen sind, was ich dahingehend beantworten kann, dass da im Wesentlichen herauskommt, dass die ArbeitnehmerInnen diese Verträge im guten Glauben unterschrieben haben, dass sie rechtmäßig zu Stande gekommen sind und damit einmal arbeitsrechtlich eigentlich für mich kein Hebel da war, die einseitig zu verändern.

Das Zweite war, dass ich versucht habe, Vergleichsparameter zu finden. Wie vorhin auch erwähnt, ist im Übereinkommen vorgesehen, dass die Einstufungen und die Bezahlung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Zentrale nach ortsüblichen vergleichbaren Kriterien zu erfolgen hat. Ich habe versucht, in vergleichbaren Einrichtungen Vergleichswerte zu finden, um auch daran die Verträge wirtschaftlich und finanziell zu messen. Das war dann die Grundlage davon, mit den betroffenen MitarbeiterInnen eine Veränderung der Verträge einvernehmlich zu verhandeln.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sie sind ja nicht nur jetzt Geschäftsführer bei der GesmbH, Sie war es auch

beim Verein. Ihre Vorgängerin als Geschäftsführerin beim Verein scheint, sage ich einmal, in vielen Bereichen freie Hand gehabt zu haben.

Wie hat denn die MA 56 ihre Aufsichtspflicht Ihnen dann gegenüber - weil Sie können es ja nicht gut sagen, wie es bei der Vorgängerin war - wahrgenommen? Hat es da konkrete Weisungen, Anordnungen gegeben?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

GR Mario **Rieder**: Rieder. - Also, wie auch schon mehrfach angesprochen, hat es den laufenden Kontakt mit der MA 56 als Auftraggeberin gegeben, vor allem natürlich im Rahmen des Vorliegens von Finanzierungskonzepten, aber auch bezüglich der Abrechnung und der Entwicklung der Finanzierungskonzepte, auch der Entwicklung der Betreuungszahlen und des Betreuungsbedarfs an den Schulen. Es hat keine Weisungen der MA 56 gegeben, was auch formal nicht möglich gewesen wäre. Das ist aus meiner Sicht ein wesentliches Argument, warum eine GmbH hier die sinnvollere Rechtsform ist, weil gegenüber dem Geschäftsführer einer GmbH hat die Stadt Wien als Alleineigentümerin ein Weisungsrecht, gegenüber einem Geschäftsführer eines Vereins nicht, sondern lediglich der Vereinsvorstand.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (*GRÜNE*): Und eine Frage hier von jetzt und in die Zukunft gerichtet: Wie laufen denn jetzt Bewerbungen ab für neue Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen? Wie ist denn das Verfahren für so etwas?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Rieder. - Man muss aus meiner Sicht hier unterscheiden.

Es gibt den wesentlichen Teil der Bewerbungen für PädagogInnen, für FreizeitpädagogInnen, die an den Schulen eingesetzt werden. Das sind etwa 150 Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen, die hier jährlich aufgenommen werden. Da hat es auch schon in der Vergangenheit ein strukturiertes Aufnahmeverfahren gegeben, ein objektiviertes, das in meiner Zeit als Geschäftsführer jetzt noch in zwei Schritten weiterentwickelt wurde, wo es vor allem darum geht, den Personalbedarf auch gut abzudecken.

Ich nehme an, dass Sie hier aber die Bewerbungsverfahren für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Zentrale meinen, weil das auch im Rechnungshofbericht kritisch angesprochen wird. Ich kann eben für meine Zeit als Geschäftsführer sprechen. Und zwar schon vor der Überprüfung durch den Rechnungshof gibt es für alle Stellen ein klares Stellenprofil, Aufgabenprofil. Die Stellen wurden transparent öffentlich ausgeschrieben. Es gibt ein dokumentiertes Bewerbungsverfahren, in dem die Bewerbungen zunächst schriftlich geprüft werden und im Normalfall etwa drei Kandidaten, drei bis vier Kandidaten und Kandidatinnen, zu Interviews eingeladen werden, die ebenfalls dokumentiert und von zumindest zwei Personen geführt werden. Auf Grund dieses Bewerbungs- und Auswahlprozesses wird dann die Personalentscheidung getroffen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, ich darf an dieser Stelle festhalten, dass ich persönlich den

Eindruck gewonnen habe, dass die Kinder- und Jugendbetreuung in besten Händen ist.

Mein Stellvertreter, Herr HR Dr. Sladeček hat jetzt eine Frage. - Dr. Sladeček, bitte.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Herr Rieder, waren Sie bereits im Vorstand, als rückwirkend die Gehaltserhöhungen für Ihre Vorgängerin beschlossen wurden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Wie ich schon vorher in einer Fragebeantwortung gesagt habe, war ich in keiner Beziehung zum Verein, bevor ich meine Funktion als Geschäftsführer übernommen habe.

Das heißt, ich habe erst mit Februar 2017 die Geschäftsführung übernommen, war dann ab diesem Zeitpunkt, wenn sich darauf die Frage bezieht, natürlich als Gast immer bei Vorstandssitzungen berichtend dabei. Diese Entscheidungen sind aber offensichtlich in der Zeit vorher gefallen.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Das heißt, wenn ich Sie richtig - Sladeček - verstanden habe, dann ist also diese rückwirkende Erhöhung bereits erfolgt, bevor Sie überhaupt Kontakte mit dem Verein hatten?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ja, das ist korrekt.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Der Rechnungshof - Sladeček ...

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Sladeček.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Der Rechnungshofbericht hat also im Punkt 8 - Jubiläumsgelder die ganze Genealogie der Jubiläumsgelder aufgezählt, auch den Vorstandsbeschluss, dass man das auszahlt. Jetzt habe ich im Absatz vier von Punkt 8.1 die Formulierung: "Nach arbeitsrechtlicher Klärung, dass die Auszahlung der Jubiläumsgelder auf Grund des Widerrufsvorbehalts keine betriebliche Übung begründete, stellte der nunmehrige Geschäftsführer ..." - das heißt, Sie - "... im März 2018 diese Zahlungen ein."

Bitte, wie wurde das arbeitsrechtlich geklärt, über Gericht oder über ein Gutachten, oder was war da?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Ich habe, nachdem die Kritik des Rechnungshofs an dieser Regelung für mich sichtbar wurde, umgehend ein arbeitsrechtliches Gutachten durch Herrn Dr. Alois Obereder erstellen lassen, wie die Auszahlung zu bewerten ist. Jeder, der mit dem Arbeitsrecht ein bisschen vertraut ist, weiß, dass man das Problem der betrieblichen Übung bei solchen Zahlungen hat und die nicht so leicht widerrufbar sind. Ich hatte Kenntnis davon, dass die Zahlungen immer mit einem explizierten Widerrufsvorbehalt erfolgten. Zur weiteren Absicherung habe ich aber ein entsprechendes arbeitsrechtliches Gutachten eingeholt, das eindeutig festgestellt hat, dass es hier ein Widerrufsrecht gibt. Ich habe auf Grund dieses Gutachtens zunächst einmal bis zur Klärung des Sachverhalts durch den Vorstand und der Stadt Wien die Zahlungen ausgesetzt. Nachdem der Vorstand entschieden hat, dass es künftig keine entsprechenden Jubiläumsgeldzahlungen mehr geben soll, sondern andere Systeme der Honorie-

rung von außerordentlichen Leistungen, sind diese auch nicht wieder aufgenommen worden.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Sladeček. - Hat man in Erwägung gezogen, einen Rückforderungsanspruch an die frühere Geschäftsführerin zu stellen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Wie gesagt, habe ich für mich geklärt, dass das für mich als Geschäftsführer auf jeden Fall kein Thema ist. Inwieweit das auf anderen Ebenen erfolgt ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, der Vorsitz besteht hier aus zwei Arbeitsrechtlern. Also wir haben da durchaus Verständnis. Wir wollen aber jetzt nicht weiter die FPÖ daran hindern, Fragen zu stellen. Ich gehe zum Herrn Blind. - Herr Blind, bitte.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Blind, FPÖ. - Ich darf gleich daran anschließen, und zwar auch im Zusammenhang mit dem Schaden, der für den Verein entstanden ist. Sie haben zuerst gesagt, Sie hatten zwar die Information, dass es zu überhöhten Auszahlungen gekommen ist, aber weil der Verein von der Stadt Wien das Geld ersetzt bekommen hat, sei es zu keinem Schaden für den Verein gekommen. Jetzt erschließt sich mir das Ganze nicht ganz. Also ich sage einmal ganz flapsig, wenn mir jemand beim Auto die Fensterscheibe einhaut und mein Nachbar ersetzt mir eine neue Fensterscheibe, bin ich trotzdem Geschädigter vom Steinwerfer. Also mir ist nicht ganz klar, warum der Verein, wenn ein Dritter einen Betrag ersetzt, deswegen nicht Geschädigter ist.

Meine Frage: Gibt es dazu ein Gutachten? Und können Sie uns dieses Gutachten vorlegen?

Das Zweite, die Überzahlung, und auch hier handelt es sich um eine Rückforderung - der Herr Sladeček hat es gerade angesprochen - der Überzahlung der Geschäftsführerin. Sie haben gesagt, Sie haben das arbeitsrechtlich klären lassen, ob etwas arbeitsrechtlich vorgefallen ist.

Aber trotzdem, bei einer Überzahlung, warum interessiert Sie als Geschäftsführer nicht, zum Wohle der juristischen Person einen Betrag hereinbringen zu können, der einbringlich sein könnte?

Mario **Rieder**: Herr Rieder, warten Sie bitte mit der Beantwortung. Der stellvertretende Vorsitzende Sladeček schüttelt zum ersten Teil der Frage Blind den Kopf. - Möchtest du etwas dazu sagen, Einar?

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Ja. Also diese Ausführungen zum Schadenersatz haben mir nicht ganz gefallen, weil sie nicht ganz dem Gesetz entsprechen. *(Zwischenruf.)* - Bitte? *(Zwischenruf: Gut geklungen haben sie.)* - Gut geklungen haben sie schon, aber sie waren nicht richtig.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Jetzt übernehme ich den Vorsitz wieder.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Den Schaden hat die Stadt Wien dabei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Wir wollen hier nicht spiefelchten. Natürlich ist der Schaden bei der Stadt Wien eingetreten, wenn zu viel ausbezahlt wurde, aber nicht beim Verein. Das heißt, der Herr Rieder ist gar

nicht aktiv legitimiert, einen Schaden geltend zu machen, weil er ihn nicht erlitten hat. Aber grundsätzlich ...

GR Armin **Blind** (FPÖ) *(unterbrechend)*: Ich darf nur anmerken, wir teilen diese Meinung ausdrücklich nicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Nein, der Verein ist nicht geschädigt. Das ist richtig. Und wenn der Obereder das festgestellt hat im Gutachten, wird es der Herr Rieder uns jetzt sagen, weil ihm erteile ich jetzt das Wort.

Mario **Rieder**: Rieder. - Also noch einmal zur Frage des allfälligen Schadens: Grundsätzlich wurde dieses Gutachten nicht von Herrn Dr. Obereder, sondern von einem anderen Anwalt erstellt. Im Auftrag des Vorstands wurde festgestellt, dass dem Verein auf jeden Fall kein Schaden erwachsen ist, weil der Verein alle Kosten ersetzt bekommen hat. Die Grundkonstruktion ist ja, dass der Verein maximal seine Kosten mit der Stadt Wien abrechnen kann. Der Verein durfte ja auch keinen Überschuss erwirtschaften. Damit ist dem Verein einmal kein Schaden entstanden.

Ich darf auch, weil ich das schon auch inhaltlich überprüft habe, mir noch einmal angesehen habe, fragen: Ist grundsätzlich überhaupt einmal von einem allfälligen Schaden zu sprechen? Ich darf hier auch meine Wahrnehmung dazu wiedergeben. Es hat eindeutig Überzahlungen gegeben, wobei es wirklich schwierig ist, zu sagen, in welcher Höhe die Überzahlung ist, weil die Frage ist: Was ist ein ortsübliches Gehalt? Ich habe auch entsprechende Prüfberichte des Stadtrechnungshofs über vergleichbare Organisationen herangezogen. Da bewegt man sich in einem Spektrum. Meine Wahrnehmung, die ich als Geschäftsführer vielleicht mitgeben darf, ist, dass es zu Überzahlungen gekommen ist, aber zugleich auch eine eklatante personelle Unterbesetzung in der Zentrale vorhanden war. Es haben sich auch die Kosten für das Personal in der Zentrale innerhalb von zehn Jahren vor meiner Geschäftsführung im Vergleich zu den Gesamtkosten halbiert. Insofern ist auch meine Wahrnehmung, dass es schwierig ist, festzustellen, ob und in welcher Größenordnung überhaupt ein Schaden entstanden ist. Was ich feststellen kann, ist, dass die Verträge nicht formal korrekt abgeschlossen worden sind. Wie die Wirtschaftlichkeit ausschaut, ist sozusagen jetzt auch nicht meine Angelegenheit, zu überprüfen. Ich kann hier nur anmerken, dass ich inzwischen die personelle Unterbesetzung der Zentrale korrigiert habe und wir jetzt eine sinnvolle Personalausstattung haben, wobei die immer noch unter drei Prozent der Gesamtpersonalkosten ist. Also es ist eine komplexe Frage inhaltlich dieses allfälligen Schadens. Es ist aus meiner Sicht, was festgestellt werden kann, dass Überzahlungen formal nicht korrekt zu Stande gekommen sind. Ob sie wirklich wirtschaftlich sinnvoll oder nicht sinnvoll sind, wage ich jetzt zumindest nicht zu beurteilen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bevor ich dem Herrn Aigner das Wort erteile, möchte ich anmerken, dass gerade diese Schadensberechnung, diese hypothetische Schadensberechnung, anhand des Fehlens von klaren gesetzlich definierten Gehältern in Form eines Schemagehaltes für derartige Organisationen

sehr, sehr schwierig ist. Wie Sie richtig sagen, vermutlich ein 273-ZPO-Anwendungsfall. Das heißt, richterliche Überzeugung setzt etwas fest. Also ich würde mich auch nicht trauen, eine Klage auf dieser Basis für die Stadt Wien einzubringen.

Aber mein Stellvertreter möchte noch gern wissen, wer der zivilrechtliche Kollege, also Anwalt, war, der Ihnen das so ungefähr gesagt hat. - Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Rieder. - Das war der Herr Dr. Peter Döller, mit Dora.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke schön. - Jetzt geht es weiter beim Herrn Aigner, FPÖ.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Vielen Dank. - Aigner, FPÖ. - Ich glaube, das Unbefriedigende ist, der Verein ist nicht geschädigt, weil die Stadt Wien alles gezahlt hat, und die Stadt Wien ist nicht geschädigt, weil sich der Verein ans Budget gehalten hat. Irgendwo ist das sozusagen die Argumentation vor dem Rechnungshof. Der Rechnungshof hat es auch mehrfach kritisiert, dass vor allem von der Stadt Wien kein Regress gefordert wurde.

Aber meine Frage wäre schon jetzt auch in Ihrer Funktion als Geschäftsführer des Vereins. Wenn hier die Geschäftsführung nicht so viel Geld kostet, dann könnte man auch mehr Stunden Freizeitbetreuung im Rahmen des Auftrages anbringen, also sozusagen das Geld ist zweckgemäß verwendet worden und es ist doch eine gewisse Selbstbedienungsmentalität, die der Rechnungshof festgestellt hat.

Hätte nicht der Verein, wenn die Geschäftsführung sparsamer gewirtschaftet hätte, einfach der Stadt Wien mehr Leistung anbieten können?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bevor Sie antworten, die Ausführungen des Herrn Aigner entbehren nicht einer Logik. Das ist richtig. Das kann man durchaus so sehen. Man ist aber auf die Frage angewiesen, welches Anspannungsniveau ich voraussetze. Denn ich habe gerade gehört, dass trotz eines explodierenden Bedarfes die Mitarbeiterzahl in der Zentrale zurückgegangen ist, also müssen die alle irrsinnig viel gearbeitet haben, sonst wäre ja der Betrieb nicht mehr zu gewährleisten gewesen. Also man kann das so oder so sehen. Aber ich gebe die Frage jetzt an den Herrn Rieder weiter.

Mario **Rieder**: Rieder. - Wir sind jetzt hier sehr stark im Hypothetischen. Grundsätzlich, was ich feststellen kann, ist, dass der Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung sämtliche Leistungen erbringen hat können, die für die Schulen notwendig waren, und es hat keine budgetären Einengungen gegeben. Wenn fallweise nicht ausreichend Personal zur Verfügung gestellt wurde, dann war das nur deswegen, weil nicht ausreichend Personal rekrutiert werden konnte. Es ist auch so, dass die jährlichen Finanzpläne auch jedes Jahr deutlich unterschritten wurden, zum Teil auch deswegen, weil eben nicht ausreichend Personal rekrutiert werden konnte, was sich inzwischen verändert hat. Aber es hat nie eine Situation gegeben, dass auf Grund budgetärer Beschränkungen die Leistungen nicht zu hundert Prozent für die Schulen erbracht werden konnten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Aigner, das war nicht ganz das, was Sie hören wollten.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Man wird ja bescheiden. Aber vielleicht eine grundsätzliche Frage: Der Rechnungshof hat auch kritisiert, dass der Verein Kinder- und Jugendbetreuung, jetzt die Bildung im Mittelpunkt GmbH, nicht für die Sommerferienbetreuung herangezogen wird. Dann haben Sie das damit begründet, dass sich das mit dem Personal nicht ausgeht. Wenn man den Rechnungshofbericht genau liest, wird auch kritisiert, dass das freizeitpädagogische Personal eigentlich sehr viel Freizeit bekommt, weit über den anzuwendenden Kollektivvertrag, dass sich das eher in Richtung wie bei den Lehren orientiert. Das heißt, man gibt mehr Freizeit und dafür ist man bei der Bezahlung sozusagen eher sparsam.

Also die Frage wäre jetzt: Wenn man hier sozusagen die sechs Wochen Urlaubsanspruch des Kollektivvertrages und die Weiterbildung sozusagen so nähme, könnte man dann auch die Ferienbetreuung mit dem bestehenden Personal bestreiten?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Mein lieber Herr Aigner, ich bin auch Lehrer und wir führen jetzt hier sicher keine Lehrer- und Stundendiskussion.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Ich bin auch Lehrer.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Dann sind wir ja Kollegen. Grundsätzlich glaube ich, dass die qualitativen Erholungspausen in diesen schwierigen pädagogischen Berufen keiner wissenschaftlichen Untersuchung bedürfen, um sie als gegeben festzustellen. Also die Fragen, die Sie stellen, wären eigentlich dem Bildungsstadtrat zu stellen. Aber ich lasse sie selbstverständlich zu, weil ich gestehe Ihnen zu, dass sie auch eine gewisse Logik haben. - Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Rieder. - Aus meiner Sicht wäre es weder pädagogisch noch wirtschaftlich sinnvoll, das Personal in dieser Form im Sommer auch einzusetzen.

Wie gesagt, das Personal wird durchgängig in der schulischen Tagesbetreuung während des Jahres benötigt. Hier ist eine große Kontinuität eine absolute Priorität. Auch seitens der Schulen gibt es den dringenden Wunsch, dass unser Personal möglichst lückenlos während des Schuljahres zur Verfügung steht und nicht zwischendurch drei Wochen weg ist, auch für die Kinder. Wir haben zum Beispiel auch sehr viele autistische Kinder, verhaltensgestörte Kinder und so weiter zu betreuen, für die ein Betreuerwechsel auch pädagogisch einfach schwierig wäre. Die schulische Tagesbetreuung ist weit aus mehr als nur Betreuung. Es ist ein Teil von Schule, der eng verknüpft ist mit der Tätigkeit von Lehrern und Lehrerinnen. Das auseinanderzureißen, wäre aus meiner Sicht pädagogisch fahrlässig, also aus der Qualitätssicht heraus auf jeden Fall.

Wirtschaftlich: Es zeigen die Summer City Camps, die jetzige Ferienbetreuung der Stadt Wien, für die ich das Konzept erstellt habe und auch koordinierend verantwortlich bin und die ich deswegen ganz gut kenne, dass wir zu diesen Kosten, die hier anfallen, das mit unserem Personal nicht abdecken können. Das Personal der Sommerferienbetreuung ist im Durchschnitt um zwei Stufen niedri-

ger im Kollektivvertrag eingestuft, ist Personal, das nur vorübergehend für mehrere Wochen zur Verfügung steht, punktuell flexibel. Wenn wir diese Leistung mit unserem Personal erbringen müssten, würden die Kosten für die Sommerferienbetreuung steigen und die Qualität der schulischen Tagesbetreuung sinken. Das ist ein bildungspolitisches Plädoyer, zu dem ich jederzeit weiterhin stehe.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Aigner.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Die Rüge geht, wenn sie in meine Richtung geht, insofern ins Leere, weil wir ohnehin politisch der Meinung sind, dass heutzutage die Freizeitbetreuung ein integraler Bestandteil ist. Das war vor 20 Jahren etwas Neues. Da mag es auch sinnvoll gewesen sein, das an einen Externen zu geben.

Daher meine Frage: Auch das wird beim Rechnungshofbericht durchaus angeregt, ob es nicht sinnvoll ist, wenn heute der Schulerhalter den pädagogischen und den Freizeitbereich aus einer Hand anbietet. Wir hätten mit der Bildungsdirektion jetzt eine gemischte Bundes-Landes-Behörde, wo sozusagen auch die Stadt Wien jetzt einen Zugriff auf die ehemalige Bundesschulbehörde Stadtschulrat für Wien hätte. Das heißt, natürlich müssten Sie jetzt gegen Ihren eigenen Job reden. Aber wäre es nicht besser, für den Schulerhalter sozusagen mit einem ordentlichen Dienstrecht sowohl für den pädagogischen als auch für den Freizeitbereich, den man heute gar nicht mehr so trennen kann? Wäre das nicht etwas, sozusagen gerade im Hinblick auf das, was Sie gerade gesagt haben, auf die Kontinuität?

Vielleicht noch den einen Hinweis, der Rechnungshof hat auch angemerkt, dass es für die Schulleitung ein Problem ist, wenn hier Dienstnehmer eines anderen Arbeitgebers in der Schule arbeiten. Die Direktion ist nicht der Dienstgeber, hat eine gewisse Fachaufsicht. (*Zwischenruf.*) Also die Frage wäre, aus Ihrer pädagogischen Sicht, jetzt nicht so sehr in Ihrer Funktion als Geschäftsführer: Wäre es nicht vernünftig, wenn hier der Freizeitbereich auch vom Schulerhalter angeboten wird?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, warten Sie bitte. - Herr Kollege Aigner, ich stehe Ihnen die gesamte Mittagspause, die nach Beendigung der Einvernahme des Zeugen Rieder beginnt - nur als kleines Inzentiv für die anderen -, zur Verfügung, um mit Ihnen das durchzudiskutieren. Sie haben völlig recht, Art. 14 BVG ist veraltet. Diese gemischte Bildungsdirektion als quasi Vereinigung der beiden Landes- und Bundeszuständigkeiten ist nicht in Ordnung, ist veraltet. Ich kann mit Ihnen sehr viel diesbezüglich an Erneuerungspotenzial und Vorschlägen teilen. Ich sehe auch ein, dass Sie recht haben in der Sache, nur wir müssen momentan mit der bestehenden Rechtslage das Auslangen finden und der arme Zeuge kann natürlich seine Meinung dazu äußern, aber wir sind schon weit weg vom Untersuchungsgegenstand. Deswegen, meine Aufgabe ist es, möglichst konzentriert den Untersuchungsgegenstand abzuarbeiten. Ich bin aber auch als Lehrer, Pädagoge, Anwalt der Bildungsdirektion nicht ganz uninteressiert an der Meinung des Herrn Rieder. Daher darf er sie jetzt bitte geben. - Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Rieder. - Danke. - Ich bin auch gerne bereit, in einem anderen Rahmen - das ist vielleicht jetzt hier nicht der geeignete Rahmen - das wirklich einmal ausführlich bildungspolitisch zu diskutieren. Ich weiß, dass es immer verschiedene Meinungen dazu gibt.

Vielleicht also zwei Wahrnehmungen dazu: Es ist so, dass die Fachaufsicht über das freizeitpädagogische Personal eindeutig bei der Bildungsdirektion und den Schulleitungen liegt und die auch ein fachliches Weisungsrecht haben. Die Schwachstelle der Zusammenarbeit haben wir auch schon, den Empfehlungen des Rechnungshofs entsprechend, behoben, auch mit sehr viel positiver Rückmeldung seitens der Schulleitungen, indem wir jetzt sukzessive, und bis zum nächsten Jahr wird der Prozess abgeschlossen sein, Teamleitungen an den Standorten installieren, die als arbeitsrechtliche Schnittstelle für die Schulleitungen dienen, um die Prozesse dort zu vereinfachen.

Grundsätzlich aber glaube ich auch, also es geht mir gar nicht darum, mir meinen Job zu retten - ich glaube, es gibt noch viele spannende Aufgaben in dieser Welt, die ich auch ausfüllen kann -, dass es gewisse Vorteile einer Organisation wie einer GmbH hat. Ich habe vorher erwähnt, dass wir jährlich 150 FreizeitpädagogInnen rekrutieren, die sehr flexibel einsetzen. Dies ist vielleicht in einer privatwirtschaftlich organisierten Organisation manchmal etwas leichter. Pädagogisch, glaube ich, könnte man in vielen Bereichen die Welt anders gestalten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Aigner?

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Nein, danke.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Dann gebe ich weiter an Herrn Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Wenn wir noch dürfen, gerne.

Dazu wurde jetzt viel ausgeführt. Ich darf noch einen Punkt nachfragen: Wir gehen davon aus, dass es einen Schaden gibt. Andere sind sich da offensichtlich nicht so sicher. Es geht mir jetzt darum, wo der Schaden aufschlägt: Irgendwo ist er entstanden, davon gehen, glaube ich, alle aus, und zwar womöglich bei der Stadt Wien. Soll so sein! Dazu werden wir die entsprechenden Zeugen der Stadt Wien befragen.

Ich darf nur festhalten, um sicherzugehen, dass ich es richtig verstanden habe: Sie haben geprüft, ob der Verein Rückforderungsansprüche stellen kann, und es wurde gutachterlich gesagt: Nein! - Darum haben Sie es, salopp gesagt, bleiben lassen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder bestätigt durch Nicken, dass das stimmt.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Danke.

Dann gehe ich weiter mit einer anderen Fragestellung. Im Bundesrechnungshofbericht steht in Punkt 5.2 betreffend Personalaufnahme - ich darf das zitieren -: "Der RH kritisierte die Aufnahme von Bediensteten in der Zentrale des Vereins ohne vorangegangene Stellenausschreibungen mit definierten Anforderungs- und Kompetenzprofilen. Der vorliegende Schriftverkehr ließ parteipolitische Einflussnahmen erkennen."

Es kann sich wohl jeder vorstellen, was damit gemeint ist! Wie ist Ihre Wahrnehmung dazu? Ist das in Ihrer Zeit als Geschäftsführer auch so gehandhabt worden? Oder haben Sie diesbezüglich Wahrnehmungen, wie es damals gehandhabt worden ist? Können Sie uns konkrete Beispiele dafür nennen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Ich kann noch einmal bestätigen, dass es, seitdem ich Geschäftsführer bin, sehr klare, transparente Ausschreibungen für alle Stellen und auch klar dokumentierte Bewerbungsverfahren gegeben hat und dass es keinerlei für mich wahrnehmbare Form von politischer Einflussnahme bei der Besetzung neuer Stellen gegeben hat.

Wie sich das in der Vergangenheit dargestellt hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann wirklich nicht sozusagen in die Vergangenheit zurückblicken und irgendwie rätseln, wie Stellenbesetzungen tatsächlich erfolgt sind.

Was ich feststellen kann, ist, dass sie aus meiner Sicht nicht ausreichend dokumentiert sind. Dadurch wird es für mich aber schwierig, rückzuschließen, wie die Verfahren wirklich erfolgt sind.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik! Ihr Kontingent ist ausgeschöpft. Ich habe Ihnen eine Extrafrage genehmigt. Eine Kurzfrage bekommen Sie noch, wenn wir dann bald einmal eine Chance auf Mittagspause sehen.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Betreffend Chance auf Mittagspause darf ich Sie noch etwas – wie soll ich sagen? – vertrösten! Wir hätten noch einige Fragen. Eine ganz kurze Frage: Sie sind, wie ich glaube – das ist ja kein Geheimnis! – selber bei der SPÖ irgendwie engagiert gewesen oder sind es noch immer?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das müssen Sie nicht beantworten!

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Das müssen Sie nicht beantworten! Man braucht es ja nur googeln! Ich darf aber meine Frage ausführen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Entschuldigung, Herr Kowarik: Ich erteile keinen Ordnungsruf, sondern ich bitte Sie nur, zum Untersuchungsgegenstand gehörige Fragen zu stellen!

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Mache ich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Die politische Orientierung eines jeden Österreicher ist seine Privatsache und hat jetzt wirklich nichts mit unserem Untersuchungsgegenstand zu tun, und auch nicht der von Ihnen inzwischen zu Protokoll gegebene Google-Tatbestand.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Dann frage ich anders: Ist Ihnen von den Altmitarbeitern in der Zentrale bekannt oder haben Sie mitbekommen, dass bei Altmitarbeitern – wie ich diese jetzt einmal nenne –, die nicht Sie neu eingestellt haben, sondern die schon im Team waren, eine parteibuchpolitische Einflussnahme erkennbar ist?

Ich beziehe mich diesbezüglich auf den Bundesrechnungshofbericht. Das hat sich nicht der Kowarik einfallen lassen. – Danke.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das habe ich auch nicht behauptet, Herr Kowarik! Ich wollte Sie diesbezüglich auch nicht zu sehr einbremsen! Generell gesagt ist das, was im Bundesrechnungshofbericht steht, bereits Gegenstand unserer Beweisaufnahme. Wir haben das offiziell vorgelegt bekommen, und dass der Bundesrechnungshofbericht ein wichtiges Beweismittel ist, ist völlig klar.

Herr Rieder stelle ich es frei, die Frage zu beantworten.

Mario **Rieder**: Wie gesagt: Ich weiß nicht, wie der Bundesrechnungshof zu seinen Schlussfolgerungen kommt. Ich kann über die Verfahren der Vergangenheit nichts sagen. Ich kenne auch die Parteizugehörigkeit meiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Normalfall nicht, weil das deren Privatsache ist.

Meine Wahrnehmung ist, dass wir Personen mit unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Haltungen in unserer Zentrale haben. Ich kann aber jedenfalls in der Zusammensetzung der Zentrale keine parteipolitische Einflussnahme erkennen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Herr Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Ich darf konkretisieren, weil das vielleicht missverständlich formuliert war: Woraus erkennt man das? – Aus den Personalakten. Aus dem Rechnungshofbericht geht hervor – ich darf zitieren –: "Der ... Schriftverkehr ließ parteipolitische Einflussnahmen erkennen. Einige Personalakte enthielten ... parteipolitische Referenzen." – Seite 21, TZ 5.2.

Jetzt zu meiner Frage: Aus dem Bericht des Rechnungshofes ergibt sich auf Seite 26 zur Frage der rückwirkenden Gehaltserhöhung der Geschäftsführerin, dass die damalige Vorsitzende des Vereins dies festlegte und in der Folge die damalige Geschäftsführerin im November 2016 diese Gehaltserhöhung rückwirkend erhalten hat. Können Sie uns Auskunft darüber geben, wer die damalige Vorsitzende war?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Ich habe zum Schluss die Frage akustisch nicht ganz verstanden.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Wer war die damalige Vorsitzende im Dezember 2014, die festlegte, dass rückwirkende Gehaltserhöhungen ab Jänner 2016 ausbezahlt sind, worauf die Geschäftsführerin als Erste in den Genuss dieser diesbezüglichen Regelung kam?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Nach meinem Informationsstand müsste das Frau Eva Trost gewesen sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Jetzt geht es weiter bei der sozialdemokratischen Fraktion. – Bitte, Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Sie haben jetzt schon sehr gut dargestellt, welche Schritte auch auf Grund der Rechnungshofprüfung gesetzt wurden und dass ein wesentlicher Punkt die Umwandlung in eine GmbH war. Sie haben auch schon dargelegt, was die Vorteile aus Ihrer Sicht sind.

Ich habe insgesamt in diesen Bereich wenig Einblick, und daher hoffe ich, dass Sie mir weiterhelfen können.

Daher frage ich Sie: Wissen Sie, wie die Freizeitbetreuung in den ganztägigen Schulformen in anderen Bundesländern gehandhabt wird? Haben Sie da irgendeinen Vergleich, ob das so üblich ist oder anders gemacht wird?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Ich habe einen relativ guten Überblick. Grundsätzlich ist es so, dass die vorher diskutierte Konstruktion, dass Vereine oder anders rechtlich definierte Organisationen, die FreizeitpädagogInnen beschäftigen und die das Personal für Freizeitbetreuung zur Verfügung stellen, eine durchgängige Lösung in allen Bundesländern ist. In den meisten Bundesländern oder auch Gemeinden ist das, weil das ja eigentlich Aufgabe der Gemeinden als Schulerhalter ist, über Vereine gelöst, oft auch gemeindeübergreifend. Es gibt zwei Bundesländer, die schon vor Wien die Lösung der Rechtsform einer GmbH gewählt haben, nämlich Niederösterreich und Tirol. Diese haben eine durchaus vergleichbare Konstruktion mit der jetzigen BiM-GmbH gewählt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Jetzt geht es weiter bei NEOS. Bitte, Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Sie haben vor ungefähr einer dreiviertel Stunde gesagt, dass der Verein keine Rücklagen bilden durfte. Der Rechnungshof hat allerdings auch angeführt, dass das der Verein sehr wohl gemacht hat und liquide Mittel hatte, die die Stadt auch nicht zurückgefordert hat.

Können Sie noch einmal erläutern, was Sie damit gemeint haben, dass der Verein keine Rücklagen bilden durfte?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich bin mir nicht sicher, ob der Vorhalt Rücklagen jetzt wörtlich richtig ist, aber ich frage Herrn Rieder.

Mario **Rieder**: "Durfte" ist vielleicht die falsche Formulierung. Der Verein konnte niemals Rücklagen bilden, weil der Verein niemals Überschüsse erwirtschaftet hat, weil er nur die tatsächlichen Kosten abgerechnet hat. Das heißt, der Verein hat seit Bestehen immer mit Null bilanziert. Die einzige Möglichkeit wäre, wenn die Kosten des Vereins die Finanzierung der Stadt Wien überschreiten, dass er dann ein Minus ausweisen würde, was in diesem Fall, weil keine Rücklagen da sind, existenzbedrohend wäre.

Was der Verein natürlich hat, und gerade aufgrund dessen sind Rückstellungen bilanztechnisch etwas völlig anderes, weil eine Rückstellung Fremdkapital ist, dem Verpflichtungen gegenüber stehen. Dabei geht es um Rückstellungen vor allem für Abfertigungsansprüche sowie die üblichen personalrechtlichen Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube und Zeitausgleich. Diesen Rückstellungen muss natürlich ein Vereinsvermögen gegenüberstehen, denn wenn diese nicht abgesichert wären, wäre das auch von der Geschäftsführung her grobe Fahrlässigkeit.

Darauf bezieht sich der Bundesrechnungshof beziehungsweise dass es Akontozahlungen der Stadt Wien gibt. Nachdem wir ja mit der Stadt Wien in einer Schuljahreslogik abrechnen, aber in einer Kalenderjahreslogik bilanzieren, ergeben sich natürlich Mittel der MA 56, die

im Dezember bereits für die Folgemonate angewiesen sind und die in der Bilanz dann als entsprechende Mittel auch als liquide Mittel ausgewiesen sind.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Im Rechnungshofbericht steht von einem Anlagenvermögen von zwei Millionen EUR. In der Bilanz der GmbH war allerdings nicht ersichtlich, wohin diese zwei Millionen gegangen sind.

Sind diese zwei Millionen EUR weiterhin in Wertpapieren angelegt, oder was wurde aus diesem Geld?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Nachdem dieser Punkt auch im Bundesrechnungshofbericht angesprochen worden ist, ist diese Fragestellung dem Aufsichtsrat ordnungsgemäß vorgelegt worden, weil es zu den Kompetenzen des Aufsichtsrats gehört, über die Veranlagungsstrategien der GmbH zu entscheiden. Es hat im Aufsichtsrat eine Entscheidung gegeben, grundsätzlich die Vermögenswerte, die den Rückstellungen und den sonstigen Verpflichtungen der GmbH gegenüberstehen, ungefähr zur Hälfte in Festgeld und zur Hälfte in Wertpapieren mit maximal Risikoklasse zwei zu veranlagern. Der Aufsichtsrat hat es als sinnvoll empfunden, diese Vermögenswerte nicht ausschließlich in Festgeld, sondern im Sinne einer Risikostreuung zur Hälfte in Festgeld und zur Hälfte in Wertpapieren mit geringstmöglichem Risiko zu veranlagern. Diese Veranlagung wird vom Aufsichtsrat jährlich kontrolliert. Jede Veränderung der Veranlagung ist genehmigungspflichtig durch den Aufsichtsrat.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Danke für die Ausführungen.

Ich möchte jetzt noch ein anderes Themenfeld ansprechen, das letzte von mir: Sie haben einen nicht ganz unkritischen Betriebsrat, vor allem über die letzten Jahre hinweg hat er sich immer wieder auch öffentlich geäußert. Es gibt auch eine Website des Betriebsrats mit einigen auch sehr brisanten Dokumenten.

Es gibt ein Interview einer Person, die anonym bleiben wollte, die eine Mitarbeiterin ist. Ich möchte davon einen kurzen Auszug vorlesen, weil dieser relevant ist, und dann zu meiner Frage kommen. – Sie wird gefragt: "Was hat dich dazu bewogen, dieses Interview zu geben?" Sie antwortet: "Die katastrophalen Zustände in der Nachmittagsbetreuung, der Eindruck, dass sich die politisch Verantwortlichen darum nicht kümmern und sich für die Kinder einfach nicht interessieren, und die traurige Realität, dass sich die Verantwortlichen im Verein scheinbar eingebunkert haben. In einer Art Treue gegenüber einer Partei wird geschwiegen oder schön geredet." Sie wird gefragt: "Welche Partei meinst du?" – "Es ist bekannt, dass der Verein durch und durch sozialdemokratisch ist."

Das ist hier ein bisschen der Bezugspunkt zur Parteipolitik auch in diesem Verein, die anscheinend auch nach diesem Interview immer wieder geherrscht hat.

Meine Frage ganz konkret: Gibt es weiterhin Herausforderungen mit dem Betriebsrat und Beschwerden in diese Richtung?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Zeuge! Das war jetzt eigentlich zu 99 Prozent Feststellung – wenn auch wieder eloquent vorgetragen, wie von Wiederkehr stets gewährleistet – und wenig Frage. Ich bitte Sie also, sich mehr auf den Fragenteil zu konzentrieren.

Mario **Rieder**: Das ist eine sehr umfassende Frage.

Grundsätzlich gibt es Herausforderungen mit dem Betriebsrat immer für jede Geschäftsführung. Es ist die Aufgabe eines Betriebsrats und einer Geschäftsführung in den jeweiligen Funktionen, unterschiedliche Interessen, aber immer mit einem Augenmerk auf das Gesamtwohl der Organisation, wahrzunehmen. Ich bin hier in laufenden Diskussionen. Es ist jetzt gewissermaßen für mich ein bisschen schwierig, selber irgendwie zu bewerten, wie die Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat ist. Ich kann von meiner Seite feststellen, dass wir eine sehr gute Gesprächsbasis haben, aber natürlich unterschiedliche Standpunkte auch immer wieder austragen.

Ich möchte auch noch auf das Interview Bezug nehmen: Grundsätzlich ist mein Eindruck, dass die Zufriedenheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sehr hoch ist. Ich bin sehr intensiv in Kontakt mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Ich stelle mich jährlich mehrmals in Großveranstaltungen auch den sehr oft sehr kritischen und heiklen Fragen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sie schätzen dieses offene Gesprächs- und Austauschklima.

Ich zumindest sehe also kein problematisches Verhältnis, das über das Übliche innerhalb eines Betriebs zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat hinausgehen würde.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr hat keine Zusatzfrage. Dann gebe ich weiter an Frau Olischar. – Bitte.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Wir haben es schon mehrfach gehört: Sie sind 2017 Geschäftsführer geworden. Sie haben aber auch gesagt, dass Sie davor keinerlei Verbindung oder Beziehung zu dem Verein generell hatten.

Mich würde jetzt interessieren: Wie sind Sie denn dann eigentlich dazu gekommen? Ist jemand auf Sie zugekommen? Gab es eine Ausschreibung? Haben Sie sich aktiv beworben? Wie war der Prozess, dass Sie an diesem Verein auch angedockt und angeknüpft sind?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Die Stelle der Geschäftsführung war, soweit ich mich erinnern kann, im Oktober 2016 öffentlich ausgeschrieben über eine Personalberatungsfirma. Ich hatte damals ein halbes Jahr vorher beschlossen, mich neuen Herausforderungen zu stellen, und hatte meine Geschäftsführerfunktion in einer anderen GmbH zurückgelegt. Ich war in der Orientierung, habe die Ausschreibung spannend gefunden und habe dann erst begonnen, mich mit dem Verein etwas näher zu beschäftigen. Ich habe mich dann für die Stelle beworben und bin durch einen durchaus sehr interessanten, intensiven und fordernden Auswahl- und Hearing-Prozess durch die Personalberatungsfirma gegangen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar, bitte.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Das heißt, wenn ich Sie jetzt richtig interpretiere: Das war durch eine Personalagentur ausgeschrieben. Haben Sie bei der Bewerbung schon gewusst, um welche Stelle oder um welchen Verein es sich da handelt, oder war es bis zu dem Zeitpunkt, als es dann schlussendlich in den engeren Bewerbungsprozess gegangen ist, unbekannt, um welche Stelle es sich handelt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Dipl.-Ing. Olischar! Ist das jetzt wirklich zum Gegenstand der Untersuchung gehörig? Ich meine, ich bin ja bei Ihnen ...

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Nun ja: Es geht um die Herausforderung, ob man jetzt einen Verein übernimmt oder nicht, wenn es kritische Dinge dazu gibt!

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich halte das jetzt zwar nicht für sehr verfahrensgegenständlich, sondern nur für eine Begleiterscheinung. Wenn ich Sie richtig interpretiere, möchten Sie wissen, zu welchem Zeitpunkt der Herr Zeuge erfahren hat, um welchen Verein es sich handelt, für dessen Geschäftsführung er sich beworben hat.

Ich bitte Sie, das zu beantworten.

Mario **Rieder**: In der Ausschreibung der Stelle war der Verein nicht konkret erwähnt. Es bestand sozusagen auf Grund der Tätigkeit, nachdem der Verein sehr viele Alleinstellungsmerkmale in Wien hat, durchaus eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Ich habe gleichzeitig natürlich auch mitbekommen, dass Frau Kopietz als Geschäftsführerin des Vereins in Pension geht und habe daher mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit angenommen, dass es sich konkret um diesen Verein handeln wird.

De facto habe ich in meinem Erstinterview mit der Personalberaterin dann erfahren, um welchen Verein es sich konkret handelt. Aber sagen wir so: Ich bin mit einer gewissen Vorahnung und Erwartungshaltung in die Bewerbung gegangen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Es war also eine geringe kriminalistische Anforderung, das herauszufinden! (*Heiterkeit.*)

Bitte, Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Wussten Sie zu dem Zeitpunkt schon, dass es gewisse Herausforderungen gibt, was beispielsweise die Struktur des Vereins betrifft? Kannten Sie zu dem Zeitpunkt schon den einen oder anderen Eckpfeiler, welchen Herausforderungen Sie in Ihrer Stelle begegnen werden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Ich wusste zu diesem Zeitpunkt, welche Herausforderungen ich mir selber gestellt habe, weil ich bei meinem Hearing unter anderem eine Vision entwickeln sollte, wo ich den Verein in sechs Monaten und in drei Jahren sehe, und da habe ich mir, glaube ich, die Ziele relativ hoch gesteckt. Das waren die Herausforderungen, mit denen ich gerechnet habe, als ich die Geschäftsführung übernommen habe, nämlich den Verein strategisch neu auszurichten oder strategisch weiterzu-

entwickeln, bildungspolitisch neu auszurichten. Dass hier auch noch sehr starke organisatorische Herausforderungen dazukommen waren, war mir in dem Ausmaß nicht bewusst.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das Kontingent ist erschöpft. Sie nicken auch. Es geht bei Herrn Ellensohn weiter. – Bitte.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Nachdem der Untersuchungsgegenstand der Verein für Kinder- und Jugendbetreuung ist und nicht Bildung im Mittelpunkt, Sie aber jetzt deutlich ausgeführt haben, was Sie alles verändert und gemacht haben, glaube ich, dass es zwar noch viele Fragen betreffend den Verein Kinder- und Jugendbetreuung gibt, aber nicht mehr an Sie, denn es kommen ja noch mehrere Personen, die wir dazu befragen können. Für mich ist es für heute gut. – Danke schön.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke für Ihre kulinarisch sehr hilfreiche Äußerung, Herr Ellensohn!

Es geht aber trotzdem weiter bei der FPÖ: Kowarik ist am Wort. – Bitte.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Herr Rieder! Ich darf zusammenfassend etwas fragen: Die Probleme in der Vergangenheit, die Sie uns geschildert haben, lagen insbesondere daran, dass die Geschäftsführerin den Vorstand nicht informiert hat, obwohl sie ihn informiert sollen hätte beziehungsweise dass der Vorstand nichts von den dortigen Vorgängen wusste, weil die Geschäftsführerin eine Vollmacht hatte und sozusagen gemacht hat, was sie will. Habe ich das jetzt richtig mitgenommen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Ich würde das jetzt nicht in dieser Dramatik formulieren, dass sie gemacht hat, was sie will. Es hat gewisse Entscheidungen der Geschäftsführerin vor allem in Bezug auf die Gestaltung von Dienstverträgen gegeben, die formal nicht ausreichend durch den Vorstand abgesichert waren. Oder anders formuliert: Ich hätte als Geschäftsführer zu meiner Absicherung den Vorstand damit befasst.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Nachfrage, Herr Kowarik?

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Ja. In Anbetracht dessen, dass diese Handlungen der Geschäftsführerin womöglich unrechtmäßig waren, weil sie die entsprechenden internen Abläufe nicht vorgenommen hat, meine Frage: Haben Sie auch eine strafrechtliche Überprüfung des Vorgehens der letzten Geschäftsführung überlegt? War das jemals ein Thema bei Ihnen als Geschäftsführer oder im Vorstand damals, als Sie Geschäftsführer waren?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder, bitte.

Mario **Rieder**: Ich kann dazu feststellen, dass in dem Gutachten von Dr. Döllner, das ich vorher erwähnt habe, auch dieser Aspekt behandelt und eindeutig festgestellt wurde, dass hier keine strafrechtlichen Tatbestände vorliegen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Herr Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Noch eine Frage: Irgendwie hat man den Eindruck beziehungsweise habe ich den Eindruck gewonnen, dass ohne Prüfung des

Rechnungshofes diese Vorgänge – ich sage es einmal neutral, sonst bekomme ich einen Rüffel – im Verein womöglich gar nicht aufgefallen wären. Ist das aus Ihrer Sicht richtig oder nicht?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Das liegt natürlich im spekulativen Bereich! Was-wäre-wenn-Konstruktionen sind immer einerseits leicht, andererseits schwierig zu formulieren.

Aus meiner Sicht wären etliche dieser Punkte vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt durchaus auch sichtbar geworden. Aus meiner Sicht wäre die Veränderung der Rechtsform, nämlich die Umwandlung in eine GmbH, früher oder später ohnedies angestanden, und es hat ja auch schon entsprechende informelle Überlegungen gemeinsam mit der MA 56 gegeben. Und spätestens bei der Umwandlung des Vereins in eine GmbH hätte auch ich als Geschäftsführer eine umfassende Due Diligence gefordert, die diesfalls jetzt nicht mehr in dem Ausmaß notwendig war, weil das eigentlich der Rechnungshof für uns erledigt hat. Aber spätestens mit der Änderung der Rechtsform und der damit notwendigen Überprüfung durch externe Wirtschafts- und Rechtsexperten und –expertinnen wäre das aus meiner Sicht durchaus sichtbar geworden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das geht jetzt in Richtung sowieso Kostenersparnis durch die Rechnungshofprüfung, was Kollege Aigner vorher in Bezug auf den Nachmittagsbetreuungsbereich auch leicht herangezogen hat.

Herr Kowarik hat eine Nachnachfrage. – Bitte.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Wenn es noch gestattet ist, würde ich noch nachfragen: Wir haben gehört, dass diese GmbH-Konstruktion Sinn macht. Das sehe ich genauso. Sie ermöglicht ein Durchgriffsrecht, also eine direkte Weisung des Eigentümers beziehungsweise des Gesellschafters an die Geschäftsführung.

Ich darf diesbezüglich auf das Übereinkommen hinweisen, das mit dem damaligen Verein und der MA 56 als Vertreterin der Stadt Wien getroffen wurde. Auch hier ist von einer schriftlichen Weisung explizit die Rede, ich darf in diesem Zusammenhang auf den Punkt 4., Absatz 3 hinweisen. Diese Möglichkeit hätte schon bestanden, als Stadt Wien direkt Weisungen, diesfalls als Vertragspartner und nicht als Gesellschafter, zu erteilen.

Jetzt meine Frage dazu: Sie waren ja auch noch Geschäftsführer des Vereins. Wie wurde diese Weisungsmöglichkeit der Stadt Wien gehandhabt? Und ist Ihnen bekannt, dass diese Weisungen auch vor Ihrer Geschäftsführertätigkeit angewendet wurden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Die kleine Frage hat sich etwas ausgeweitet.

Bitte, Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Ich darf dazu noch einmal klarstellen. Es gab und gibt auch laut Übereinkommen ein Weisungsrecht der Stadt Wien, aber an den Verein und nicht an die Geschäftsführung. Formal hat es kein Weisungsrecht der Stadt Wien an die Geschäftsführung gegeben, auch nicht in meiner Zeit. Auch in meinem Dienstvertrag und Geschäftsführervertrag steht, dass allein die Vorsitzende des

Vereins mir gegenüber weisungsbefugt ist. Das heißt; Wenn, dann wäre es die ordnungsgemäße Weisungskette, dass die Stadt Wien eine Weisung an den Verein und die Vereinsvorsitzende dann eine Weisung an die Geschäftsführung erteilt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik! Ich glaube, wir alle wissen, dass es im Verein und mit der Geschäftsführung immer ein Problem gibt. Wir beide wissen das beruflich!

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Darf ich meine Frage konkretisieren? Hat es das zu Ihrer Zeit gegeben? Wissen Sie etwas: Hat diese Weisungskette, wenn Sie das so formulieren wollen, stattgefunden? Wissen Sie das aus Ihrer Zeit, oder haben Sie erfahren, dass es das vor Ihrer Zeit gab?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke für die Präzisierung. Gab es Weisungen unter Ihrer Ägide oder vorher?

Mario **Rieder**: Meines Wissens nicht. Wie gesagt, hätten die Weisungen an den Verein und nicht an mich ergehen können. Nach meinen Informationen hat es auch keine Weisung an den Verein gegeben. Das war auch nicht erforderlich, weil offensichtlich gar kein entsprechender Fall eingetreten ist, der eine Weisung erfordert hätte, weil alle Schritte ohnedies gemeinsam abgestimmt gesetzt wurden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich gehe in die letzte Runde. Die Sozialdemokraten schütteln den Kopf, NEOS schüttelt den Kopf, Frau Olischar schüttelt den Kopf, Ellensohn gibt andere, aber eindeutige Zeichen. Kowarik meldet sich noch einmal zu Wort. – Bitte.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Zur Beliebtheit bei allen verlängere ich noch.

Eine letzte kurze Frage, beziehungsweise vielleicht wird sie dann doch wieder nicht so kurz, daher sage ich: Ich stelle eine letzte Frage.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Kowarik hält mitten im Satz inne und gibt eine relativierende Geste zu Protokoll.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Ja.

Es hat in dem Übereinkommen Bestimmungen – wir haben es schon gehört – über die Vorlage von Finanzierungskonzepten beziehungsweise auch Monatsabrechnungen und Jahresabrechnungen gegeben. Wie hat das in Ihrer Geschäftsführertätigkeit – nur das kann ich fragen, denn von den vormaligen Geschäftsführern können Sie das nicht wissen – konkret ausgeschaut? In welcher Tiefe wurde das von der Stadt Wien, vom Vertragspartner, geprüft?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Rieder.

Mario **Rieder**: Zu meiner Zeit der Geschäftsführung hat es monatliche Abrechnungen gegeben, Pauschalabrechnungen, eine zum Kalenderjahresende, eine Zwischenabrechnung, eine sogenannte Schlussrechnung und dann zum Ende des Schuljahres eine differenzierte Abrechnung. Wie intensiv und in welcher Form das durch die Stadt Wien – MA 56 geprüft wurde, entzieht sich jetzt meiner genaueren Kenntnis. Ich weiß aber, dass es Rückfragen dazu gegeben hat, zu denen wir dann Erläuterun-

gen gemacht haben. Grundsätzlich wurde aber auch jedes Jahr festgestellt, dass wir den Budgetrahmen auf jeden Fall deutlich unterschritten haben.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Danke. Ich nehme da konkret Bezug auf eine Aussage des Herrn Bürgermeisters, der festgestellt hat, dass – jetzt sind wir wieder beim Schaden – kein Schaden stattgefunden hat, weil sich der Verein immer an das Budget gehalten hat. Das haben Sie hiermit bestätigt. Es handelt sich nur um die Frage der Budgeterstellung. Man kann in ein Budget sehr viel hineinschreiben, was womöglich nicht ganz so sinnvoll ist.

Hätte die Stadt Wien aus diesen Berichten beziehungsweise dem Finanzierungsplan solche Ungereimtheiten herauslesen können, wie sie im Rechnungshofbericht dargestellt sind?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich glaube, schon dem Tonfall Ihrer Fragestellung zu entnehmen, dass Sie die Antwort wissen, Herr Zeuge.

Mario **Rieder**: Zum Ersten: In unserem Fall hätten wir, nachdem das keine Budgets, sondern Finanzierungskonzepte sind, nicht hineinschreiben können, was wir wollen, weil wir das nur auf Basis der Bedarfsmeldungen der Schulen erstellen können plus plausibilisierte Kosten für die Zentrale, die aber nur zwei Prozent der Gesamtkosten ausmachen und hier auch deutlich differenziert waren. Bei 98 Prozent an Personalkosten ist es halt schwierig, Phantasiezahlen hineinzuschreiben. Ich kenne auch andere Unternehmen, die eine andere Zusammensetzung haben. Da hat man in Budgets mehr Spielraum als Geschäftsführer. Es waren dies aber keine

Grundsätzlich lag der Fokus der Überprüfung auf 97 bis 98 Prozent der Personalkosten, die das schulische Personal betroffen haben. Das war auch für die MA 56 nachvollziehbar, weil es den tatsächlichen Betreuungszahlen an den Schulen entsprochen hat, die die MA 56 als Schulerhalter ja auch kennt.

Inwieweit in Abrechnungen Sonderverträge, Sonderzahlungen für einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erkennbar sein könnten hätten, ist sicherlich eine Diskussion wert, aber bestimmt nicht so einfach, weil das auch als eine Gehaltssumme ausgewiesen ist und nur bei sehr differenziertem Nachfragen erkennbar wäre, wie diese sich zusammensetzt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik? – Sie haben keine Frage mehr.

Wenn dem so ist und keine weiteren Fragen mehr an Herrn Rieder gestellt werden, dann darf ich mich herzlich bei ihm bedanken. Ich glaube, dass wir unsere Kinder- und Jugend-Nachmittagsbetreuung in sehr fachkundige Hände gelegt haben, und darf Sie bitten, kurz noch zu mir zu kommen. – Danke schön.

Mario **Rieder**: Vielen Dank auch.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das Wichtigste habe ich vergessen: Ich danke Herrn Hofrat Sladeček.

Wir machen jetzt bis 14:00 Uhr eine Pause. Dann kommt eine Zeugin namens Frau Mag. Brigitte Bauer-Sebek. Danke.

(Unterbrechung um 13.31 Uhr)

(Wiederaufnahme um 14.03 Uhr)

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: So, ich darf die Herren – und es ist nur noch ein Herr von der "Kronen Zeitung" da – bitten, die Lichtbildaufnahmen jetzt einzustellen oder noch die Frau Zeugin zu fotografieren, und dann würden wir gerne beginnen.

Um 14.04 Uhr wird die Sitzung wiedereröffnet. Ich darf sehr herzlich Frau Mag. Brigitte Bauer-Sebek begrüßen, Dienststellenleiterin der MA 13, Bildung und außerschulische Jugendbetreuung, samt ihrer Vertrauensperson. Einen schönen Nachmittag und danke für Ihr Kommen.

Sie sind heute als Zeugin geladen, Frau Mag. Bauer-Sebek. Als Zeugin vor einer Verwaltungsbehörde sind Sie verpflichtet, die Wahrheit auszusagen, eine falsche Aussage wäre strafbar. Sie haben aber das Recht, einzelne Fragen nicht zu beantworten, wenn durch die wahrheitsgemäße Beantwortung dieser Fragen Ihnen oder Ihnen nahestehende Angehörige ein Nachteil erwachsen würde, in der Form, dass Sie sich selbst strafbar machen würden oder diese nahen Angehörigen, dass Sie einen beträchtlichen Vermögensschaden erleiden oder die Gefahr der Schande drohen würde. Weiters haben Sie die Möglichkeit zu verweigern, wenn Sie nicht von der Amtverschwiegenheit entbunden wurden.

Wir stellen jetzt fest, Sie wurden von der Amtverschwiegenheit entbunden und wir haben diese entsprechende Erklärung bereits zur Kenntnis und zum Akt genommen.

Das heißt, Sie haben die Belehrung verstanden, Frau Magister?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ja, Bauer-Sebek, ich habe die Erklärung verstanden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke vielmals.

Wenn Sie so lieb wären und uns einmal, bevor wir in die Befragung eintreten, kurz darlegen, was Ihre Aufgaben und Ihre Tätigkeitsfelder sind. Vielen Dank. – Frau Mag. Bauer-Sebek.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Also, wie gesagt, mein Name ist Brigitte Bauer-Sebek. Ich bin klinische Gesundheits- und Arbeitspsychologin und bin seit 2003 in der MA 13 tätig. Seit 2013, genauer gesagt Oktober 2013 leite ich diese Dienststelle. Die MA 13, der neue Name ist Stadt Wien – Bildung und Jugend, besteht aus mehreren Bereichen, es ist eine sehr große, sehr vielfältige Abteilung. Zur MA 13 gehören drei Teildienststellen, das sind die Stadt Wien – Büchereien, Stadt Wien – Musikschulen und Stadt Wien – Modeschule Hetzendorf. Diese Teildienststellen zeichnen sich dadurch aus, dass sie einerseits im Bildungsbereich natürlich tätig sind und andererseits sind die MitarbeiterInnen auch direkte Angestellte bei der Stadt Wien.

Nur ganz kurz zu diesen drei Teildienststellen: Die Büchereien verfügen über 39 Zweigstellen, davon ist die Hauptbücherei das Flaggschiff, die größte Bücherei, und es sind rund 300 MitarbeiterInnen, die in den Büchereien – vorwiegend BibliothekarInnen – tätig sind.

Die Musikschule hat rund 400 MitarbeiterInnen. Wir haben 15 eigene Musikschulen in Wien, sonst werden die

Angebote in Schulen angeboten, und die reichen von ELEMU für die ganz kleinen Kinder bis hin zur Begabtenförderung für sich schon auf dem Weg zum Musikprofi befindliche junge Menschen.

Modeschule Hetzendorf ist jetzt eine Erneuerung. Da kam neben dem fünfjährigen berufsbildenden Zweig, den wir bis dato schon hatten, im letzten Schuljahr auch eine dreijährige Fachschule hinzu. Das sind jetzt kurz einmal die drei Teildienststellen.

Des Weiteren gibt es in der MA 13 noch zwei Förderbereiche. Das ist zum einen der Fachbereich Jugend, wo eben Vereine der außerschulischen Jugendarbeit gefördert werden, und zum anderen der Fachbereich Erwachsenenbildung, um den es heute vorrangig geht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Vielen Dank für die Vorstellung. Zur Erklärung, Sie werden jetzt abwechselnd von den Fraktionen befragt. Es ist also so, dass grundsätzlich drei Fragen zulässig sind, mit bis zu zwei Nachfragen, und dann wechselt es zur nächsten Fraktion. Es wird immer der Name vorher genannt, sowohl von mir, und es ist ganz toll, wie Sie schon begonnen haben, wenn Sie immer den Namen nennen, tut sich unser Protokollant später sehr leicht bei der Übertragung.

Es beginnt der Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ich beginne mit ein paar allgemeinen Fragen zur Fördervergabe in der Magistratsabteilung. Einleitend, welche Arten von Förderungen gibt es in der Magistratsabteilung 13? Können Sie uns einfach auflisten, was es da für unterschiedliche Förderungen gibt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Also ganz grundsätzlich agieren wir im Rahmen der Privatwirtschaft bei der Fördervergabe, also die Gemeinde Wien im Rahmen der Privatwirtschaft. Wir haben laut GOM, also Geschäftseinteilung des Magistrates, abgesehen von der Förderung in der Jugendarbeit eben die Förderung im Bereich der Erwachsenenbildung. In diesem Bereich der Erwachsenenbildung fördern wir vorrangig eben Vereine beziehungsweise gemeinnützige GmbHs. Das ist also ein großer Brocken, dass es gemeinnützig sein muss, also alle Förderungen gehen an gemeinnützige Organisationen. Wobei, wenn ich sage, wir fördern, wir bereiten die Anträge vor, die dann im Gemeinderat oder im Ausschuss sozusagen empfohlen werden oder nicht, also genehmigt werden oder nicht.

Im Bereich der Erwachsenenbildung sind es unter anderem Bereiche, die eben Erwachsenenbildung im Allgemeinen beinhalten, wie beispielsweise die Initiative Erwachsenenbildung. Da bearbeiten wir sozusagen die Förderungen, beziehungsweise werden auch Bereiche über die MA 13 gefördert, die zusätzlich zu den von mir eingangs erwähnten Teildienststellen darüber hinausgehend ergänzen, wie vor allem im Bereich der Musik. Also das ist auch ein großer Teil.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Gibt es für diese unterschiedliche Förderungen auch schriftliche Förderrichtlinien?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Wir haben seit vielen Jahren Förderrichtlinien. Die werden laufend aktualisiert, optimiert, ergänzt, vor allem dahingehend, wenn es gesetzliche Veränderungen gibt, also gesetzliche Regeln sich verändern, oder wenn es Empfehlungen aus Stadtrechnungshofberichten gibt, oder auch, wenn die interne Revision Empfehlungen ausgibt. Also das wird in unsere Förderrichtlinien eingearbeitet. Seit 2015, das habe ich in Auftrag gegeben, gibt es für die beiden Förderbereiche, die ich erwähnt habe, gemeinsame Förderrichtlinien.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Und wie wird bei den Förderungen das Erreichen des Förderziels evaluiert?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Vorrangig durch unsere Kontrollen, Qualitätskontrollen. Also wir – wenn ich mir sage, meine ich, sorry, die MA 13 –, also der Fachbereich, die jeweiligen Fachbereiche schauen sich natürlich einmal die Tätigkeitsberichte an und schauen, was ist dort inhaltlich, ist das, was in den Tätigkeitsberichten drinnen steht, auch das gewesen, worum um Förderung angesucht wurde, die wir ja dann weitergeleitet haben, beziehungsweise der Finanzplan, also auch, ob sozusagen die vom Gemeinderat oder Ausschuss genehmigten Fördermittel auch zweckmäßig eingesetzt worden sind.

Zusätzlich können wir auch, kann der Fachbereich auch Qualitätsgespräche einführen, wo es auch darum geht, dass sowohl eine inhaltliche als auch eine finanzielle Überprüfung stattfindet, zumeist in den Räumlichkeiten des Vereins oder der GmbH, der gemeinnützigen, und dort finden auch beispielsweise Einzelbelegsprüfungen statt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Wie wird beurteilt, welche Höhe der Förderung angemessen ist?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ganz prinzipiell ist es so, dass die MA 13 ja ein Förderansuchen bekommt, das wir dann weiterbearbeiten, sofern eine Förderwürdigkeit gegeben ist. Eine Förderwürdigkeit ist vor allem im Bereich Erwachsenenbildung dann gegeben, wenn es einen Wienbezug gibt, wenn es ein Bildungsthema ist und wenn eben der Fördernehmer, die Fördernehmerin eine Gemeinnützigkeit aufweist. Und dort wird dann einmal festgestellt, ob die Förderwürdigkeit vorliegt, und dann wird auch geschaut, ob prinzipiell die Förderhöhe, um die angesucht wird, auch dem Zweck entspricht, also ob das plausibel ist, dass mit dieser Förderhöhe der Förderzweck auch durchgeführt werden kann.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr, zweite Nachfrage.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Eine letzte Frage zu diesem Themenkomplex, auch zur Höhe der Förderungen, weil es für mich als Abgeordneter oft schwer nachvollziehbar ist, welche Höhe dann im Endeffekt auch bewilligt wird. Ich nehme ein Beispiel, in Ihrem Bereich sind die Wiener Kinder- und Jugendorganisatio-

nen, wo wir seit Jahren wissen, dass es eigentlich eine ziemliche Schieflage zwischen Förderhöhe der Jugendorganisationen und Stärke der Jugendorganisationen gibt. Da gibt es seit 2016 auch einen Antrag, das zu evaluieren. Da grundsätzlich zur Frage der Fördervergabe: Wenn es einen politischen Willen gibt, etwas zu evaluieren und zu verändern, wie wird das dann bei Ihnen umgesetzt, oder in diesem Fall, warum wird das dann nicht umgesetzt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin, bitte warten Sie noch. Herr Wiederkehr, können Sie es ein bisschen präzisieren, was Sie da für ein ominöses Konstrukt erwähnen?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Im Rahmen der MA 13 werden politische Kinder- und Jugendorganisationen und nichtpolitische Kinder- und Jugendorganisationen gefördert. In diesem Bereich gibt es eine nicht nachvollziehbare Höhe der Förderungen an die Organisationen und dahingehend gab es einmal eine politische Willensbekundung, diese Subventionen zu evaluieren. Und da gab es einen Beschluss 2016, der bis jetzt nicht umgesetzt ist. Deshalb ist es für diese Untersuchungskommission auch relevant zu sehen, wie die MA 13 auch mit Förderhöhen und Förderwürdigkeit von Vereinen und Organisationen umgeht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr, danke, jetzt weiß ich auch, worum es geht. Frau Zeugin, bitte um Ihre geschätzte Antwort.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich darf nur ganz allgemein sagen, dass die Förderhöhe der Gemeinderatsausschuss und der Gemeinderat beschließt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Sie wollen damit sagen, Sie selbst haben keinen Einfluss auf derartige Beschlüsse?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Wir können etwas vorschlagen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr, zufrieden oder für die zweite Runde? – Zufrieden schaut anders aus. Okay, es geht weiter bei Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Grüß Gott! Ich würde gerne auch noch einmal ganz allgemein in die Thematik eintauchen. Sie haben uns jetzt schon ein bisschen erläutert, in welchem Bereich die MA 13 tätig ist. Vielleicht noch ein, zwei allgemeine Fragen dazu: Wie viele Subventionsansuchen erreichen denn die MA 13 im Jahr?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Also ganz hundertprozentig traue ich mich das jetzt nicht sagen, weil das habe ich mich so ... Daumen mal Pi, ich schätze um die 300, um die 300.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Und wie viele davon werden positiv beurteilt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das kann ich leider jetzt nicht beantworten, das weiß ich wirklich nicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Vielleicht eine Frage der internen Organisation. Wie viele Mitarbeiter sind mit der Thematik Subventionsansuchen in der MA 13 betraut?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das ist jetzt nicht so einfach zu beantworten, weil die MA 13 ja einerseits die Fachbereiche hat, aber dann gibt es auch noch unseren Budgetbereich, der ja auch dann mitspielt, wenn es dann um die Genehmigungen oder um die Weiterleitung der Anträge geht. Ich kann nur sagen, insgesamt in der MA 13-Zentrale sind um die 40 MitarbeiterInnen, die jetzt aber nicht explizit Förderansuchen bearbeiten. Da ist auch das Sekretariat dabei, die Öffentlichkeitsarbeit, et cetera. Also ich kann Ihnen das jetzt schwer so auf den Punkt sagen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Gibt es eine Art Standardprozess, wie Förderansuchen abgewickelt werden seitens der Magistratsabteilung, vor allem jetzt, sollte es sich unterscheiden im Bereich der Erwachsenenbildung?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ja, wir haben einen Standardprozess. Prinzipiell wird ... Seit einigen Jahren können FördernehmerInnen online einreichen. Das heißt, wir bekommen ein Webformular, das wird dann eben vom Zuständigen – mit dem Ansuchen der Fördernehmerin, des Fördernehmers –, das wird vom Fachbereich Erwachsenenbildung bearbeitet, eben geprüft einmal auf Förderwürdigkeit. Und wenn diese Förderwürdigkeit gegeben wird, wird ein Antrag gestellt. Also die Förderwürdigkeit wird überprüft formell, inhaltlich und formal, vor allem auch finanziell, ob eben das alles, was ich schon vorher erwähnt habe, gegeben ist.

Wenn jetzt keine Förderwürdigkeit gegeben ist, dann beantworten wir das an die Förderwerberin, dass es eben nicht möglich ist, und wenn die Förderwürdigkeit aus Sicht der MA 13 gegeben ist, dann erstellen wir einen Gemeinderatsantrag. Davor durchläuft das noch einige Stellen, wie dann auch den Finanzbereich beziehungsweise gebe ich das dann auch im ELAK frei. Also das Ganze passiert bei uns über den elektronischen Akt. Dieser Gemeinderatsantrag hat auf jeden Fall eben einen Antrag mit unserem, von der MA 13 erstellten Motivenbericht, wo auch kurz erläutert wird, was ist das Vorhaben, auch eine kurze Beschreibung des Vereines, der Organisation per se, was hat die zum Zweck, und noch ein paar Beilagen, wie eben der Finanzplan zum Beispiel als Beilage.

Dieser ganze Akt ergeht dann über den Videndenweg, das heißt, auf der Vidende ist auf jeden Fall die Buchhaltungsabteilung, die MA 6, manchmal die Finanzabteilung, und der Stadtrat, und es ergeht dieser Akt über den Videndenweg an die Geschäftsgruppe, die dann diesen Akt auf die Tagesordnung für den Ausschuss oder den Gemeinderat setzen kann. Und dort wird eben eine Förderung beschlossen oder nicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Eine zweite Zusatzfrage für Frau Olischar, da Ihre Fragen so kurz wa-

ren? – Nein. Dann geht es weiter, nach der ÖVP kommen die GRÜNEN, und zwar der Herr Margulies. – Bitte.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Bauer-Sebek, zunächst einmal danke für die Darstellung, wie der gesamte Ablauf war. Darauf komme ich später noch einmal kurz zurück.

Davor noch eine andere Frage, weil es ja einige Abteilungen gibt, die Subventionen vergeben, und manchmal ist es ja nicht unähnlich: Wie grenzen Sie sich untereinander ab von anderen subventionsvergebenden Stellen, wie der MA 7 oder anderen Magistratsabteilungen, wenn es so aussieht, dass es sich um ähnliche beziehungsweise nicht eindeutig zuordenbare AntragstellerInnen handelt?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: In der MA 13 ... also ganz grundsätzlich gibt es keine Doppelförderungen, die sind nicht zulässig. Das haben wir auch in unseren Förderrichtlinien ganz klar ausgewiesen. Es können Mehrfachförderungen passieren, ich sage Ihnen dann später, wie das sein kann.

Auf jeden Fall ist es so, dass uns FördernehmerInnen schon im Antrag bekanntgeben müssen, ob sie bei anderen Stellen um eine Förderung angesucht haben oder ob die sogar schon zugesagt wurde. Damit verpflichten sie sich auch und das muss sich auch im Finanzplan widerspiegeln.

Ich sage Ihnen jetzt, prinzipiell ist es so, dass die MA 13, wenn über uns eine Förderung ergeht, dann kann es sein, dass für andere Teilbereiche eine andere Magistratsabteilung fördert. Ich gebe Ihnen jetzt ein Beispiel: Über die MA 13 werden Haus- und Personalkosten gefördert, also eher infrastrukturelle Maßnahmen, und eine andere Magistratsabteilung fördert ein inhaltlich in sich abgegrenztes Projekt mit einer bestimmten Zielgruppe.

Ein zweites Beispiel, das ich auch hier erwähnen darf, ist das Zoom Kindermuseum. Es ist ein Museum, gehört in diesem Fall in die MA 7, also in die Kulturabteilung, richtet sich aber an Kinder und Jugendliche. In diesem Fall, und das ist schon seit vielen, vielen Jahren gelebte Praxis, teilen sich die MA 13 und die MA 7 die Kosten. Das heißt, das Zoom Kindermuseum benötigt die Summe X, die MA 13 zahlt die Summe X-Halbe und die MA 7 zahlt die Summe X-Halbe. Das zweite Beispiel.

Und eine dritte Variante gibt es noch von sogenannten Mehrfachförderungen, das sind Bund- und Länderförderungen. Das haben wir im Bereich der Initiative Erwachsenenbildung. Das ist eine Artikel 15a B-VG-Vereinbarung, wo sich die Kosten das Land Wien und der Bund teilen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Margulies.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Danke sehr. Jetzt möchte ich auf den von Ihnen vorgelegten Weg, wie es dann funktioniert, zurückkommen. Ganz am Anfang haben Sie gesagt: Aber am Ende entscheidet der Gemeinderatsausschuss beziehungsweise der Gemeinderat! Jetzt ist es vielleicht eine theoretische oder hypothetische Frage, aber es gibt ja gleichzeitig die bestehenden Förderrichtlinien, auf deren Basis Sie de facto einen Vorschlag an den Ausschuss und den Gemeinderat ma-

chen. Was würde passieren, wenn der Gemeinderatsausschuss sagt, ich halbiere das Vorgeschlagene oder ich verdopple es? Inwiefern würde das dann im Widerspruch zu den Förderrichtlinien kommen?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich muss gestehen, ich hatte noch nie so einen Fall. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Margulies.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (*GRÜNE*): Dann greife ich noch die letzte Frage, die gekommen ist, auf, nämlich bezüglich Information von abgewiesenen Förderwerbem. Bleibt dieses Wissen der abgewiesenen Förderwerber auf Ebene der Abteilung oder wird im Großen und Ganzen das StadträtInnenbüro über jeden einzelnen Förderwerber, jede Förderwerberin, die abgewiesen werden, informiert?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das ist an und für sich Aufgabe der MA 13. Das haben wir auch in unseren Förderrichtlinien so drinnen stehen. Es ist auch so, dass zum Beispiel ... wir haben das sehr klar in den Förderrichtlinien beschrieben, wer nicht gefördert wird. Also wir fördern zum Beispiel nicht Einzelpersonen mit einer Gesangs-, Tanz-, Theaterausbildung. Wir fördern keine Theaterstücke. Wir fördern keine einzelnen Schulen. Wir fördern auch keine Einzelpersonen, das ist einmal das Vorrangige. Wir fördern auch nicht, wenn ein Vorhaben zu wenig Wienbezug darstellt. Wir fördern nicht, wenn es in die ganz eindeutige Zuständigkeit einer anderen Magistratsabteilung fällt. Und wir fördern auch nicht, wenn der Finanzplan wirklich unrealistisch ist. Das schreiben wir aber dann gleich über das Webformular, da ergeht dann sofort ein Antwortschreiben an die Fördernehmerin, an den Fördernehmer.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Margulies. – Danke. Es geht weiter bei der Freiheitlichen Partei. Herr Fürnkranz. – Bitte.

GR Georg **Fürnkranz** (*FPÖ*): Grüß Gott! Ich möchte also auch noch einmal bei der Frage ansetzen, wie denn eigentlich diese Akten, die dann der Gemeinderat oder der Ausschuss beschließt, sozusagen entstehen. Denn Ihre erste Antwort, das beschließt der Gemeinderat, hat mich etwas befremdet, weil Sie ja die Antragstellerin für den Gemeinderatsausschuss und dann den Gemeinderat selbst sind. Also ich habe da das Ansuchen vom vorigen Jahr, das Sie unterschrieben haben.

Jetzt geht es ja vor allen Dingen um die Frage, die auch der Kollege Margulies aufgeworfen hat, wie bemisst sich jetzt eigentlich die Höhe der Subvention. Wir haben das letzte Mal den Leiter der MA 5 hier gehabt und haben im Prinzip die gleiche Frage mit ihm diskutiert, nämlich dahingehend, dass wir im Gemeinderat vor einiger Zeit etwas beantragt haben und, wenn ich mich recht erinnere, auch beschlossen haben, was eine Subventionierung irgendeiner Organisation beinhaltet hat. Und er hat uns dann darauf hin gesagt, eigentlich ist dieser Beschluss mehr oder weniger ein Nullum, weil ausschließlich der Magistrat in diesem ganzen Zusammenhang antragsberechtigt ist.

Jetzt ist es ja gerade beim gegenständlichen Verein nicht immer unumstritten, in welcher Höhe die Subvention

gewährt wird. Aus unserer Sicht ist auch umstritten, warum ihm überhaupt eine gewährt wird, aber das ist eine andere Diskussion. Sie waren eigentlich relativ kurz, nachdem Sie das Amt übernommen haben, nämlich 2014, mit der Situation konfrontiert, dass der Subventionsakt etwa nur mehr die halbe Höhe beinhaltet hat und dann in einem relativ turbulenten weiteren Verfahren im Endeffekt doch wiederum etwa die alte Summe ausbezahlt worden ist.

Jetzt würde mich interessieren, aus Ihrer Erinnerung, wie sich die Dinge damals zugetragen haben. Das wäre sozusagen die Frage, 2014, diese seinerzeit 113 000 EUR, und später dann doch mehr, wie das zugegangen ist, dass sich das verändert alles hat.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Fürnkranz, ein interessanter Vortrag, ziemlich lang. Der Frageteil ist relativ kurz. Frau Magister, ich bitte Sie, sich vor allem auf den Frageteil zu konzentrieren.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Soweit ich jetzt verstanden habe, wollen Sie wissen, wie wir oder wie die MA 13 zu einem Vorschlag einer Förderhöhe kommt? Habe ich das jetzt richtig verstanden?

GR Georg **Fürnkranz** (*FPÖ*): Ja, genau das auf der einen Seite, und auf der anderen Seite, wie es 2014 gewesen ist.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich verstehe jetzt zwei Fragen. Ja? – Gut.

Ganz prinzipiell sucht ein Fördernehmer, eine Fördernehmerin um eine bestimmte Höhe an und die MA 13 überprüft dann diese Förderhöhe auf Plausibilität, das habe ich auch schon zuerst gesagt. Und wie ich auch gesagt habe, wir machen das Ansuchen, beschlossen wird es im Gemeinderat oder im Gemeinderatsausschuss, das ist je nach Wertgrenzhöhe.

Die zweite Frage war, wie das im Jahr 2014 war. Wir haben auch, also die MA 13 hat in den Förderrichtlinien stehen, dass auch in Tranchen ausbezahlt werden kann. Das war im Jahr 2014 der Fall, es wurde in drei Tranchen ausbezahlt, soweit ich mich jetzt erinnern kann. Also es gab zwei Beschlüsse im Gemeinderat und auf drei Tranchen wurde ausbezahlt. Das kann ich mich jetzt noch, das ist mir noch erinnerlich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herrn Fürnkranz. – Bitte.

GR Georg **Fürnkranz** (*FPÖ*): Sie haben uns jetzt zwar gesagt, dass Sie entsprechend Ihren Richtlinien die Höhe des Ansuchens auf Plausibilität prüfen. Sie haben uns aber nicht verraten, ob Sie das entscheiden, ob Sie das zum Beispiel in Absprache mit dem Stadtrat entscheiden oder wie ansonsten jetzt die genaue Festlegung dieses Betrages vor sich geht. Ich frage das nicht ohne Hintergrund, wie Sie sich vorstellen können, mir liegt eine APA-Meldung vor, wo über dieses fragliche Jahr 2014 und die Diskussionen über die Förderungshöhe zu lesen steht, als Zitat des seinerzeitigen Stadtrat Oxonitsch: Im Gemeinderat wird allerdings nicht über die Höhe der Subvention entschieden, sondern nur, ob die Förderung überhaupt gewährt wird. Die genaue Summe legt die MA 13 nach einem Antrag des Vereins fest. Im Büro Oxonitsch ver-

weist man deshalb auch auf laufende Gespräche und so weiter.

Also, das steht in einem gewissen Widerspruch zu dem, was Sie uns erzählt haben. Deswegen würde mich jetzt interessieren, nachdem der Herr Stadtrat seinerzeit eben offensichtlich eine andere Wahrnehmung dieses Prozesses gehabt hat, wie das zustande gekommen ist, dass eben diese beiden oder drei – wie Sie gesagt haben – verschiedenen Subventionsansuchen zustande gekommen sind.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Fürnkranz, wenn ich Sie richtig verstehe, soll die Zeugin jetzt zu einer APA-Meldung aus dem Jahr 2014, die von Herrn Oxonitsch getätigt wurde und im Widerspruch zu ihrer jetzigen Aussage steht, Stellung nehmen? Habe ich das so richtig verstanden? Wenn die Zeugin das kann, dann möge sie das tun. – Bitte, Frau Magister.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich kann mich jetzt nur wiederholen, die MA 13 prüft auf Plausibilität und schlägt eine Förderhöhe vor. Beschlossen wird das alles im Gemeinderatsausschuss oder im Gemeinderat, und wir bereiten die Akten dafür vor. Also wir versuchen das so vorzubereiten, dass sich die GemeinderätInnen ein Bild von einem zu fördernden Vorhaben oder einem Verein oder einer Organisation machen können. Zu der APA-Meldung von 2014 kann ich nichts mehr sagen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ist das zufriedenstellend geklärt? Ich hätte eine Zusatzfrage: Kommt es oft vor, dass die dann etwas anderes beschließen, als Sie vorschlagen, dass sie da zu kürzen anfangen und verhandeln?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Nein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke schön. – Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Also ich möchte jetzt noch einmal zu dem konkreten Fall 2014 zurückkommen. Da ist ja in einer ziemlich öffentlichkeitswirksamen Weise über die Höhe der Subvention diskutiert worden, es gab nämlich unter anderem eine Besetzung des Stadtratsbüros. Wir erinnern uns an den legendären Spruch „Oxo, kumm außel!“, wo er in seinem Büro also festgesetzt worden ist. Soweit ich mich erinnere, ist seinerzeit, nachdem eben eine geringere Subvention in Aussicht gestellt worden ist, ein großer Protest bei den Betreibern des Amerlinghauses losgebrochen, die haben eine Demonstration vor dem Rathaus begonnen und dann im Endeffekt das Stadtratsbüro blockiert. Nachdem der Stadtrat für sie keine Zeit gehabt hat, haben sie eben den zitierten Satz skandiert und im Endeffekt gab es eine Zusage in dieser Angelegenheit, dass man eben noch einmal zuerst reden wird, und im Endeffekt gab es auch das Geld, das die Demonstranten gefordert haben. Daher, nachdem Sie ja offensichtlich vorher eine andere Höhe der Subvention für richtig gehalten haben, ist es doch bemerkenswert, wie dieser Entscheidungsprozess jetzt vorgegangen ist, zumal es quasi unter Anwendung von zumindest physischen Mitteln stattgefunden hat. Deswegen würde mich interessieren, wie diese Vorgänge sich genau in Ihrer Arbeit niedergeschlagen haben.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Die MA 13 hat deshalb den Vorschlag gemacht, in zwei Tranchen auszubezahlen. Das ist in den Förderrichtlinien auch beschrieben, dass eine Fördersumme, auch eine genehmigte Fördersumme in mehreren Tranchen ausbezahlt werden kann. Und die Auszahlung der zweiten Tranche war die Schuldenfreiheit des Vereins, da in den Jahren davor, das war auch noch vor meiner Zeit, da zum Teil nicht alles so gepasst hat in den Abrechnungen, wie wir, die MA 13 das gerne gehabt hätte.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Fürnkranz. – Bitte.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): So weit, so gut, aber die Aufregung hat sich ja nicht darauf bezogen, dass zwei Tranchen von vornherein ausbezahlt werden, sondern die hat sich ja darauf bezogen, dass das Amerlinghaus, aus welchem Grund auch immer, der Meinung war, dass diese Subvention überhaupt gekürzt werden soll. Da hat es ja auch politische Aspekte gegeben, zumal damals ja die GRÜNEN schon Regierungspartei waren. Was mich eben interessiert hat in diesem Zusammenhang: Nachdem der Stadtrat ja dort in eine Zwangslage gewesen hat, hat er mit Ihnen über diese ganze Angelegenheit gesprochen und hat das in irgendeiner Weise einen Einfluss auf die weiteren vorgelegten Akten gehabt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Fürnkranz, es ist zwar nicht wirklich innerhalb des Untersuchungsgegenstandes, aber eine irrsinnig spannende Geschichte. Wenn ich das so verstehe, da wird also offensichtlich von einer Gruppe von Demonstranten belagert und dann gibt es eine Änderung bei der Förderungszusage. Das wollen Sie wissen und die Frau Zeugin wird das, was sie dazu sagen kann, jetzt bitte sagen.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Der Verein hat 2014 genauso wie in den Jahren davor und auch zumeist – sage ich jetzt einmal – in den Jahren danach und zumeist in den Jahren davor eine Förderhöhe von EUR 245 000 bekommen. Das war 2014 genau das Gleiche wie in den übrigen Jahren, den folgenden Jahren.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das Kontingent ist ausgeschöpft. Zusatzfrage, Herr Fürnkranz?

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Zusatzfrage. Ich habe Sie gefragt, ob der Herr Stadtrat in dieser Angelegenheit in irgendeiner Weise mit Ihnen dann gesprochen hat, nach dieser Zwangssituation.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Grundsätzlich kann ich sagen, dass es natürlich Einfluss gibt mit den jeweiligen Stadtratsbüros, ich kann mich aber an diese konkrete Geschichte nicht mehr erinnern.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke, Frau Zeugin. Weiter geht es bei den Sozialdemokraten, es ist die Frau Akcay. – Bitte schön.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Auch von mir einen schönen Nachmittag! Sie haben ja vorher schon ausgeführt, dass die Auszahlung in mehreren Tranchen abläuft. Können Sie uns sagen, wie das mit der Kontrolle der Abrechnung funktioniert?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Die MA 13 hat ein relativ engmaschiges Netz der Abrechnungskontrolle. Wir kon-

trollieren einerseits natürlich ... Also ganz prinzipiell macht der jeweilige Fachbereich die Endabrechnungskontrolle. Es werden die Finanzberichte sehr genau kontrolliert, und zwar Einnahmen-, Ausgabenrechnungen oder Jahresabschlüsse, je nachdem, ob ein Verein bilanziert oder nicht. Neben dem Finanzplan werden natürlich auch die inhaltlichen Tätigkeitsberichte inklusive der Statistiken sehr genau überprüft. Es können Qualitätsgespräche – das habe ich auch schon erwähnt – stattfinden. Diese Qualitätsgespräche dienen ebenfalls der inhaltlichen, der finanziellen Überprüfung, finden vor Ort in den Räumlichkeiten des jeweiligen Vereins oder der gemeinnützigen GmbH statt, und, wie ich auch schon erwähnt habe, hier kann es auch zu stichprobenartigen Einzelbelegprüfungen kommen. Und falls notwendig, können auch im Anlassfall externe Wirtschaftsprüfer hinzugezogen werden, die dann eine widmungsgemäße Verwendung der Fördermittel überprüfen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Akcay.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Wie gehen Sie eigentlich mit mangelhaften Belegen um?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Auch in den Förderrichtlinien haben wir das sehr klar beschrieben, einerseits, wenn die Belegaufstellung mangelhaft ist, fordern wir nach, gibt es Nachbesserungsaufforderungen seitens der MA 13. Wenn jetzt ein Vorhaben nicht ordnungsgemäß endabgerechnet werden kann, dann kann es sogar zu Rückforderungen führen seitens der MA 13. Und diese möglichen Rückforderungen haben auch eine eventuelle Auswirkung auf Anträge, die eventuell danach ... Also es kann auch sein, dass Anträge, die dann ein Verein danach stellt, auch negativ beschlossen werden, wenn sozusagen die Förderwürdigkeit aus Sicht der MA 13 nicht gegeben wird.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Akcay.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Dann noch eine allgemeine Frage: Was ist der Unterschied zwischen dem Förderwesen 20 Plus und der normalen Förderung?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Förderwesen ist ein Projekt, das ich meinen MitarbeiterInnen in der MA 13 in Auftrag gegeben habe. Es betrifft wirklich den ganzen Bereich der Förderabwicklung, wo einfach auf Grund von gesetzlichen Veränderungen, aber auch auf Grund von beispielsweise Stadtrechnungshofberichten, wie ich schon erwähnt habe, internen Revisionsberichten eine ständige Optimierung und Aktualisierung des Förderwesens aus Sicht der MA 13 notwendig ist. Dieses Projekt bezieht sich nur auf die MA 13, ist ein internes MA 13-Projekt, und dabei soll in Arbeitspaketen beleuchtet werden, ob die Abläufe aktualisiert gehören, ob sie noch zeitgemäß sind, ob Managementsysteme überprüft gehören, ob beispielsweise bestimmte Softwaretools eingesetzt werden sollten oder auch zum Beispiel Wirkungsorientierung mit einfließen soll. Dieses Projekt habe ich in Auftrag gegeben, das läuft jetzt von Jänner 2019 bis Dezember 2021. Und sollten sich dazwischen gesetzliche Vorgaben verändern, fließen die natürlich auch in dieses Projekt mit ein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Spannende Sache, Frau Zeugin, gefällt mir. – Frau Akcay? – Dann geht es beim Herrn Wiederkehr weiter, der schon darauf wartet. – Bitte, Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ich bin schon in den Startlöchern, Richtung Förderhöhe. Mir ist immer noch nicht ganz klar, ganz konkret an dem Fall Kulturzentrum Spittelberg, wie festgelegt wird, wie viel Förderung dieser Verein bekommt. Sie haben bei meiner letzten Frage gesagt, es macht der Gemeinderatsausschuss, wir haben aber noch nie über die Förderhöhe irgendwie diskutiert. Also wie kommen Sie dazu, eine Summe X als angemessen anzusehen, ganz konkret an dem Beispiel?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr, vielleicht habe ich falsch gehört, aber die Zeugin hat immer gesagt, sie macht einen Vorschlag und dann wird das beschlossen.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ja, aber wie kommt es zu diesem Vorschlag, denn das Kulturzentrum Spittelberg sagt, Jahr für Jahr ...

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ja, da haben Sie jetzt recht. Wie kommt die Höhe zustande?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Es werden höhere Aufwendungen. Wie kommt man dorthin? Das ist für mich immer noch komplett offen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Zeugin.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Bezüglich des Kulturzentrums Spittelberg, dort werden über die MA 13 seit Jahren die Hauskosten und Personalkosten, nämlich Verwaltungspersonal gefördert. Und aus dieser Summe ergibt sich die Förderhöhe, plus der Miete.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Der Personalaufwand des Vereins ist ja massiv gestiegen, das sagt ja auch der Rechnungshof, allein von 2006 auf 2009 um 22 Prozent. Das heißt, die Personalkosten sind massiv gestiegen, was man natürlich kritisieren kann, aber die Förderungen der Stadt sind nicht damit gestiegen. Jetzt haben Sie ja vorhin gesagt, es hängt mit den Personalkosten zusammen. Wie stimmt das dann, wenn die Personalkosten des Vereins massiv steigen, die Förderung aber gleich bleibt, dann muss es ja irgendwie einen anderen Berechnungsschlüssel geben?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das kann ich Ihnen jetzt nicht so beantworten. An und für sich sind dort Personalkosten, die aufgewendet werden. Man muss auch sagen, dass ja der Verein auch noch andere Einnahmen hat. Und das war auch eigentlich eine Auflage, dass auch über andere Einnahmen der Verein zum Geld kommt. Also zum Beispiel Spenden, Mitgliedsbeiträge, die fließen auch mit ein. Der Fachbereich Erwachsenenbildung hält diese Summe für angemessen, dem schließe ich mich an.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Es wird ja beim Verein auch vom Rechnungshof genau das kritisiert, nämlich diese Personalkosten steigen, aber die Erlöse und die eigenen Umsatzerlöse nicht. War es ein starkes Thema über die letzten Jahre auch bei diesem Verein?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Mir ist jetzt in dem Untersuchungszeitraum kein Stadtrechnungshofausschuss erinnerlich, der sich darauf bezieht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr, bitte, vielleicht können Sie es der Zeugin vorhalten?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Hier geht es um den Bericht 13/3-10, Verein Kulturzentrum Spittelberg, Prüfung der Gebarung von 2006 bis 2009. Und das Thema war danach natürlich immer wieder auch in den Ausschüssen aktuell.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr, das wäre leicht außerhalb unseres Zeitraumes.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ja, ja. Aber die Informationen ...

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Sie meinen, dass diese Vorgangsweise grundsätzlich versteinert ist?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Nein, aber das, was der Rechnungshof in dem Schriftstück hier angesprochen hat, war öfters in den Ausschusssitzungen auch Thema, nämlich, dass der Verein in einer prekären finanziellen Lage ist, immer höhere Personalkosten hat und geringe Umsatzerlöse bringt. Das ist nur ein Anhaltspunkt, aber seit diesem Zeitpunkt war das immer wieder auch Thema, und daher ist meiner Frage, wie den dieser Themenkomplex mittlerweile behandelt wird.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich lasse natürlich Ihre Frage zu, wie alle Ihre Fragen. Sie wissen, alle Fragen von Ihnen sind logisch und strukturell richtig. Aber, Frau Zeugin, wenn Sie etwas nicht wissen, können Sie das durchaus auch so sagen.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich wüsste nicht, dass der Verein nicht mit der geförderten Summe auskommt und der vom Gemeinderatsausschuss und vom Gemeinderat beschlossenen Summe auskommt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Wie schätzen Sie generell die wirtschaftliche Lage des Vereins? Auf der Website steht zumindest sehr prekäre finanzielle Lage und daher sind sie auf zusätzliche Förderungen angewiesen. Wie sehen Sie die finanzielle Lage des Vereins?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich wüsste nicht, dass es hier eine extrem finanziell prekäre Lage gibt, ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr, kann es sein, dass sich der Verein auf der Homepage selber so darstellt, um mehr Spenden zu lukrieren, oder ähnliche marketingtechnische Gründe dahinterstecken?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Es könnte durchaus sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Oder haben wir einen Rechnungsabschluss oder Bilanz des Vereins oder Ähnliches, woraus wir das erhärten können?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Könnte durchaus sein und genau deshalb stelle ich auch die Fragen, da das, was der Verein an Förderungen beantragt, und was er bekommt, natürlich zweierlei Perspektiven hat. Einerseits die Perspektive des Vereins, ob er zu wenig hat oder nicht, und die Perspektive der Magistratsabteilung, die dann diesen Vorschlag der Förderhöhe

macht. Dementsprechend wollte ich genau dieses ergründen. Ich habe jetzt aber auch zum Verein gerade keine weiteren Fragen. – Danke.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Dann ist jetzt die Frau Olischar am Wort.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Vielen Dank für die bisherigen Erklärungen. Vielleicht noch einmal kurz eine Verständnisfrage: Der Verein – oder generell Vereine beziehungsweise ich konzentriere ich mich jetzt auf den gegenständlichen Verein – Spittelberg sucht jedes Mal aufs Neue an und muss auch quasi dasselbe Potpourri an notwendigen Unterlagen neu einreichen. Das heißt, man kann sich nicht auf schon in der Vergangenheit einmal eingereichte Unterlagen berufen, sondern immer aufs Neue werden die Unterlagen auch entsprechend eingereicht. Ist das korrekt?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ja.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Das heißt, es findet auch jedes Mal aufs Neue eine Prüfung der MA 13 statt, als wäre es das erste Mal, dass dieser Verein quasi einreicht?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Prinzipiell, wenn wie im vorliegenden Fall der Verein Kulturzentrum Spittelberg ja schon seit Jahren einreicht, werden natürlich die vorhergegangenen Jahre klarerweise geprüft. Dann wird ein neues Ansuchen auch wieder geprüft. Also die Prüfungen finden immer statt, ja.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar. – Bitte

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Ich glaube, ich habe es komplizierter gefragt als Sie es verstanden haben. Für mich war nur die Frage, ob der Verein sich auf Vergangenes berufen kann, im Sinne von, ihr kennt mich ja eh schon und ihr wisst ja auch schon, was ich will. Das nicht, sondern die MA 13 schaut sich jedes Mal aufs Neue auch die Unterlagen genau an, so meine ich es. Aber das haben Sie in Ihrer Antwort so auch dargestellt. Das heißt, jedes Mal aufs Neue, wenn der Verein ansucht, werden die entsprechenden Kriterien auf Förderwürdigkeit von der Magistratsabteilung geprüft, ob die Förderwürdigkeit auch bei der gegenständlichen Einreichung vorliegt?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ja.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Ich möchte noch an eine Frage beziehungsweise Aussage aus der vorigen Befragungsrunde vom Kollegen Wiederkehr anknüpfen, wo Sie meinen, Sie hätten nicht gewusst oder wüssten nicht, in welchem Zustand der Verein grundsätzlich ist. Jetzt ist es so, dass aus einem Gemeinderatsausschussprotokoll beziehungsweise Antrag hervorgeht, dass eine Subvention auch genehmigt wird, wo durchaus vorher schon Strukturprobleme des Vereins angesprochen werden und auch die Verschuldung des entsprechenden Vereins. Das heißt, betreffend Ihre vorherige Aussage wurde die Subvention nicht ausschließlich auf die Tätigkeiten des Vereins, sondern durchaus auf die Gebarung oder die Strukturprobleme des Vereins zurückgeführt.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich glaube, Sie sprechen da das Jahr 2012 an, das war vor meiner Zeit als Abteilungsleiterin. Ich bin seit Oktober 2013 Abteilungsleiterin und was ich mich jetzt erinnern kann, oder was mir auch berichtet wurde, war es so, dass tatsächlich der Verein um Entschuldung angesucht hat, und dem wurde zugestimmt seitens des Gemeinderates, mit der Auflage, dass er eine Neukonzeptionierung und auch ein Finanzsanieungskonzept vorzulegen hatte. Und meinem Wissen nach wurde das auch 2012 vorgelegt und somit dem zugestimmt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Damit wäre das Kontingent von Frau Olischar ausgeschöpft und es geht weiter bei Herrn Margulies von den GRÜNEN.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Ich möchte einmal ganz kurz, bevor ich dann auch zum Kulturzentrum Spittelberg selbst noch etwas nachfrage, auf die Genese von Subventionshöhen zurückkommen, da ich auch glaube, dass es keinen Sinn macht, dass die MA 13 einen Vorschlag macht, den sie aus ihrer Sicht für richtig und gescheit finden würde, der aber möglicherweise politisch keine Mehrheit findet oder vom Stadtrat, der Stadträtin nicht auf die Tagesordnung gesetzt würde und damit überhaupt nicht zur Diskussion steht. Insofern die Frage: Inwiefern erfolgt unter Einhaltung der Richtlinien – es muss ja immer sichergestellt sein, dass egal, wie hoch oder niedrig die Förderung ist, der Zweck der Förderung auch tatsächlich umgesetzt werden kann, sonst macht es keinen Sinn – es in Gesprächen einerseits, und zwar ganz generell mit dem Fördernehmer, der Fördernehmerin, und andererseits auf der politischen Ebene mit dem Büro oder mit dem Stadtrat, der Stadträtin, der jeweils zuständig ist, um auch sicherzustellen, dass ein Vorschlag der MA 13 dann auch auf die Tagesordnung gesetzt werden kann und so überhaupt eine Chance besteht, eine Zustimmung zu finden?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ganz allgemein möchte ich dazu einmal sagen, dass der Magistrat oder die Dienststelle der MA 13 ein sogenanntes Geschäftsführungsmonopol hat. Das heißt, wir sind hier nach der Wiener Stadtverfassung als Hilfsorgan für das jeweils zuständige beschlussfassende Organ, Gemeinderat, Gemeinderatsausschuss tätig, wie schon bereits ein paar Mal erwähnt. In dieser Funktion bereiten wir die Anträge vor. Es gibt seitens des Fachbereichs natürlich Kontakt mit den FördernehmerInnen, eben wenn es auch darum geht, etwas nachzufordern, Unklarheiten zu klären. Und die Fördersumme oder die Förderhöhe, die wir ja vorschlagen, wird wirklich anhand des Finanzplanes des Eingereichten kontrolliert, ob die Förderhöhe tatsächlich plausibel ist, um den Förderzweck zu erreichen. Das ist das Thema, das die MA 13 betrifft.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Margulies.

Herr GR DI Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Gut dann komme ich jetzt vielleicht direkt zum Verein Kulturzentrum Spittelberg und möchte jetzt einmal nicht in den 2012er, 2013er, 2014er, 2015er Jahren bleiben, sondern vielleicht ganz kurz aktuell noch darauf hinweisen, dass wir im Jänner 2019 260 000 EUR be-

schlossen haben, auf Basis, wie Sie gesagt haben, knappe 60 000 EUR Miete, knappe 180 000 EUR Personalkosten für alle, die dort arbeiten – also nicht für einen, wie in anderen Unternehmen oder Firmen, sondern wirklich für alle, die dort arbeiten zusammen, wo man wirklich sieht, dass manche Leistungen auch günstiger gemacht werden können. Aber heißt das, dass sozusagen mit diesem Beschluss größenordnungsmäßig die Grundleistung des Kulturzentrums Spittelberg abgedeckt ist?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ja, wie ich auch schon erwähnt habe, über die MA 13 werden die Grundkosten des Hauses und eben die Personalkosten Verwaltung, wie Sie auch gesagt haben. Es wird mit wirklich relativ wenig Personal dort sehr gute Arbeit geleistet, in dem Sinne, dass das Verwaltungspersonal sehr stark die ganzen Projekte und Vereine, die eben zum Teil eingemietet sind, koordiniert. Und das ist das, was die MA 13 fördert.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Margulies

Herr GR DI Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Da Sie das auch vorher schon erwähnt haben, werden eigentlich mit dem Verein Kulturzentrum Spittelberg auch regelmäßig oder auch unregelmäßig Qualitätsgespräche geführt?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich glaube, das war nur das einzige Jahr 2018, wo kein Qualitätsgespräch geführt wurde. Ansonsten, in den Jahren davor wurden Qualitätsgespräche mit dem Verein durchgeführt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Es geht weiter bei der Freiheitlichen Partei, Herr Kohlbauer. – Bitte.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Guten Tag, Frau Sebek, ich möchte jetzt hier noch einmal auf das Jahr 2014 zurückkommen und auf die Fragestellung von meinem Kollegen Fürnkranz und möchte hier noch einmal an die Wahrheitspflicht erinnern. Und zwar, es waren keine zwei Tranchen im Jahr 2014, sondern wirklich zwei unterschiedliche Subventionen, die hier genehmigt worden sind. Und zwar war es so, dass 2014 die erstmalige Subvention – ich habe es hier vorliegen, das Ansuchen vom 13. März – drastisch reduziert wurde auf 113 000 EUR, offenkundig, weil die MA 13 hier festgestellt hat, es sind nur 113 000 EUR förderungswürdig, jedoch dann später, im Mai 2014 wieder eine weitere Förderung genehmigt wurde, die auf die ursprüngliche Höhe von knapp 250 000 EUR angewachsen ist. Jetzt ist die Frage: Wie kam es zu dem Sinneswandel durch die MA 13, dass dann doch mehr möglich ist und dass hier doch mehr zu genehmigen ist und hat es hier möglicherweise eine politische Einflussnahme aus dem Büro des Stadtrates gegeben?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer, nur für die Technik, damit die Übertragung des Tonbandprotokolls fehlerfrei erfolgt, bitte ich Sie, weniger laut ins Mikrofon zu sprechen, ansonsten übersteuert das, dann ist es ganz verzerrt und dann sind Ihre Ausführungen nicht wirklich so wiedergegeben, wie Sie das haben wollen. – Frau Zeugin. – Bitte.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich habe vorhin erwähnt, dass es zwei Beschlüsse gegeben hat, wie Sie jetzt auch ausgeführt haben. Ich habe aber auch gesagt, es waren

zwei Beschlüsse; und in drei Tranchen wurde ausbezahlt. Wie Sie richtig sagen, der erste Beschluss war 113 000 am 29.04.2014 und die Voraussetzung der Auszahlung der zweiten Förderung war die Schuldenfreiheit – das habe ich auch ausgeführt –, da es ja in dem Jahr davor etwas nicht gepasst hat. Die zweite Rate der Förderung in der Höhe von (*Zwischenruf: 136!*) 132 000 wurde am 25.06.2014 beschlossen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer, bitte.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Hat es im Zusammenhang mit der Förderung an den Verein Kulturhaus Spittelberg auch andere Interventionen an Sie gegeben, beispielsweise von Mitgliedern des Vereins oder von irgendwelchen unbeteiligten Dritten, die sich an Sie gewandt haben und da Einfluss auf die Höhe der Förderung des Vereins genommen haben?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das ist mir jetzt nicht innerlich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer, bitte.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Frau Bauer-Sebek, mir liegt hier die Homepage des Kulturzentrums Spittelberg vor, wo eindeutig dazu aufgerufen wird – mit Ihrer E-Mail-Adresse –, sich an Sie zu wenden und zu intervenieren, dass die Höhe der Förderung des Kulturhauses Spittelberg und Kulturzentrum Amerlinghaus nicht verringert wird, sondern immer eben bei der großen Summe bleibt. Da werden Sie ja doch Mails erhalten haben, wenn das hier öffentlich ausgeschrieben wird und hier ein großer Aufruf gestartet hat.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das kann vielleicht an den Postordner gegangen sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Ihre E-Mail-Adresse: brigitte.bauer-sebek@wien.gv.at, ist das Ihre E-Mail-Adresse?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ja.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Auf jeden Fall hat es hier einen Aufruf gegeben, bei Ihnen zu intervenieren und Sie haben keine derartigen E-Mails bekommen?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich habe gesagt, ich kann mich nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer ist am Wort.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Ich möchte hier dazusagen: Es ist sehr verwunderlich, wenn man sich an solche Vorgänge nicht erinnern kann. Das möchte ich hier schon festhalten. Ich habe jetzt noch eine weitere Frage und zwar geht es um die Förderwürdigkeit, die hier auch heute schon angesprochen worden ist. Welche Maßstäbe führen da zur Beurteilung, ob der Verein förderwürdig ist oder nicht?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Wie ich bereits erwähnt habe, steht das in unseren Förderrichtlinien. Also einerseits muss ein Fördernehmer, eine Fördernehmerin eine juristische Person sein, das heißt es kann ein Verein sein, eine gemeinnützige GmbH, auf jeden Fall ist Gemeinnützigkeit eines der Förderkriterien. Es muss ein Wienbezug vorhanden sein. Dieser Wienbezug kann inhaltlich, geo-

grafisch oder institutionell sein, dann ist eine Förderwürdigkeit gegeben; und im Falle der Förderung über den Fachbereich Erwachsenenbildung muss es eben im Bereich der Erwachsenenbildung in einer Bildungsthematik sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer, eine Zusatzfrage.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Eine kurze Zusatzfrage: Sie waren 2013 schon in Ihrer Funktion tätig und im Tätigkeitsbericht des Vereins im Jahr 2013 wird beispielsweise die EU als Brutstätte des Rechtsextremismus bezeichnet. Glauben Sie, dass so ein Verein, der so etwas in seinem Tätigkeitsbericht stehen hat, förderungswürdig ist?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich bin im Oktober 2013 Abteilungsleiterin geworden und ich glaube, es geht hier nicht um meine Meinung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer, eine Zusatzfrage zur Zusatzfrage.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Meine Bemerkung: Selbstverständlich beurteilen Sie, ob diese Förderung hier bewilligt wird oder nicht, also ich glaube sehr wohl auch, dass es um Ihre Meinung geht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich glaube, das Kontingent samt Zusatzfragen ist jetzt ausgeschöpft. – Bitte, es geht weiter bei der Sozialdemokratie. Es ist Kollege Holzmann am Wort.

GR Ernst **Holzmann** (SPÖ): Ja, zunächst einmal danke schön. Wir haben schon einiges an Antworten hier gehört, das uns sicherlich weitergeholfen hat. Ich möchte ein bisschen von der Förderhöhe wegkommen und möchte einmal fragen, was konkret das Ziel der Förderungen an den Kulturverein Spittelberg ist.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Wie ich auch schon formuliert habe, werden über die MA 13 eben die Grund- und Hauskosten gefördert, das heißt, wir fördern quasi die infrastrukturellen Maßnahmen dafür, dass es in dem sogenannten Amerlinghaus, das ist ja das Haus, das – – Übrigens, vielleicht ein bisschen zur Geschichte: Das Haus wurde 1975 von Bewohnern des Bezirkes besetzt, um es vor dem Abriss zu schützen. Das ist ja ein denkmalgeschütztes Biedermeierhaus, dieses Amerlinghaus, und das stand damals leer und ist verwahrlost gewesen. Und deswegen haben eben beherzte Bewohner das Haus sozusagen vor dem Abriss bewahrt.

Es hat sich in Folge ein Verein gegründet, der Verein Kulturzentrum Spittelberg, und nach langer Diskussion mit der Stadt Wien wurde dann das Haus quasi diesem Verein übergeben. Heutzutage finden sich in diesem Haus, das wirklich so auch die Vielfalt der Stadt Wien widerspiegelt, diverse Projekte, Diskussionsveranstaltungen, Deutschkurse wieder, Kindergruppen, generationsübergreifende Angebote für Jung und Alt. Es sind circa 40 bis 60 Gruppen, die das Haus frequentieren, und die BesucherInnenfrequenz ist an die 40 000 Personen. Es gibt auch drei Gruppen, die relativ fix in dem Haus verankert sind, das ist eine Kindergruppe, ein Verein zur Frauenintegration und ein Verein namens Exil. Aber wie gesagt, die MA 13 fördert in diesem Zusammenhang lediglich die

Grundkosten des Hauses, infrastrukturelle Maßnahmen und eben Personalkosten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Holzmann, bitte.

GR Ernst **Holzmann** (SPÖ): Wir haben vorhin gehört, dass es regelmäßig Qualitätsgespräche gab. Gibt es darüber hinaus noch Qualitätskontrollen, die es möglich machen, auch das Förderziel zu messen?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Wir haben einige Qualitätsstandards, die wir anwenden, um die Vereine zu überprüfen. Also das eine ist, dass wir ganz prinzipiell einmal bei allen Abwicklungen – vor allem der Gebarung, aber nicht nur –, das Mehraugenprinzip, Vieraugenprinzip oder Mehraugenprinzip haben; und zwar ist das wirklich im gesamten Förderprozess, also von Antragstellung bis zur Auszahlung. Qualitätsgespräche habe ich schon erwähnt. Was ein wichtiges Tool zur Qualitätskontrolle ist, sind natürlich auch die Tätigkeitsberichte, aus denen wir dann auch ablesen, was mit der Fördersumme passiert ist, die der Gemeinderat beschlossen hat. Und es gibt auch seitens des Fachbereichs regelmäßige Kommunikation mit den FördernehmerInnen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Holzmann, bitte.

GR Ernst **Holzmann** (SPÖ): Vielleicht noch eine letzte Frage: Mit welchen Personen hatten Sie während der Förderungsabwicklung hier unmittelbaren Kontakt?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich mit niemandem, das macht der Förderbereich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Zusatzfrage, Herr Holzmann? Nein. – Dann geht es bei Herrn Wiederkehr weiter.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ich habe auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Wir gehen direkt nahtlos zu Frau Dipl.-Ing. Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Ja, vielen Dank. Ich möchte auf die Brücke von Kollegen Holzmann aufspringen und noch einmal zu den Qualitätsgesprächen zurückkommen. Sie haben ja auch vorhin gesagt, es gab, bis auf ein Jahr, glaube ich, kein Qualitätsgespräch mit dem gegenständlichen Verein. Ich hoffe jetzt, dass Sie uns ein bisschen über den Inhalt berichten können, auch wenn ich annehme, dass Sie persönlich nicht bei den Qualitätsgesprächen dabei waren, aber vielleicht könnten Sie einmal ein bisschen umreißen, worum es in den Qualitätsgesprächen gegangen ist und ob es wiederkehrende Themen gegeben hat, die dort angesprochen wurden.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Tatsächlich kann ich Ihnen das jetzt so ganz detailliert nicht erklären. Ganz prinzipiell gibt es einen standardisierten Bogen, einen Fragebogen, nach dem – pro Verein, pro GmbH –, vorgegangen wird. Da wird zum Beispiel beurteilt: Ist die Abrechnung zeitgemäß, vollständig eingelangt? Da wird nachgefragt: Sind die inhaltlichen Ziele, die vorgegeben waren oder die sich der Verein selber gelegt hat, erreicht worden? Da wird auch gefragt, ob mit der Förderhöhe das Auslangen gefunden wurde, beispielsweise.

Und wie ich schon erwähnt habe, macht der Fachbereich dann vor Ort auch Einzelbelegprüfungen, wo dann wirklich nachgeschaut wird: Ist auf einer Rechnung vermerkt, wofür diese Rechnung war? Gibt es auch Vergleichsanbote bei Ankäufen zum Beispiel, ab einer bestimmten Höhe der Summe? Das ist so im Groben, das sind Qualitätsgespräche.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar, möchten Sie es noch detaillierter haben, denn die Zeugin kommt noch einmal zu uns. Wenn das so wichtig für Sie ist, kann sie das ja in der Zwischenzeit aufbereiten.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Ja, ja, nein, unbedingt, aber konkret geht es mir ja auch um den Verein Spittelberg, der heute auch, sage ich einmal, im Fokus steht. Da geht ja auch aus Unterlagen hervor, dass Unterlagen des Vereins oft durchaus zu spät eingereicht wurden. Wie hat denn der Verein in diesen Qualitätsgesprächen auf etwaige Unstimmigkeiten reagiert? Gab es auch Sanktionen seitens der MA 13 in dieser Hinsicht, wenn Unterlagen verspätet eingereicht wurden oder wenn eben, so wie Sie jetzt gerade skizziert haben, einzelne Punkte, die in diesem Bogen besprochen wurden, nicht so gepasst haben, wie sich das die MA 13 vorgestellt hätte?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Also ich hoffe, ich sage jetzt wirklich das Richtige, deswegen sage ich es ein bisschen mit Vorbehalt: An und für sich ist das Qualitätsgespräch der Endpunkt von einer Endabrechnung; also, wenn das Qualitätsgespräch positiv abgeschlossen ist, das heißt, vielleicht dann auch Belege noch nachgebracht werden, dann gilt ein Projekt, ein Vorhaben als endabgerechnet.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar, Nachfrage?

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Ja, es verwirrt mich jetzt ein bisschen. Sie haben vorhin gerade skizziert, was die Inhalte eines Qualitätsgespräches sind, also ob alle Unterlagen da sind, ob rechtzeitig eingereicht wurde beziehungsweise die Abrechnungen entsprechend korrekt abgelaufen sind. Und wenn das eben nicht der Fall ist, was passiert dann? Also wird dann nur der Verein gerügt und man sagt, das hat jetzt nicht gepasst oder das war zu spät, aber es ist jetzt trotzdem da, oder -- Ich kann es jetzt noch nicht begreifen, wie das von der zeitlichen Abfolge in dem Prozess hineinpasst. Vielleicht könnten Sie das noch einmal kurz erläutern.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Wie gesagt, ich hoffe, ich sage jetzt auch wirklich das Richtige, denn das macht der Fachbereich, also das mache ich nicht persönlich. Meines Wissens nach wird dann ein Zeitpunkt ausgemacht, bis wann etwas nachgereicht wird und der Fachbereich hat auch so Checklisten, wo dann auch abgehakt wird, wenn die nachgeforderten Unterlagen eingelangt sind.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Darf ich mich einschalten? Ich glaube, die Frau Dipl.-Ing. Olischar will wissen, ob es einen Sanktionsmechanismus gibt – wenn nicht rechtzeitig –, ob es dann eine Kürzung gibt oder ein Entfall der Mittelgewährung oder so etwas wie Strafzahlungen. Darum geht es also, glaube ich, aber wenn Sie

das heute nicht beantworten können, wir haben schon angedeutet, wir brauchen Sie noch einmal, Frau Magister – mit Ihrer hervorragenden Mikrofondisziplin, wirklich bestens –, und da könnte man ja diese Frage zwischenzeitlich klären. Wäre das eine Möglichkeit, Frau Dipl.-Ing. Olischar, dass sie das beim nächsten Termin auch miterledigt, diesen Sanktionsmechanismus? Haben Sie dann noch Zusatzfragen oder wir gehen zu den GRÜNEN? – Herr Margulies.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Ich möchte mich zunächst einmal bedanken, auch für die Darstellung von Ihnen, was vom Kulturzentrum Spittelberg eigentlich alles geleistet wird; nämlich nicht nur historisch, sondern auch aktuell von Kindergruppen, Frauengruppen, die sich treffen, Musikunterricht, Tanzkultur, also eine Vielfalt für die Bewohnerinnen und Bewohner. Und das bringt mich tatsächlich einen Punkt weiter, wo ich jetzt das Gefühl habe, hier in der Untersuchungskommission, dass die Freiheitliche Partei einfach nur das versucht, was ihr im Gemeinderat überhaupt nicht gelungen ist: einfach jemanden anzuputzen, indem er oder sie einfach in die Untersuchungskommission überhaupt zitiert wird.

Selbst der von Kollegen Wiederkehr präsentierte damals noch Kontrollamtsbericht aus dem Jahr 2009, wo es ja 2013 eine Nachprüfung gegeben hat und die Nachprüfung – ganz kurz – zeigte die positive Bereinigung hinsichtlich der fehlgesteuerten Finanzierungsgeschäfte. Seither gibt es überhaupt keine Probleme mehr mit dem Verein Spittelberg. – Sie wollen es inhaltlich nicht, Sie halten inhaltlich nicht aus, was -- (*Zwischenrufe*) Sie müssen mich nicht unterbrechen!

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte! Bitte! Ich verberge, ich verberge sofort -- (*Zwischenrufe*) Ich bitte um Kalmierung! (*Zwischenrufe*.)

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Es ist faszinierend, wie die VertreterInnen der Freiheitlichen darauf reagieren, wenn man ihnen den Spiegel vorhält.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Nein, Herr Margulies, bitte! Ich möchte die gute Stimmung in dieser Kommission nicht durch eifrige Abgeordnete zerstören lassen. Sie sind eifrige Abgeordnete, Sie haben alles Recht der Welt zu kritisieren und Ihre wechselseitigen weltanschaulichen Positionen einzubringen, aber selbst der laut sprechende Herr Kohlbauer hat bisher noch keine Provokation getätigt. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Und ich bitte Sie, Herr Margulies, das auch nicht zu tun. Halten Sie sich fest am rechts von Ihnen – links, nein, rechts von Ihnen (*Heiterkeit*) – sitzenden Herrn Ellensohn und lassen Sie sich ein bisschen beruhigen. Sie kriegen von mir notfalls noch ein extra Mon Chéri.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Na, das nehme ich schon, das Mon Chéri würde ich nehmen!

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Jetzt möchte ich eines sagen: Dieses Spittelberg-Zentrum, das kenne ich zufällig auch seit über 20 Jahren, da hat noch ein gewisser Pius Strobl mitgewirkt, der heute beim ORF ist, und der Günter Kerbler und alle diese Menschen. Das war immer schon ein Kulturzentrum und wird immer eines sein und niemand will es anputzen, sondern man will nur prü-

fen, ob die Förderungsgelder korrekt verwaltet und vergeben wurden.

Dabei bleiben wir jetzt und ich bitte Sie um Ihre Frage – wiederum ein bisschen deeskalieren, Luft rauslassen, denken Sie an das Mon Chéri! – und jetzt gehen wir wieder weiter. Sie sind am Wort.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Dann die ganz konkrete Frage: Gab es in den letzten Jahren Anhaltspunkte, dass es nichtrechtmäßig verwendete Geldmittel geben würde?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Nein.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Ich bin fertig, danke.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Es geht weiter bei der Freiheitlichen Partei Österreichs und hier bei Herrn Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Danke schön. Jetzt zur Frage der Förderwürdigkeit: Sie haben ja ausgeführt, Sie haben den Teil Gebäude plus Personal über. Wie kann man die Förderwürdigkeit eines Gebäudes beziehungsweise Personal losgelöst von der Tätigkeit beurteilen, also ich meine, das Personal und das Gebäude werden ja immer zur Erreichung eines bestimmten Zweckes und nicht zum Selbstzweck benötigt. Deswegen hat mir ein bisschen Kopfzerbrechen bereitet: Wie prüfen Sie die Förderwürdigkeit losgelöst von der Tätigkeit, die dort stattfindet?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ganz prinzipiell unterschreiben die Fördernehmer ja unsere Förderrichtlinien, und in den Förderrichtlinien gibt es auch einen Punkt, den sie mitunterschreiben, dass sie sich an bestehende Gesetze zum Beispiel halten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Blind ist am Wort.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Ich hoffe, aber das wird ja selbst die Förderwürdigkeit noch nicht begründen, sonst dürften Sie in Wien hoffentlich sehr viel fördern. Also wie gesagt, ich darf meine Frage nur noch einmal wiederholen, weil ich es nicht ganz beantwortet finde, wie man losgelöst von der Tätigkeit, die sich im Amerlinghaus abspielt, eine Förderwürdigkeit bei der Förderung eines Gebäudes beziehungsweise des Personals feststellt. Gleich im Anschluss daran, darf ich jetzt nachreichen, haben Sie auf die Frage des Herrn Vorsitzenden, wie viele Subventionsanträge der Magistratsabteilung durch den Ausschuss abgelehnt werden, *einige* gesagt, Entschuldigung, Sie können sich an *wenige* erinnern, glaube ich, haben Sie gesagt. Könnten Sie uns sagen, ob es überhaupt Ablehnungen durch den zuständigen Ausschuss gegeben hat oder ob jeder Ihrer Anträge, der in den Ausschuss gelangt ist, positiv beschieden wurde?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Blind, der Vorhalt war nicht ganz korrekt. Ich habe gefragt, ob es Abänderungen, was die Höhe betraf gab und sie hat gesagt, nein, gab es nicht. Daher bitte ich Sie, einen korrekten Vorhalt zu machen.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Gut, dann darf ich mich diesbezüglich entschuldigen und auch korrigieren. Meine Frage lautet aber unverändert dahingehend, ob Ihnen ein einziger Beschluss erinnerlich ist, wo Sie oder Ihre Abtei-

lung einen Antrag gestellt an den Ausschuss haben und der nicht bewilligt wurde.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich kann mich an keinen erinnern.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Das ist schön, ich nämlich auch nicht – und ich bin in dem Ausschuss. Die dritte Frage, die ich hätte und zwar waren wir heute schon einmal mit der Frage befasst, was eine Subvention ist und Sie sind ja auch subventionsvergebende Stelle.

Und beispielsweise im Bereich der Kleinprojektförderung verlangen Sie, soweit ich weiß, eine dezidierte Beschreibung des Projekts und der Tätigkeit, also eine sehr detaillierte Projektbeschreibung. Würden Sie das dessen ungeachtet als Subvention bezeichnen oder als Leistungsaustausch?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das ist eine Rechtsfrage, das kann ich Ihnen jetzt so nicht beantworten. Also ich weiß jetzt nicht genau worauf Sie hinaus wollen, ganz ehrlich gesagt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Nachfrage Herr Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Ich kann es präzisieren. Auf der Seite Ihrer Magistratsabteilung steht: "Förderungen für Erwachsenenbildung und außerschulische Kinder- und Jugendarbeit bis 5.000 Euro", und für den Antrag benötigen Sie – dann sind einige Dinge, Finanzplan und so weiter und dann –: "Detaillierte Projekt- und Tätigkeitsbeschreibung". Ich gehe davon aus, dass das von Ihrer Magistratsabteilung auch approbiert ist, wenn es auf der Magistratshomepage steht. Meine Frage wäre nur, ob Sie der Meinung sind, auch so wie es hier steht, dass es sich hierbei um eine Förderung handelt und nicht um einen Leistungsaustausch.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Es handelt sich zwar um eine Rechtsfrage, aber Ihre persönliche Meinung kann durchaus einfließen.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Über die MA 13 werden Förderungen vergeben, die im Gemeinderat beschlossen werden, oder im Ausschuss beschlossen werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Nachfrage, Herr Blind?

GR Armin **Blind** (FPÖ): Nein, ich bin glücklich mit dieser Antwort.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das freut mich sehr, denn es geht jetzt bei der Sozialdemokratischen Fraktion weiter, und ich glaube, es ist Frau Däger-Gregori dran, stimmt's? Nein, Entschuldigung, Frau Akcay ist dran.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Eine letzte Frage hätte ich schon noch, und zwar, wie ist das eigentlich, Sie haben ja erwähnt, dass die jeweiligen Fachstellen die Ansuchen bearbeiten: Macht das dann immer derselbe Mitarbeiter oder wie funktioniert denn das? Könnten Sie das bitte vielleicht ausführen?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Also die vorliegenden Ansuchen – beispielsweise vom Kulturzentrum Spittelberg – werden eben dem Fachbereich Erwachsenenbildung zugeordnet. Dort gibt es mehrere MitarbeiterInnen und im

Laufe der letzten Jahre gab es natürlich Fluktuationen wie Karenzierungen, Wechsel von MitarbeiterInnen, aber es zum Beispiel durch Methoden wie Wissensmanagement sichergestellt, dass auch nachfolgende Kollegen und Kolleginnen auf dem gleichen Stand der Dinge sind.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Dann geht es weiter bei Herrn Wiederkehr. Herr Wiederkehr hat keine Frage. – Frau Olischar, bitte.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Vielen Dank. Aus den Unterlagen, die wir jetzt auch bekommen haben, geht hervor, dass die MA 13 immer wieder bei dem Verein Dokumente nachfordern musste oder auch mehrmals angedroht hat, dass es auf Grund von diverssten Missständen zu einer Beendigung der Förderung kommen kann. – Haben Sie einen Überblick, wie oft es zu solchen Ermahnungen oder auch Androhungen, auch im Zuge der Förderausschüttungen an den Verein, gekommen ist?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich kann Ihnen jetzt keine Zahlen nennen. Wir fordern eben nach, um dann ein Projekt endabrechnen zu können. Wie ich auch schon erwähnt habe, in unserem Förderrichtlinien ist verankert, dass, wenn ein Vorhaben nicht ordnungsgemäß abgerechnet werden kann, dann können auch Rückforderungen gestellt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar, Nachfrage?

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Ja. Und zwar wäre meine Zusatzfrage, warum es eigentlich dann immer nur bei - - Hat der Verein dann schlussendlich immer auch alles nachgebracht, sodass es eben dann wieder zu einer Rückzahlung oder Aufforderung einer Rückfundierung gekommen ist beziehungsweise gehe ich richtig in der Annahme, dass selbst solche Ermahnungen oder auch Urgezen, sage ich jetzt einmal pauschal, nicht dafür gesorgt haben, dass es im drauffolgenden Jahr irgendwie zu einer negativeren Einschätzung einer Förderbewilligung gekommen wäre, oder?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Also der Verein Kulturzentrum Spittelberg hat meines Wissens nach dann letztendlich alles ordnungsgemäß gebracht und wurde auch dann endabgerechnet, sodass einer weiteren Förderung nichts im Wege gestanden ist; weil, das habe ich auch schon vorher erwähnt, eine mögliche Rückforderung könnte auch nach sich ziehen, dass ein etwaiger Folgeantrag für das nächste Jahr beispielsweise nicht positiv von Seiten der MA 13 beurteilt wird.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Nachfrage, Frau Olischar?

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Das heißt, selbst wenn man jetzt diese Erfahrungen mit einem Verein in der Vergangenheit gemacht hat, und ich sage jetzt einmal, wenn man einmal etwas nachurgiert, dann ist es etwas anderes als wenn permanent Urgezen passieren. Das heißt, auch da gab es keine Beeinflussung einer positiven Gegenüberstellung der Förderwürdigkeit des Vereins im drauffolgenden Jahr?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Also mir ist jetzt nur erinnerlich, das habe ich Ihnen auch gesagt, was mir berich-

tet wurde, dass es eben einmal zu einer Entschuldigung kam und das der Verein dann die notwendigen Unterlagen wie einen Finanzsanierungsplan und eine Neukonzeptionierung vorgelegt hat. Und das *hat* er vorgelegt und somit stand einer weiteren Förderung nichts im Wege.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das Wort geht an einen deutlich entspannteren Abgeordneten Margulies. (*Heiterkeit.*)

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (*GRÜNE*): Und ich kann es ganz kurz machen: Nachdem jetzt Kollegin Bauer-Sebek, ich glaube, zum dritten oder vierten Mal gesagt hat, dass in den letzten drei, vier, fünf Jahren überhaupt nichts diesbezüglich vorgefallen ist, verzichte ich. Danke.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke vielmals. Ich gehe weiter zur FPÖ und Herr Fürnkranz meldet sich zu Wort.

GR Georg **Fürnkranz** (*FPÖ*): Da muss ich gleich einmal beim Kollegen Margulies weitermachen, weil mir eine Zeitungsmeldung in Erinnerung ist, und mich auch das nicht hat ruhen lassen, was die Zeugin da gemeint hat, dass ihr eigentlich nicht bekannt gewesen sei, dass das Amerlinghaus in finanziellen Nöten wäre. Erstens möchte ich darauf hinweisen, man braucht nur die Homepage anzuschauen, dort steht in jedem dritten Absatz, wie katastrophal die finanzielle Situation ist. Es ist nicht nur diese Bettelbriefaktion, die Kollege Kohlbauer schon erwähnt hat, gewesen, sondern es spielt sich quasi jedes Jahr dasselbe Theater ab. Die argumentieren durchwegs so, dass die von Ihnen sozusagen eingeforderten Einnahmen, dass sie die gar nicht lukrieren wollen, weil das ja ansonsten nicht mehr dem ideologischen Konzept entspräche. Dass Sie das nicht wissen, dass die finanziell immer in Schwierigkeiten sind und sich wesentlich mehr wünschen, das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen.

Ich sage dazu noch etwas – und da bin ich jetzt beim Kollegen Margulies: Da steht: Jedenfalls sind die Roten mehr als erbost. (*Ruf: Wo steht das?*) In einer Zeitung vom 20.3.2017. (*Ruf: Österreich?*) Österreich. Und dann droht - - (*Zwischenruf: Das ist ja quasi ein An...*) Na, deswegen würde mich ja interessieren, wie die Sache genau aussieht. (*Zwischenruf.*) Jedenfalls sind die Roten mehr als erbost. Die Grün-Politiker David Ellensohn und Martin Margulies fordern, dass die SPÖ überall sparen muss und dann drohen sie bei ihren Lieblingsprojekten für die grüne Freunderlpartei, dass überhaupt alle Subventionen blockiert werden, wenn wir das ablehnen. Serie von Skandalen und so weiter. Also, liebe Frau Zeugin, ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass alles das an Ihnen spurlos vorübergegangen ist und ich frage Sie deswegen noch einmal: Wie wirken sich solche offensichtlich koalitionsär ausgetragenen Diskussionen auf das Werden eines solchen Subventionsakts aus?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Fürnkranz! Die Frage ist so weit weg vom Untersuchungsgegenstand, dass ich fast der Versuchung erlaube, sie nicht zuzulassen, aber so etwas gibt es bei mir nicht. Ihren Unmut haben wir zur Kenntnis genommen, die Seriosität der Quelle haben Sie hinreichend dargetan (*Heiterkeit*)

und jetzt bitte ich die Zeugin, ihre Vermutungen, ihre Gefühle und ihre Wahrnehmungen für das koalitionsäre Klima im Sinne der Frage des Abgeordneten Fürnkranz soweit zu beantworten, wie sie dies kann.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Dazu kann ich nichts beitragen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Es geht zu Herrn Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (*FPÖ*): Ich darf anders anfangen: Es ist sehr wohl Untersuchungsgegenstand, wie Entscheidungen über Förderungen passieren – ich glaube, darauf können wir uns einigen –, das heißt, wie man in der Magistratsabteilung entscheidet, das wird vorgelegt und in der Höhe wird es vorgelegt und warum wird es vorgelegt.

Wir haben jetzt ausführlich gehört – ich meine, nicht böse sein, aber jeder, der sich mit diesem Verein auseinandersetzt, wird das nachvollziehen können, und der Kollege hat es schon gesagt –: Das steht auf der Homepage in jedem dritten Satz drinnen, dass sich der Verein zu schlecht behandelt fühlt, in dem Sinne, dass er zu wenig Geld kriegt, um das einmal salopp auszudrücken. Sie haben gesagt, das ist Ihnen nicht zugegangen oder davon wissen Sie nichts. Bleiben Sie bei der Feststellung?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Die MA 13 schlägt eine Förderung in einer bestimmten Förderhöhe vor. Über die MA 13 wird beim Kulturzentrum Spittelberg gefördert: Personalkosten, nämlich Verwaltungspersonal, Grundkosten des Hauses.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik, Sie schauen unzufrieden – daher Nachfrage?

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (*FPÖ*): Das war jetzt nicht die Frage. Die Frage war, ob Sie mitbekommen haben, dass der Verein mehr Geld will. So schwer ist die Frage eigentlich nicht. Ja. – Nein. – Weiß nicht. – Habe Angst.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ich persönlich habe es nicht mitbekommen, und den Verein gibt es noch immer und der besteht schon seit einigen Jahren und bekommt – das habe ich auch schon ausformuliert – seit eben einigen Jahren eine Förderhöhe in der Höhe von circa 245 000 EUR, in den letzten Jahren wurde es sogar ein bisschen erhöht, tatsächlich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Okay. – Seitens SPÖ? Wiederkehr? Olischar? Margulies? Ellensohn? Also gut. Frau Magister, ich sage einmal - - Herr Kohlbauer, Entschuldigung!

GR Leo **Kohlbauer** (*FPÖ*): Ja, kein Problem. Und zwar habe ich noch eine sehr interessante Frage: In den Förderrichtlinien, die Sie selbst festgelegt haben von der MA 13 steht unter Punkt 6 drinnen, dass es ein Verbot der Weiterleitung an Dritte gibt. Jetzt ist meine Frage, wie Sie das werten, dass man dort im Amerlinghaus Räumlichkeiten umsonst, ohne Entgelt, diversen Vereinen zur Verfügung stellt, natürlich auch Personaldienstleistungen, die der Putzfrau beispielsweise, diesen Vereinen umsonst zugeführt werden, die sich da im Amerlinghaus ansiedeln, inwieweit das nicht als eine Weiterleitung an Dritte ausgelegt werden kann.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich darf dazu bemerken, dass mir dieses Dokument jetzt nicht unmittelbar vorliegt und dass Weiterleitung an Dritte mietrechtlich überhaupt kein Fachausdruck ist, sondern das müsste Weitergabe oder so heißen. Also, es ist auf jeden Fall eine Rechtsfrage und wir können das gerne auch noch klären lassen, wenn die Zeugin jetzt nicht ausreichende Aussagen dazu tätigen kann, weil die Zeugin, wie gesagt, noch einmal kommen muss. – Bitte, Frau Magister.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das kann ich Ihnen tatsächlich -- Also ich glaube nicht, dass damit bei uns in den Förderrichtlinien gemeint ist, dass Räume zur Verfügung gestellt werden beziehungsweise meines Wissens nach gibt es ja auch Projekte, die eine Nutzungsgebühr bezahlen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik hat sich gemeldet.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Ihrer Meinung nach, ich meine, die Meinung ist insofern schon sehr interessant, weil die Richtlinien aus Ihrer Magistratsabteilung kommen. Also was ist damit gemeint, mit diesem von Kollegen Kohlbauer zitierten Weitergabeverbot oder ist das untechnisch ausgedrückt?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das ist das sogenannte Zessionsverbot.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das ist wieder etwas Neues! Also ich bin der Meinung, dass wir diese Rechtsfragen zum nächsten Termin für die Zeugin noch einmal thematisieren, weil sie jetzt offenbar nicht in der Lage ist, weitere Ausführungen zu tätigen. Herr Kowarik, ja, ja, Sie sind am Wort. – Bitte.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Danke, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren, oder Frau Zeugin, Sie sind Abteilungsleiterin! Sie werden ja wohl wissen, was Ihre Richtlinien bedeuten! Zessionsverbot ist etwas anderes, die Forderungsabtretung ist die Zession. Hier geht es aber nicht um Forderungsabtretungen, um das deutsche Wort für Zession auszuführen, hier geht es um Weitergabe von Fördermitteln, die einerseits natürlich – darf ich das kurz darstellen –, die natürlich monetär geschehen können, indem jemand ein Geld bekommt und bei dem fragt noch wer an und der gibt es dann wieder weiter, sie könnten aber auch in Sachleistungen passieren. Und da ist unsere Frage: Was bedeutet jetzt diese Bestimmung in Ihrem Sinne?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik, der Vorhalt an die Zeugin ist ein bisschen unfair, weil sie keine Juristin ist. Sie hat eingangs ihrer Einvernahme gesagt, dass sie ausgebildete Psychologin ist, wenn ich das richtig im Kopf habe. Sie hat eine rechtliche Assistenz in ihrer Abteilungsführung und ich bin nicht sicher, ob wir jemanden, der kein Jurist ist, jetzt in juristische Fachdiskussionen verwickeln wollen und sollen. Ich lasse selbstverständlich Ihre Frage zu. Die Zeugin wird es auch beantworten, aber ich erwarte mir wenig hundertprozentige juristische Beweiskraft durch einen Nichtjuristen. – Frau Magister.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Sie haben die Förderrichtlinien angesprochen. Da ist unter Punkt 6: "Eine Abtre-

tung der Ansprüche auf Förderungsbeträge durch die Fördernehmerin bzw. den Fördernehmer ist rechtlich unwirksam (Zessionsverbot)." (*Zwischenrufe.*)

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer hat ein Weiterleitungsverbot ins Spiel gebracht. Dieses Wort kenne ich nicht. Ich möchte das jetzt auch sehen. – Herr Kowarik, vielleicht können Sie es als Jurist erläutern.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Nein. – Das ist jetzt nicht die Richtlinie, die du hast. Aber um das zu konkretisieren: Gibt es ein Verbot -- Ich frage anders, das uns vielleicht in dieser Misere unter Anführungszeichen weiterhilft: Gibt es ein Verbot, Förderungen, die man als Rechtsträger bekommt, an Dritte weiterzuleiten? In monetärer Hinsicht oder in Sachleistungshinsicht. Das ist, glaube ich, die konkretere Frage. – Bitte.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Der stellvertretende Vorsitzende meldet sich dringend zu Wort, bevor Sie antworten, bitte, Frau Magister.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Ich habe eine Frage: Wissen Sie, ob der Verein Spittelberg außer der Subvention durch die Stadt Wien noch weitere Einnahmen hat?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ist mir nicht bekannt. Außer Spenden, aber das habe ich schon gesagt, Spenden, Mitgliedsbeiträge, Unkostenbeiträge.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Ist Ihnen bekannt, in welcher Höhe?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ist mir jetzt ad hoc nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Wir gehen zurück zu Herrn Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Danke, ich darf die Frage noch einmal, wenn Sie wollen, wiederholen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ganz kurz noch einmal.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Gibt es ein Verbot, die Förderung, die man als Rechtsträger bekommt, an andere Dritte – Rechtsträger oder Einzelpersonen – weiterzugeben, in monetärer Hinsicht oder auch in Sachleistungshinsicht?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: In Absprache mit der MA 13 kann in solchen Fällen ein Kooperationsvertrag geschlossen werden, wobei sich dann die KooperationspartnerInnen an die Vorgaben und Richtlinien der MA 13 halten müssen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Danke, das hilft uns weiter. Gibt es hinsichtlich dieses Vereins, der gerade zur Diskussion steht, solche Kooperationsvereinbarungen mit Dritten?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Nein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Keine weiteren Fragen durch die Freiheitliche Fraktion? – Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Zu dieser Frage Sonstige Einnahmen habe ich jetzt kurz in den letzten Förderakt hineingeschaut. Also, ich finde dort an Einnahmen 2 000 EUR vom Bezirk, dann Vergütungen Sozialeinrichtungen – was immer das ist – 10 000 und die fraglichen

7 000 Spenden budgetiert. Das erinnert mich daran, dass im seinerzeitigen Kontrollamtsbericht erwähnt war, dass die früher vorhandenen Mitgliedsbeiträge krass abgesunken sind und eine der Empfehlungen hat gelautet, man möge sozusagen sich um diese Mitgliedsbeiträge kümmern. Meine Frage daher: Ist das in irgendeiner Weise geschehen? Hat die MA 13 das in irgendeiner Weise urgiert oder gibt es da sonst Informationen dazu?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Dazu kann ich nichts sagen, also das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Nachfrage, Herr Fürnkranz? – Herr Kowarik hat sich gemeldet.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Entschuldigung. Ich darf noch konkretisieren: Sie wissen nicht, wieviel Vereinseinnahmen dieser Verein hat? (*Zwischenrufe.*)

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Das steht im Akt und ist im Finanzplan ersichtlich, beziehungsweise in der Abrechnung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Die Information können wir bis zu Ihrer zweiten Einvernahme nachgeliefert bekommen, Frau Zeugin, nehme ich an. Ist das korrekt?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Ja.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Wir haben nämlich vor, Sie am 14. Februar zu behelligen. Sind Sie da auf Urlaub oder sind Sie da? Das ist ein Freitag im Februar. Die Uhrzeit können Sie, glaube ich, noch relativ frei wählen, ich will aber meiner Steuerungsgruppe hier nicht vorgreifen.

Inzwischen frage ich in die Kommission, Herr Kohlbauer, bitte warten Sie noch, die Zeugin checkt ihren Kalender, aber Sie sind als Nächster vorgemerkt. Obwohl, wir müssen das Rotationsprinzip wahren, das Kontingent ist meines Wissens nach ausgeschöpft. Es geht bei Herrn Margulies weiter und dann wieder zurück zu Herrn Kohlbauer. – Herr Margulies, sind Sie so lieb und warten ab, bis die Zeugin in ihren Kalender - - Ah, sie hat schon. – Am Wort ist Herr Margulies.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Ich wollte nur ein Ding aufklären, denn mir liegt der Akt ja auch vor: Es sind neben Förderung Bezirk 2 000, Vergütung Sozialeinrichtung 10 000 und Spenden 7 000 auch noch eigene Einnahmen in der Größenordnung von 38 000 EUR ausgewiesen: Kursbeiträge, Mitgliedsbeiträge, Eintritte, Unkostenbeiträge. Nur um das gleich zu klären, was im Akt drinsteht, damit ist es erledigt. Also, es gibt eindeutig eigene Erträge.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ja, danke vielmals für diese Klarstellung. Damit haben wir da, glaube ich, wenn dieser Bericht allen vorliegt, eine Urkunde. – Und jetzt kommt Herr Kohlbauer dran.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Ich habe noch kurz eine Verständnisfrage zur Förderwürdigkeit. Es ist schon einige Runden her, nichtsdestotrotz, habe ich das richtig verstanden: Es gibt also sozusagen keinerlei Vorgaben innerhalb der MA 13 die inhaltlicher Natur sind, bezüglich der Förderwürdigkeit, sondern ausschließlich Dinge, ob das Haus erhaltenswert ist beispielsweise; dass das die

einzigsten Richtwerte sind, um die Förderwürdigkeit festzuhalten, vor allem bei dem einen Verein hier?

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Kulturzentrum Spittelberg ist ein selbstverwaltetes, nicht gewinnorientiertes, konsumfreies Zentrum, das niederschwellig Raum zur Verfügung stellt, gehört zur Vielfalt der Stadt Wien. Über die MA 13 werden dort Raum- und Hauskosten und Personalkosten gefördert und im Gemeinderat genehmigt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer, Nachfrage? Oder Herr Kowarik? Beide reißen sich ums Mikro. – Herr Kowarik.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Man ist geneigt dazu, das so salopp auszudrücken: Interessiert Sie, was dort passiert oder nicht?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das ist eine etwas despektierliche Frage, wenn ich mir diesen Kommentar erlauben darf, und ist eigentlich Ihrer Person unwürdig, Herr Kowarik. Ich lasse die Frage nicht zu, denn das ist nicht sachgerecht, Entschuldigung. Sitzungspolizei, das ist nicht in Ordnung. – Herr Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Gut, dann formuliere ich es anders. Wir haben es ja zuvor schon versucht: Die Förderwürdigkeit muss ich an Parametern messen können. Wenn Sie sagen, Sie fördern nur das Gebäude und Sie fördern dort nur das Personal, dann verstehe ich bis jetzt nicht, wie Sie die Förderwürdigkeit beurteilen, denn das Personal und das Gebäude sind ja immer nur Mittel zum Zweck. Also dass die das Gebäude die Grundsteuer zahlen, oder ich weiß nicht, ob sie überhaupt die Grundsteuer zahlen müssen, was sind die Parameter anhand derer Sie die Förderwürdigkeit von Gebäude und Personal konkret prüfen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Sie verstehen es nicht. (*Zwischenruf.*) Also ich glaube es Ihnen nicht, dass Sie es nicht verstehen. (*Zwischenruf.*) Was ich persönlich glaube oder nicht, ist keine Unterstellung. Es ist ein Zentrum für verschiedenste politische, kulturelle, soziologische und sonstige Aktivitäten, das wissen wir doch. (*Zwischenruf.*) Na, das wissen wir doch, bitte. Was der Verein Spittelberg ist, wissen wir alle, da hat Herr Margulies nicht so unrecht, wenn er sich zuvor aufgeregt hat. (*Zwischenruf.*) Ja, es geht um die Förderung: Was wird dort gefördert? Dort werden die Sachkosten und die Personalkosten – das haben wir jetzt schon drei Mal gehört, und wir werden es auch noch ein viertes Mal hören. – Frau Magister, bitte sagen Sie es uns ein viertes Mal!

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Über die MA 13 werden Personalkosten, Sachkosten wie Hauskosten gefördert. (*Zwischenrufe.*)

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke schön.

Mag. Brigitte **Bauer-Sebek**: Und vom Gemeinderat genehmigt. (*Zwischenrufe.*)

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Nein, Entschuldigung, ich lass euch nachfragen ohne Ende, aber ihr müsst halt schon ein bisschen konkreter fragen, was ihr wissen wollt. (*Zwischenrufe.*)

Gibt es jetzt noch weitere Fragen an die Zeugin? Die Zeugin kommt noch einmal – ich habe den Tag schon bekannt gegeben –, wenn sie Zeit hat. Die Uhrzeit kann

ich Ihnen noch nicht sagen, wir müssen das Programm für den 14.2. erst mit den Fraktionsvorsitzenden absprechen. Gibt es jetzt noch Fragen an die Zeugin, wie gesagt, sie kommt noch einmal?

Wenn das nicht so ist, darf ich mich sehr herzlich bei Ihnen und Ihrer Vertrauensperson bedanken! Sie dürfen das süße Mon Chéri von mir genießen, bezüglich Mikrofondisziplin haben Sie sich einen Orden verdient! Vorbild für andere. Vielen Dank für Ihr Kommen!

Ich unterbreche die Sitzung jetzt bis 16 Uhr bis zum nächsten Zeugen.

(Unterbrechung um 15.45 Uhr)

(Wiederaufnahme um 16.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Um 16.00 Uhr wird die Sitzung wiedereröffnet. Begrüßen darf ich den Zeugen Christoph Reinprecht, Obmann, Vorstand des Vereins Kulturzentrum Spittelberg, ein Thema das uns die letzten zwei Stunden gerade beschäftigt hat. Vielen Dank für Ihr Kommen!

Heute werden Sie als Zeuge vor einer Verwaltungsbehörde vernommen. Als Zeuge muss man die Wahrheit sagen. Eine falsche Aussage wäre strafbar, Herr Reinprecht. Wenn aber die Beantwortung einzelner Fragen für Sie oder nahe Angehörige eine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen würde, also Sie sich selber belasten würden oder es große finanzielle Nachteile nach sich ziehen würde oder die Gefahr der Schande nach sich ziehen würde, dann dürfen Sie die Beantwortung dieser einzelnen Fragen verweigern, aber das bitte mir dann gleich vorher zu Protokoll zu geben. Haben Sie diese Belehrung verstanden?

Christoph **Reinprecht**: Ja, die habe ich verstanden. Danke.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Zu Beginn Ihrer Wortmeldung bitte immer kurz Ihren Namen sagen und die Taste nicht vergessen. Das sind so Dinge, die mit der Zeit in Fleisch und Blut übergehen. Entschuldigen Sie, wenn ich Sie darauf aufmerksam mache. Das Schulmeisterliche in mir geht dann mit mir durch. Ich bitte Sie einmal vorab, bevor wir mit der Befragung beginnen, ganz kurz um die Darstellung über Ihre Person und Ihre Tätigkeit. Danke.

Christoph **Reinprecht**: Ja, Christoph Reinprecht ist mein Name. Ich bin Universitätsprofessor für Soziologie, hier gleich in der Nähe an der Universität Wien, und seit gut zehn Jahren auch im Vorstand des Kulturzentrums Spittelberg, also dort als Obmann tätig; das deshalb, weil zu Beginn des Kulturzentrums Spittelberg auch das Amerlinghaus war, und ich in diesem Hause als Sachbearbeiter zu dieser Zeit tätig war.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Vielleicht kurz: Was macht das Zentrum, was geschieht dort? Nur damit wir uns ein bisschen Vorstellungen machen können.

Christoph **Reinprecht**: Na ja, das Zentrum gibt es seit über 40 Jahren. Das Amerlinghaus ist eines der Zentren in Wien, in dem eine sehr niederschwellige Kultur- und Bildungsarbeit getätigt wird, umgesetzt wird. Es ist ja ursprünglich als Stadtteilzentrum entstanden, aber wie Sie alle den Spittelberg kennen - zu dieser Zeit war es

noch ein sehr umstrittenes Gebiet, was die geplante Stadterneuerung und die Sanierungsvorhaben betraf. Dann wurde saniert.

Heute ist es ein, was man im Jargon so nennt, gentrifiziertes Gebiet, das heißt, ein sehr aufgewertetes Gebiet, auch mit starker Gastronomie. Dadurch hat sich auch sozusagen die Funktion oder die Art und Weise, was das Zentrum, das Amerlinghaus macht, geändert. Das heißt, es hat nicht mehr diese reine Stadtteilfunktion, es ist aber nach wie vor ein immanenter Bestandteil des 7. Bezirkes und gleichzeitig für die ganze Stadt relevant, also ein Ort, wo Initiativen, Vereine, Gruppen, die sonst keinen Ort in der Stadt finden, um sich in einem konsumfreien Raum zusammenzufinden, treffen können, um ihre Ideen zu verwirklichen. Zahlreiche Initiativen, ich nenne zum Beispiel das Neunerhaus, also eine ganz wichtige Obdachloseneinrichtung in Wien, sind im Amerlinghaus entstanden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Professor, vielen Dank! Herrn Blind bitte ich, was er gerade gehört hat, auch Herrn Kowarik zu berichten, denn wir wissen jetzt ziemlich genau, was der Zweck dieses Zentrums ist und dass es aus einer Stadtteilsanierung entstanden ist. Für mich als Nichtwiener ist interessant: Vor 40 Jahren war das ein notleidender Stadtteil? Können Sie das noch ein bisschen erläutern, Herr Professor, bevor wir dann mit den Fragen beginnen?

Christoph **Reinprecht**: Na ja, wer vor 40 oder über 40 Jahren im 7. Bezirk in dieser Gegend unterwegs war oder sich daran erinnern kann, wird sich an den hohen Anteil an baufälligen Häusern erinnern. Es ist ein sehr alter Baubestand, ein überwiegender Teil leerstehend oder mit Holzverbolzungen verbolzt, um die Sicherheit der Passanten zu gewährleisten, oder nicht mehr bewohnt. Die Bevölkerung, die den Stadtteil bewohnt hat, war eher was man heute auch bildungsfernere Schichten nennt, einkommensschwächere Schichten.

Damals gab es eben das Projekt eines großzügigen Abrisses und eine Bewegung, die vor allem von Architekten, Architekturstudenten, Künstlern, Künstlerinnen getragen war. Es gab Bezirksfestwochen, die dann in diesem baufälligen Amerlinghaus stattgefunden haben. Die haben bewirkt, dass eben das Haus, aber dann letztlich der gesamte Stadtteil zur „Schutzzone“ erklärt wurde und damit auch vor dem Abriss gesichert wurde. Das Zentrum wurde eben dann nach einer zwei- bis dreijährigen Sanierung als Kultur- und Stadtteilzentrum eingerichtet.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Vielen Dank. Jetzt geht es bei Frau Dipl.-Ing. Olischar weiter.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Grüß Gott, Herr Professor! Vielen Dank einmal für die Erklärung und für die Ausführungen. Mich würde interessieren: Sie sind ja derzeit auch Obmann des Vereins. Wie lange haben Sie diese Funktion schon inne und wie kam es dazu? Was war die Entscheidung oder vielleicht auch so bisschen der Werdegang, wie es zu dieser Obmannschaft und Vereinstätigkeit gekommen ist?

Christoph **Reinprecht**: Ich war, wie gesagt, ganz am Anfang, oder relativ zu Beginn des Amerlinghauses, 1979 bis 1983 oder 1984 auch berufstätig im Haus und habe

dann nach dem Studium und dem Eintritt in die Universität sozusagen keine nähere Beziehung mehr gehabt. Ich war dann aber in einer gewissen Phase Rechnungsprüfer und bin vor eben gut zehn Jahren gebeten worden, in den Vorstand einzutreten. Ich habe das akzeptiert, weil ich eben eine persönliche Bindung habe und das Haus für eine wichtige Einrichtung halte und hielt. Seitdem habe ich diese Funktion übernommen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar, bitte.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Welche Aufgaben entfallen denn auf diese Funktion, auf Ihre Person im Zuge der Obmannschaft?

Christoph **Reinprecht**: Na ja, ein Vorstandsmitglied ist im Rahmen der vereinsrechtlich festgeschriebenen Tätigkeiten aktiv, noch dazu als Obmann. Er vertritt den Verein nach außen, gemeinsam mit dem Kassier auch gegenüber der Stadt und sorgt dafür, dass es regelmäßig auch zu Vorstandssitzungen kommt, in denen im Wesentlichen das Geschehen des Hauses auf allen Ebenen diskutiert wird.

Es ist ja - vielleicht muss ich das dazu sagen, das ist sehr wichtig - in der Selbstbeschreibung ein selbstverwaltetes Haus. Es hat sich natürlich das, was Selbstverwaltung ist, in dem Verständnis auch geändert, aber dazu zählt, dass im Vorstand ja nicht der Vorstand, also der Präsident, ich oder der Kassier oder die Schriftführerin das Reden haben, sondern alle, die im Vorstand sind. Das sind eben die FunktionsträgerInnen und noch ein paar kooptierte Mitglieder. Meine Rolle ist im Prinzip, dass eben die Vorstandsgeschäfte laufen, dass es die Sitzungen gibt, dass die Beschlüsse gefasst werden, die natürlich auch zum Beispiel das Budget betreffen, oder dass auch die Ordnungsmäßigkeit des Ablaufs im Haus gewährleistet ist.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Und Ihre Tätigkeit im Zuge des Vereins ist ehrenamtlich?

Christoph **Reinprecht**: Die ist rein ehrenamtlich, es ist eine ehrenamtliche Tätigkeit. Ich habe noch nie dafür auch nur einen Cent bekommen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Noch Nachfragen? - Ansonsten geht es bei den GRÜNEN weiter. Herr Margulies ist schon am Drücker.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Professor! Ich freue mich zu hören, dass es so etwas wie Ehrenamt tatsächlich noch gibt und man nicht für jede Tätigkeit, die man macht, gleich Geld bekommt. Nachdem wir jetzt zwei Stunden vorher über die Subvention und auch die Höhe der Subvention diskutiert haben, vielleicht zunächst die Frage: Wie funktioniert das, wenn Sie um eine Subvention bei der Stadt Wien ansuchen?

Christoph **Reinprecht**: Also im Prinzip so, wie ich annehme, bei allen anderen Vereinen: Wir diskutieren im Vorfeld, in der Regel im Frühling, intern das Subventionsansuchen für das darauffolgende Jahr, reichen dann gemäß den Richtlinien, die halt gegeben sind, mittlerweile elektronisch das Ansuchen ein - in der besonderen Situation wie alle Vereine dieser Art, dass wir natürlich nicht

wissen, ob es zu einem Gemeinderatsbeschluss kommt und so weiter. Wir sorgen dafür, dass es eine ordnungsgemäße Abrechnung gibt, einen Jahresabschluss. Es gibt ja sehr genau vorgeschriebene Vorgänge, die wir da einhalten. So läuft das. Die Diskussion beginnt im Wesentlichen vor dem Sommer, konkretisiert sich dann im September. Da wird das entwickelt, dann wird es eingebracht, und dann hoffen wir auf den positiven Beschluss des Gemeinderates.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Margulies.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Jetzt ist ja im Großen und Ganzen die Subvention seit vielen, vielen Jahren konstant, ich glaube 240, 245, jetzt 260.000 EUR. Wir haben lange darüber diskutiert, dass es dennoch immer wieder der Fall ist, dass das Amerlinghaus beziehungsweise der Verein Spittelberg sagt, sie würden Geld benötigen. Jetzt ganz konkret die Frage: Sind die 260.000 EUR de facto das unterste Limit, was momentan seitens der Stadt Wien bereitgestellt wird, und können Sie sich vorstellen, auch in Wirklichkeit um mehr Geld anzusuchen beziehungsweise um mehr Programm gestalten zu können, zu bekommen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das war eher eine hypothetische Frage, oder Herr Margulies?

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Nein, warum?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Herr Zeuge

Christoph **Reinprecht**: Es ist so, wir bekommen seit vielen, vielen Jahren eine nicht valorisierte Subvention. Ich muss dazu sagen - das sage ich nicht nur hier, sondern auch intern im Haus, das ist mir nämlich wichtig -, dass wir es wertschätzen, dass es die Subvention gibt und nicht als selbstverständlich nehmen. Es ist viel Geld. Es bedeutet allerdings im konkreten Fall des Amerlinghauses, dass wir von diesen 245 oder 260.000 EUR de facto 90 Prozent für Fixkosten verwenden. Das sind Personalkosten und das ist eine Miete an die GESIBA. Das Haus ist ja im Eigentum der GESIBA, und wir zahlen hier circa - ich müsste nachsehen - 50 bis 60.000 EUR Miete und dann noch natürlich Betriebskosten und so weiter, und sofort, und etwa 160.000 oder 150.000 Personalkosten.

Das heißt, der reale Bewegungsspielraum für Aktivitäten schränkt sich dramatisch auf mittlerweile circa, ich schätze einmal, 10.000 EUR ein. Wir versuchen natürlich, Geld von den Gruppen zu erhalten, die hier das Haus nützen, die die Möglichkeiten dazu haben. Das haben nicht alle Gruppen. Wir versuchen auch über Veranstalter Geld reinzubekommen, über Mitgliedsbeiträge, aber das hält sich alles sehr, sehr in Grenzen. Das heißt, der Bewegungsspielraum für Aktivität ist gering und das ist natürlich der Grund, wenn wir jedes Mal sagen, wir brauchen mehr - im Wissen, dass die Situation schwierig ist und dass auch wir gefordert sind, darüber nachzudenken, wie wir zu dem Geld kommen.

Aber es ist für uns eine Situation mit dem Haus, das ja auch mittlerweile bis zu einem gewissen Grad sanierungsbedürftig ist, was die Räume betrifft, in dem Sinne für Seminar und Ähnliches mehr nicht vermietbar ist, sehr

schwierig, zusätzlich Einkommen zu generieren. Das heißt, der Spielraum, den wir jenseits der Fixkosten von Personal- und Mietkosten überhaupt zur Verfügung haben, ist einfach klein. Daher würden wir uns sehr wünschen, dass die Subvention höher ausfällt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Margulies.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Gibt es eigentlich neben den Förderrichtlinien, also neben den allgemeinen Förderrichtlinien der MA 13, zusätzlich noch irgendwelche Auflagen der Stadt Wien für die Gewährung der Subvention?

Christoph **Reinprecht**: Soweit ich weiß, nein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Zusatzfrage noch? - Nein. Dann geht es weiter zur Freiheitlichen Partei. Herr Kohlbauer.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Schönen guten Abend, Herr Professor! Das Amerlinghaus und ihr Verein sind ja in letzter Zeit, in den letzten Jahren immer wieder in Kritik gestanden, weil dort mehrfach antisemitische Veranstaltungen von der BDS-Bewegung im Rahmen der Israel Boycott Week geplant waren. Es hat dort Ankündigungen zu Veranstaltungen gegeben. In letzter Konsequenz wurden nach Zeitungsartikeln von unserem ehemaligen Stadtrat David Lasar oder auch von mir dann diese Veranstaltungen doch immer wieder abgesagt. Im Zuge einer Gemeinderatsdebatte habe ich mit Herrn Kollegen Florianschütz von der SPÖ darüber einen Austausch gehabt, wo er mir auch gesagt hat, dass er selbst in Absprache mit dem Herrn Bürgermeister beim Verein angerufen und darum gebeten hat, dass diese Veranstaltungen untersagt werden.

Jetzt meine Frage: Mit wem hat Herr Florianschütz telefoniert, beziehungsweise hat der Herr Bürgermeister auch mit jemandem aus dem Verein telefoniert und wurde angedroht, die Förderung zu streichen, sollte man diese Veranstaltungen abhalten?

Christoph **Reinprecht**: Ich habe davon gehört, aber ich weiß nicht, mit wem Herr Florianschütz telefoniert hat. Es kann nur sein, dass er im Haus selbst angerufen hat, bei einer der MitarbeiterInnen, aber sicherlich nicht bei mir, und auch der Herr Bürgermeister hat nicht mit mir gesprochen.

Ich möchte dazu sagen, dass es diese Ankündigungen in der Tat gab, es aber nicht zur Durchführung der Veranstaltungen kam, weil ich in meiner Funktion als Obmann dagegen interveniert habe. Das ist eine sehr heftig diskutierte Frage gewesen, das gestehe ich. Die wird ja nicht nur bei uns im Amerlinghaus diskutiert, sondern auch an anderen Orten. Denken sie an das Vereinigte Königreich, wo das BDS immer wieder sehr prominent agiert. Ich persönlich halte das für einen schweren Fehler. Ich bin überhaupt nicht ein Befürworter dieser Aktivitäten, und deswegen haben sie auch nach sehr kontroversen Diskussionen nie stattgefunden. Das muss ich sagen, denn das Haus ist auch ein Ort solcher Debatten, und das hat stattgefunden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer, bitte.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Es ist ja so, dass immer wieder die Frauen in Schwarz hier die gemeinsamen Veranstalter beziehungsweise die Ankündiger mit der BDS-Bewegung waren. Jetzt meine Frage: Wenn man bei Ihnen auf die Homepage schaut, sieht man diverse Veranstaltungen von den Frauen in Schwarz, auch aktuell für das Jahr 2020. Noch in diesem Monat ist wieder ein Filmabend mit einem israelkritischen Film angekündigt. Jetzt meine Frage: Wie oft nutzen die Frauen in Schwarz Räumlichkeiten im Amerlinghaus, vor allem, müssen sie dafür ein Entgelt bezahlen? Und wenn ja, wie hoch ist dieses Entgelt, das die Frauen in Schwarz für Räumlichkeiten bezahlen müssen?

Christoph **Reinprecht**: Vielleicht so: Die Frauen in Schwarz sind meines Wissens keine fixe Gruppe im Haus. Das ist ein wichtiger Punkt. Es kam vor und kommt vor, dass es Veranstaltungen gibt. Diese Veranstaltungen werden von Frau Grösel oder von den anderen Mitarbeitern vor Ort vereinbart. Ich schliesse aus, ich kann es aber nicht sagen, dass es ein Entgelt dafür gibt, weil im Prinzip kein Entgelt verlangt wird, außer bei ganz bestimmten Organisationen oder Veranstaltern, die auch selbst über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen. Ich gehe also davon aus, es wurde kein Entgelt entrichtet. Ich weiß es aber nicht, muss ich ganz ehrlich sagen. Es tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Eine Verständnisfrage jetzt noch hinsichtlich dieses Entgeltes: Das heißt, die Masse der Vereine, die dort Räumlichkeiten nutzen, sporadisch oder auch dauerhaft, zahlen im Großen und Ganzen kein Entgelt? Das ist eher die Ausnahme, dass dort ein Entgelt bezahlt wird?

Christoph **Reinprecht**: Ja, die Ausnahme. Ich gebe vielleicht zwei Beispiele: Das eine Beispiel ist die Kindergruppe. Das Haus hat ja eben als Mehrgenerationen-Stadtteilzentrum begonnen, und davon sind der Verein oder die Arbeitsgruppe Aktiv im Alter und der Verein Kindergruppe geblieben. Der Verein Kindergruppe zum Beispiel zahlt für die permanente Nutzung einer relativ großen Fläche ein Entgelt. Ähnlich auch der Verein - jetzt fehlt mir natürlich der Name - für die Sprachkurse, die vor Ort organisiert werden und zum Beispiel teilweise auch von der Stadt Wien von der MA 17 finanziert werden, zahlt auch eine Nutzungsgebühr für die Räumlichkeiten.

Das heißt, jene Gruppen, die wirklich permanent, das heißt täglich oder mehrfach wöchentlich, diese Räume nutzen, weil sie auch hier permanente Aktivitäten umsetzen, zahlen in der Regel auch einen individuell vereinbarten Nutzungsbeitrag. Die Gruppen, die sehr sporadisch hier sind oder vielleicht maximal einmal die Woche, die eben auch sehr häufig einkommensschwach sind - Vereinigung der Arbeitslosen, Initiativen von Senioren aus Iran, das sind ja die Gruppen da draußen -, zahlen in der Regel keinen Beitrag.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Herr Professor, können Sie ausschließen, dass die BDS-Bewegung unabhängig von der Tatsache der angekündigten öffentlichen Veran-

staltungen zum Beispiel für nicht öffentliche Veranstaltungen, Vereinssitzungen et cetera unentgeltlich Räumlichkeiten im Amerlinghaus nutzt?

Christoph **Reinprecht**: So weit ich es weiß, schließe ich es aus. Ich bin also gegen diese Aktivitäten im Haus. Wie gesagt, es wird diskutiert. Ich weiß davon nichts. Ich schließe es aus.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer, Zusatzfrage? - Dann gehen wir zur Sozialdemokratischen Fraktion. Frau Akcay, bitte.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Herr Professor, Sie haben ja jetzt vorhin ausgeführt, wie sich die Kosten zusammensetzen, dass Sie eben 90 Prozent der Fixkosten übernehmen und dass die Gruppen eben diese Kindergruppe, Frauengruppe und ein Verein der noch, glaube ich, aktiv ist, auch Kosten übernimmt. Letztendlich sind Sie damit konfrontiert, dass Sie ja anders auch irgendwie zu Einnahmen kommen. Dazu haben Sie ja 2012 eine Neukonzeptionierung vorgestellt. Wie hat das der Stadtrechnungshof aufgenommen? Gab es dazu Kritik oder Verbesserungsvorschläge? Könnten Sie uns darüber noch berichten, bitte.

Christoph **Reinprecht**: Na ja, es ist so - ich nehme an, Sie spielen darauf an -, dass in dem ersten Jahrzehnt der 2000er-Jahre das Amerlinghaus rein finanziell in eine ziemlich schwierige Situation geraten ist, auch Schulden gemacht hat, was problematisch war und ist. Das Haus hat seitdem versucht ... Das war der Moment, als ich dann auch in den Vorstand eingetreten bin. Wir haben gesagt, wir versuchen das Haus so zu organisieren, dass wir mit den geringen Spielräumen, die wir zur Verfügung haben, Möglichkeiten ausloten, erstens einmal trotzdem aktiv zu bleiben, hier vor Ort Einrichtungen tätig sein zu lassen, wie die Frauensprachkurse, die sozusagen eine relevante Bildungsarbeit leisten, und gleichzeitig Tätigkeiten entfalten, über die wir möglicherweise zusätzliche Subventionen oder Einnahmen generieren können.

Die Erfahrung ist, was Letzteres betrifft, dass es sehr schwierig ist, weil wir natürlich sehr enge Personalressourcen haben. Das heißt, die im Regelbetrieb tätigen Personen sind im Grunde genommen schlicht und einfach überarbeitet und nicht in der Lage, aus dem Regelbetrieb heraus auch noch zusätzliche projektbezogene Subventionsansuchen zu entwickeln.

Der einzige Bereich, wo das wirklich hervorragend funktioniert hat, ist der Bereich Aktiv im Alter, weil hier in diesem Bereich projektbezogenes Arbeiten von Anfang an auf der Tagesordnung stand. Diese Projekte sind aber jetzt, was die Zusatzfinanzierung, die Erweiterung, die Stabilisierung der Finanzen betrifft, relativ. Die sind symbolisch wichtig, die haben eine hohe Resonanz, die sind im Sozialministerium bepreist worden, wie auch immer, bringen aber kein Geld, das ist das Problem.

Das heißt, wir sind ein bisschen in diesem Dilemma, dass wir als nicht kommerzielle Einrichtung, die ganz bewusst auf eine sehr niederschwellige Bildungsarbeit setzt, in der Generierung zusätzlicher Gelder von den Möglichkeiten her einfach sehr, sehr eingeschränkt und

beschränkt sind. Das hat sozusagen diese Neukonzeption geprägt.

Nichtsdestotrotz ist es so, dass wir eisern drauf schauen, dass wir mit dem Geld, das da ist, auch durchkommen - so schwierig es ist, weil dadurch der Spagat immer größer wird. Die Nichtvalorisierung führt dazu, dass wir Jahr für Jahr immer engere Möglichkeiten vorfinden.

Das führt auch dazu, was ich vielleicht noch hinzuzufügen darf, dass der Versuch von den Gruppen im Haus, auch Entgeltleistungen generieren zu können, zunimmt. Das heißt, wir erhöhen den Druck, wenn ich so sagen darf, auf jene Gruppen, von denen wir annehmen, dass sie es sich leisten können, einen gewissen Beitrag zu zahlen. Das ist gar nicht so gering, das sind jetzt vielleicht pro Jahr ungefähr 7.000 EUR, die wir so hereinbekommen. Das ist natürlich jetzt nicht viel, aber das ist trotzdem auch nicht unerheblich, um diesen Spielraum, den wir brauchen, auch zu vergrößern oder zu stabilisieren, sagen wir es einmal so.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Jetzt ist auch erklärt, was wir zuerst so lange versucht haben, zu klären, warum auf der Homepage immer diese Bettelbriefe auftauchen und diese schlechte Finanzsituation vorliegt. Leider ist Kollege Kowarik nicht mehr hier, bitte richtet es ihm aus.

Frau Akcay ist wieder am Wort.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Es ist ja so, dass die MA 13, also der zuständige Fachbereich, entscheidet, ob Sie förderwürdig sind oder nicht. Es gibt ja dann auch Qualitätsgespräche, ein Fragebogen - haben wir vorher gehört - wird ausgefüllt. Da gibt es so eine Checkliste, und da stehen Sie als Verein mit der MA 13 beziehungsweise mit der Fachstelle ja auch regelmäßig in Kommunikation. Meine Frage dahingehend ist, ob Sie diese Zusammenarbeit gut finden, positiv finden, für Sie unterstützend ist.

Christoph **Reinprecht**: Ja, also ich sage es einmal so frei raus, im Großen und Ganzen Ja. Dass es zwischen dem Subventionsgeber und der Verwaltungsbehörde, die natürlich auch gemäß der administrativen Richtlinien sehr nach einer eigenen Logik arbeitet, die nicht zwingend die Logik ist, wie wir denken oder so ein Zentrum denkt, Unterschiede gibt, ist klar, und daher gibt es immer wieder Diskussionen. Aber ich würde sagen, es hat sich eine sehr auf gegenseitiger Wertschätzung basierende Kommunikation entwickelt. Die Rückfragen, die Qualitätsgespräche, die Diskussionen der Unterlagen verlaufen, wenn ich dabei bin, kann ich es nur so berichten, sehr fair und sehr freundschaftlich. Auch wenn es, wie gesagt, oft Diskussionen gibt, weil natürlich vieles in der Praxis der Vereine nicht eins zu eins logisch nachvollziehbar ist, wie es aus der Logik der Administration erscheint. Aber ich denke mir, da sind wir wahrscheinlich nicht der einzige Verein, dem es so geht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Akca, fertig? - Dann geht es weiter beim Herrn Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Guten Abend! Ich setze gleich bei dieser Frage fort, nämlich

Förderrichtlinien und Kommunikation mit der Stadt. Da wurde ja doch immer wieder von der Stadt bemängelt, dass zum Beispiel Taxibelege unvollständig waren oder Unterlagen zu spät eingereicht wurden. Gibt es da Reformen innerhalb des Vereins, um hier diese Prozesse zu verbessern?

Christoph **Reinprecht**: Ja, ich kann nur sagen, wir sind vom Vorstand her sehr dahinter, Kassier Kollegen Bettelheim und ich, dass diese Vollständigkeit gewährleistet ist. Es kann natürlich passieren, dass manchmal - es ist passiert, sagen wir so - Rechnungen nicht ganz eindeutig zuordenbar waren. Ich erinnere mich zum Beispiel an eine Taxirechnung. Es handelt sich also um solche Größenordnungen. Aber aktuell ist mir zum Beispiel kein Fall bekannt, in diesem Jahr beziehungsweise im letzten Jahr, dass es beanstandet wurde. Aber so etwas kann natürlich vorkommen und wird bereinigt. Wir sind sehr bemüht, dass es eben nicht passiert, dass wir ganz ordnungsgemäß und hier eben in der positiven Kommunikation mit dem Auftraggeber und der Behörde agieren. Das ist selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Halten Sie die Fördervergabe und die Förderrichtlinien der Stadt für praktikabel oder teilweise für überbürokratisch, für Sie als Verein unnötig bürokratisch? Wie sehen Sie da den Verwaltungsaufwand von Ihrer Seite?

Christoph **Reinprecht**: Ja, das ist eine gute Frage. Ich würde sagen, die Digitalisierung macht uns allen Kopfzerbrechen. Unsere Förderanträge passen nicht immer hundertprozentig in diese Logik hinein. Das heißt, es hat einen relativ hohen Aufwand bedurft, sich hier auch abzustimmen. Es hat aber gut funktioniert, auch mit der MA 13, das haben wir gewissermaßen gelernt. Ich würde sagen, es gibt Anforderungen seitens der Verwaltung, die als problematisch erlebt werden, vor allem in der Praxis. Stundenlisten führen, Frequenzlisten führen ist schwierig in einem Haus wie dem Amerlinghaus, das offen ist, wo Leute kommen und gehen, wo es ja nicht wie in einer Volkshochschule Kurse mit eingeschriebenen TeilnehmerInnen gibt. Das macht es ein bisschen schwierig, aber ich würde sagen, wir haben in den letzten Jahren eine sehr gute Kommunikation entwickelt, dass man diese Dinge auch, wie wir sagen, qualitativ bespricht. Wir klären das, wir versuchen diese Listen zu führen, auch wenn wir unglücklich damit sind, vor allem die MitarbeiterInnen. Da, würde ich sagen, gibt es sicher ein Unpraktikabilität, eine Schwierigkeit von Vereinen oder in unserem Fall von unserem Verein, mit dieser Anforderung umzugehen. Aber so ist es nun einmal.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Woran messen Sie, ob die Idee des Amerlinghauses auch richtig umgesetzt wird oder erfolgreich ist? Vor allem in der Fördervergabe ist ja immer stärker auch die Perspektive nach Effizienz, ob die Förderung das bewirkt, was sie bewirken sollte. Wie messen Sie das im Haus?

Christoph **Reinprecht**: Ja, eine gute Frage, noch dazu für mich als Soziologe, der ständig misst. Das Problem

ist, dass man diesen Erfolg natürlich nicht so einfach messen kann und die Effizienz nicht so einfach messen kann. Was wir beobachten, ist, und das könnte man quasi natürlich messen, dass der Bedarf an diesem Haus in den letzten Jahren kontinuierlich, wenn nicht sogar dramatisch gestiegen ist. Das heißt, die Zahl der Gruppen, die sich an das Haus wenden und um einen Raum bitten, um sich zu treffen, weil es keine anderen Räume gibt, wo sie sich treffen können, hat sehr, sehr zugenommen.

Zweitens hat der Betreuungsbedarf dieser Gruppen zugenommen, weil ein zunehmender Teil dieser Gruppen prekär ist. Das sind zum Beispiel Leute, die im Kontext der Fluchtbewegung 2015 nach Österreich gekommen sind, sich hier organisieren, zusammenfinden oder in selbstorganisierter Art und Weise Deutschkurse machen, und natürlich ganz andere Voraussetzungen mitbringen, als Leute, die schon ewig hier leben und sich auskennen. Das heißt, der Betreuungsbedarf, wenn ich es so nennen darf, und die Quantität, die Zahl der Anfragen hat zugenommen. Das Haus ist sehr ausgelastet, das heißt, es gibt eine permanente Belegung der Räume.

Das sind, wie wir das nennen würden, qualitative Hinweise. Wie gesagt, die echte quantitative Messung und die Effizienzmessung sind natürlich schwierig. Ich kann das nachvollziehen, dass man das von außen möchte, aber es ist schwierig zu leisten, weil das Haus einfach einer anderen Logik entspricht. Aber ich kann das nur so schildern. Die Nachfrage ist enorm und hat wirklich dramatisch zugenommen. Es gibt einfach immer weniger Möglichkeiten, ohne etwas zahlen zu müssen, sich zusammenzutreffen und die gemeinsamen Interessen zu artikulieren.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Professor, vielen Dank. Auch vielen Dank für die Mikrofondisziplin, die dann belohnt werden wird. - Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): In dem Subventionsantrag schreiben Sie immer wieder von Modernisierung, Umstrukturierung, Sprache. Die Frage der Umstrukturierung beschäftigt das Amerlinghaus ja überhaupt schon seit Jahren, eigentlich ein Jahrzehnt. Können Sie uns da ein bisschen erläutern, was die aktuellen Ideen der Umstrukturierung sind, oder ist diese Phase jetzt einmal abgeschlossen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht.

Christoph **Reinprecht**: Nein, ich würde sagen, die Ideen sind sehr konstant, aber es gibt natürlich Schwerpunkte. Zum Beispiel ein Schwerpunkt, Sie haben es selbst angesprochen, ist das Thema Sprache, Mehrsprachigkeit, Interlingualität, das heißt zusammen Bilingualität. Das ist einfach ein Thema, das hier konstant und aktiv bearbeitet wird, über die Sprachkurse hinaus. Es gibt den Verein Exil, der sehr zentral ist, das heißt, die Frage, Exil, Migration, Roma, Rassismus, das sind Themen, die ganz, ganz zentral sind. Hier wird auch echte Bildungsarbeit gemacht. Es gibt Schulworkshops zur Roma-Frage, zur Frage der Minderheit, zur Frage der Migration, des Exils, einen Literaturwettbewerb und so weiter. Ich würde sagen, es sind vier Bereiche.

Der dritte große Bereich ist der öffentliche Raum. Daraus ist ja das Amerlinghaus entstanden, wenn man so will, im Konflikt um die Rededefinition des öffentlichen Raums. Und das bleibt ein Thema: Wohnen, Nutzung des öffentlichen Raums, Zugänglichkeit, wie gesagt, Aufwertung, Ökonomisierung der Stadt, also die Frage der goldenen Quartiere, wenn man so möchte.

Und der vierte Bereich ist das, was man Care nennt, also die Zuwendung und die Aufmerksamkeit, auch die Frage des Intergenerationellen, Generationsübergreifenden. Daher auch der Schwerpunkt mit der Altenarbeiten, die ja nicht nur eine Arbeit mit Älteren ist, sondern generationsübergreifend.

Ich würde sagen, das sind die vier großen Bereiche, die sich natürlich immer ein bisschen verschieben, das ist klar, wo das Haus als Haus versucht, tätig zu sein. Die Vereine sind viel vielfältiger, weil hier natürlich jetzt nicht nach diesen Kriterien eingeteilt wird, dürfen die ins Haus oder nicht, sondern nach der Dringlichkeit oder nach dem Bedarf.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Zusatzfrage, Herr Wiederkehr? - Nein. Passt, dann geht es weiter bei der ÖVP. Frau Olischar, bitte.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Mich würde interessieren, da Sie jetzt schon mehrfach die verschiedenen Gruppen angesprochen haben, die auch im Zuge der Tätigkeit in Vereinen im Amerlinghaus dabei sind: Gibt es da fixe Gruppen, so wie ich es verstanden habe, beziehungsweise ab wann ist denn eine Gruppe fix? Was definiert eine Gruppe als fix, beziehungsweise wie ist auch die Durchlässigkeit bei neuen Gruppen? Also, können sich da andere Gruppen auch bewerben, und wie schaut da eben die Durchlässigkeit diesbezüglich aus?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht.

Christoph **Reinprecht**: Es ist so, ein guter Punkt. Im Prinzip sind die Gruppen permanent hier, wenn sie sich einigermaßen regelmäßig treffen. Es gibt sozusagen keine fixe Ordnung, wo man sagt, du musst dich einmal in der Woche treffen, damit du eine fixe Gruppe hast, sondern es wird vereinbart, dass diese Gruppe an einem bestimmten Tag in bestimmten Abständen im Haus ist. Und wenn sie das über längere Zeiträume tun, was sie meistens machen, dann sind sie eine Gruppe im Haus. Dann versuchen wir auch, vom Haus aus auf die Gruppen zuzugehen und eine Beziehung aufzubauen. Das heißt, es ist nicht so - das ist mir wichtig, es zu betonen -, dass wir quasi nur ein Ort sind, wo sich Gruppen einmieten, quasi über ein Einmietsystem, sondern wir versuchen die Beziehung mit den Gruppen aufzubauen. Das heißt, das führt bis zur Frage: Können sich die Gruppen einen Beitrag für das Haus leisten? Das müssen wir herausfinden, das diskutieren wir mit den Gruppen, selbstverständlich aber auch bis hin zur Frage, gibt es einen Bedarf, der über die Nutzung des Raumes selbst hinausgeht. Wollen die eine Veranstaltung machen, ein Meeting, einen Workshop, was auch immer?

Ich würde sagen, da gibt es Gruppen, die einfach schon lange da sind und sozusagen permanent werden,

und andere Gruppen, die halt flüchtiger sind. Dadurch gibt es auch eine gewisse Durchlässigkeit. Ich kann jetzt die Anteile nicht sagen, wie hoch der Anteil der Gruppen ist, die fluktuieren, aber die gibt es natürlich.

Es gibt Gruppen, die machen Tanztheater für beeinträchtigte Personen oder Gehörlose. Die kommen vielleicht ein halbes Jahr und finden dann einen anderen Ort, der adäquater ist, weil der Boden bei uns nicht mehr so gut geeignet ist und so weiter. Darum kann ich das nur schildern.

Aber es ist im Prinzip so, dass die Gruppen ans Haus herantreten, also an die MitarbeiterInnen - wir nennen das die Info -, an die Info herantreten und dort ihren Bedarf artikulieren. Die Info schaut: Gibt es überhaupt Raum, Zeitslots dafür? Kann man sich da einigen? Wenn ja, nützt die Gruppe den Termin, und dann verstetigt sich das oder nicht. Das Verstetigen hat eben auch mit der Beziehung zu tun, die von der Info zu den Kunden aufgebaut wird.

Also, wie gesagt, es ist mir wichtig, das ist kein reines Einmietsystem. Die Gruppen sind ein Teil des Hauses. Wir wünschen uns auch, was natürlich offen gesagt auch nicht immer einfach ist, dass sich die Gruppen aktiv in das Leben des Hauses einbringen, das heißt, nicht nur jetzt vielleicht einen Beitrag leisten, sondern auch zur Generalversammlung kommen. Es gibt Hausversammlungen, wo auch diskutiert wird, wo Veranstaltungen diskutiert werden. Das wünschen wir uns. Das wird unterschiedlich stark in Anspruch genommen, das ist nachvollziehbar. Die Gruppen beruhen auf ehrenamtlichen Tätigkeiten und so weiter. Aber so ist das Leben im Haus.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Ich würde gerne auch kurz auf die Qualitätsgespräche, von denen wir auch schon gehört haben, zu sprechen kommen. Waren Sie selbst bei den Qualitätsgesprächen mit der Stadt Wien dabei?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht.

Christoph **Reinprecht**: Ja, überwiegend. Ich würde sagen, nicht bei allen und nicht immer die ganze Zeit, aber im Großen und Ganzen ja.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Zusatzfrage Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Was wurde dort konkret besprochen? Können Sie ein paar inhaltliche Eckpunkte angeben, beziehungsweise gab es auch Punkte, die sich in den einzelnen Jahren wiederholt dargestellt haben und auch im Zuge dieser Gespräche angesprochen wurden?

Christoph **Reinprecht**: Ja, also im Prinzip läuft das so ab, dass im Zentrum die Subventionsgebarung und die Verwendung der Subventionsmittel stehen. Das ist überhaupt keine Frage. Aber es gibt in dem Zusammenhang Fragen, die laufend diskutiert werden. Eine Frage ist die Beziehung zum Eigentümer, zur GESIBA, weil hier zum Beispiel die relativ großen Rücklagen thematisiert werden, die die GESIBA über die Sanierungsrücklage angesammelt hat, und wir, das Haus, in einer Situation sind, wo die Heizung kracht, die Toilett- und Sanitäranlagen

nicht mehr funktionstüchtig sind oder nur mehr mit Not funktionstüchtig erhalten werden, oder die Böden kaputt sind. Wir versuchen mittlerweile seit Jahren, auch im direkten Gespräch mit dem Generaldirektor der GESIBA hier Lösungen zu finden, dass sich die GESIBA hier auch engagiert. Das ist zum Beispiel ein Thema, das seit vielen Jahren immer wieder vorkommt, und wo auch aus den Qualitätsgesprächen - das vielleicht noch einmal anschließend zur Frage der Kooperation mit der MA 13 - gemeinsam abgestimmte Vorgangsweisen resultieren. Das heißt, wo auch die MA 13 ihrerseits versucht, mit der GESIBA Kontakt aufzunehmen, wo wir nicht das Gefühl haben, wir werden dabei jetzt ganz allein gelassen. Das ist ein Thema, das immer wieder aufs Tapet kommt und selbstverständlich auch die Frage der Subventionshöhe und Ähnliches mehr.

Vielleicht noch ein zweiter wichtiger Punkt, der hier diskutiert wird: Sie wissen ja, im Haus gibt es auch das Bezirksmuseum, vor allem aber des Amerlingbeisl. Und die Beziehung zwischen dem Haus und dem Amerlingbeisl, also zwischen dem Kulturzentrum und dem Amerlingbeisl, ist eine Beziehung, die eine lange Geschichte hat, die aber nicht ganz friktionsfrei ist, und zwar betrifft das die Nutzung des Hofes. Die Hofnutzung beruht auf einem Vertrag, auf einer vertraglichen Vereinbarung, die, wie auch immer, vor langer Zeit geschlossen wurde, die aber nicht unbedingt nur zum Vorteil des Kulturzentrums ist, weil das Beisl natürlich im hohen Maße über die Nutzung des Hofes auch einen Gewinn erzielen kann, oder sagen wir einmal Umsatz erzielen kann, der sie überlebensfähig macht. Denken wir jetzt an die Adventszeit und das Punschtrinken, da kann man eigentlich im Haus nichts mehr anderes machen, weil hier auch mit der Überdachung des Hofes ein derartiger Lärm erzeugt wird und das Haus quasi sehr, sehr voll ist. Hier diskutieren wir seit Langem mit dem Beisl über den Anteil, den uns das Beisl quasi als Kompensation zahlt, beziehungsweise über die Bestuhlung des Hofes, über die Zugänglichkeit oder und solche Dinge.

Das, würde ich sagen, sind die zwei großen Themen, die sich seit Jahren durch diese Qualitätsgespräche ziehen. Neben der ordnungsgemäßen Verwendung der Mittel wird jedes Mal eine Prüfung der Handkassa vorgenommen. In dem Zusammenhang sind auch die vorhin angesprochenen vielleicht Ungenauigkeiten in dem einen oder anderen Fall von Belegablagen identifiziert worden. Aber das, würde ich sagen, sind die Abläufe.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Zweite Zusatzfrage, Frau Olischar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Ihre letzte Antwort, glaube ich, hat mir jetzt meine Zusatzfrage vorweggenommen, aber ich frage vorsichtshalber noch einmal nach: Die beiden großen Punkte, die Sie jetzt angesprochen haben, die Hofsituation aber auch die Gebäudesituation, interpretiere ich jetzt so, dass das Punkte waren, die Sie aktiv in das Gespräch eingebracht haben. Gab es auch Punkte, die die MA 13 immer aktiv ins Gespräch eingebracht hat, oder ist das eh dadurch

abgedeckt? Sie haben jetzt gesagt, Handkassaprüfung et cetera wäre jetzt so ...

Christoph **Reinprecht**: Die MA 13 hat die formalen Aspekte eingebracht, aber nicht so sehr inhaltliche Aspekte. Es ging also seitens der MA 13 bei den Nachfragen weniger um die Frage, was macht ihr da eigentlich, oder was tut das aktive Zentrum und so weiter, sondern mehr die formalen Aspekte der Handkassaführung, der Abrechnung und Ähnliches mehr. Die inhaltlichen Fragen oder die Fragen, die sich auf den Zustand des Hauses beziehen, auf Renovierungsarbeiten, auf die Probleme, die sich mit der Heizungsanlage ergeben haben, die Beziehung zur GESIBA, Hof und so weiter haben wesentlich wir eingebracht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Alles klar? - Entschuldigung, die fortgerückte Stunde ist schon ein bisschen an der Konzentration nagend, aber Herr Margulies ist voller Tatendrang und sofort am Wort.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Kein Problem, ich werde es nicht künstlich verlängern. Zwei Fragen habe ich noch, eine zum Nutzungsdruck, der von Ihnen angesprochen wurde. Ist tatsächlich momentan die Situation schon so, dass auch immer mehr Gruppen abgelehnt werden müssen und keinen Platz finden? Oder geht es sich gerade noch aus, beziehungsweise wie erfolgt dann eigentlich die Entscheidung darüber, wer nutzen kann und wer nicht nutzen kann?

Christoph **Reinprecht**: Das ist eine schwierige Frage. Also ich würde sagen, der Nutzungsdruck nimmt zu, und zwar so, dass Gruppen abgelehnt werden müssen. Nach welchen Kriterien die Gruppen abgelehnt werden, ist etwas, was wir schon auch im Vorstand diskutieren, was im Wesentlichen aber Tagesgeschäft der MitarbeiterInnen ist, die ja auch über die entsprechende Kompetenz verfügen. Wenn es auch zu, ich würde einmal sagen, vielleicht auch inneren Konflikten oder zu Widersprüchen führt, wird das im Vorstand diskutiert.

Das hauptsächliche Kriterium für die Aufnahme einer Gruppe ist die Bedürftigkeit der Gruppe. Das heißt, die Gruppen, die, sei es aus materiellen, ökonomischen Gründen oder aus Gründen der Marginalität, sonst keinen Ort finden, also Gruppen, die eben aufgrund der migrantischen Herkunft, ihrer Minderheitenherkunft, ihres Asylstatus oder auch noch nicht Asylstatus, ihrer Einkommenschwäche diesen Bedarf haben, werden bevorzugt. Aber es ist in den letzten Monaten immer wieder vorgekommen, dass auch diese Gruppen nicht einen Ort fanden. Das ist ein Dilemma, mit dem sich das Haus konfrontiert sieht, weil der Bedarf insgesamt zunimmt und weil sich auch das Haus hier nicht in der Situation sieht, alle Gruppen aufnehmen zu können.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Margulies, zweite Frage.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Meine letzte Frage geht jetzt noch einmal zu den formalen Geschichten zurück. Drohte dem Verein Ihres Wissens irgendwann einmal die Gefahr der gänzlichen oder teilweisen Förderrückzahlung wegen Nichterfüllung der Förderrückzahlungsbedingungen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Reinprecht.

Christoph **Reinprecht**: Also, bevor es so weit kommt, würden wir sozusagen schreien. Ich habe mir das nämlich im Vorfeld ausgehoben, damit Sie sehen, wie wir schreien. Ich habe im Jahr 2010, damals als ganz frisch gewählter Obmann, dem Herrn Bürgermeister, damals Häupl, einen Brief geschrieben, in dem ich ihm die Dramatik geschildert habe. Die Dramatik der Situation, die wir heute ein bisschen besser im Griff haben, weil wir eben vorsichtiger und bewusster mit der Situation umgehen, bestand darin, dass die Kluft zwischen den Mitteln, die uns zur Verfügung gestellt wurden, und den Aufwendungen einfach zu groß geworden ist, und daher einfach die Falle, in die wir damals getreten sind, nämlich einer Überschuldung, die ja dann auf den Vorstand zurückfällt, augenscheinlich wurde. Ich kann garantieren, jede Situation - wir diskutieren das ja immer wieder im Haus -, wo das nur annähernd droht, würde dazu führen, dass wir das auch sofort auf politischer Ebene kommunizieren. Ich bin auch mit Stadtrat Czernohorszky, der ja für das Haus zuständig ist, hier diesbezüglich immer wieder in Kontakt, weil es mir wichtig ist, dass er auch weiß, wie sich das Haus auch ökonomisch, das heißt budgetmäßig, darstellt. Und wenn wir in einer Situation sind - das wäre ja die Nichterfüllung der Förderrichtlinien, ich sehe das als die einzige -, dass uns droht, dass wir gewissermaßen eben nicht in der Lage sind, einen Betrieb zu führen und ihn trotzdem weiterzuführen, dann würden wir das, wenn wir sehen, dass es passieren könnte, vorweg auf dieser Ebene kommunizieren.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Nachfrage, Herr Margulies? - Dann gehen wir zur Freiheitlichen Partei Österreichs. Frau Matiassek hat sich gemeldet.

GRin Veronika **Matiassek** (FPÖ): Ich komme noch einmal zu dieser Qualitätskontrolle zurück. Es ist jetzt sehr, sehr fokussiert worden, dass es um das Gebäude, um den Zustand des Gebäudes, um die Gebarung geht. Aber es ist ja natürlich so, dass Sie ja nur das Dach für die vielen Vereine, Organisationen, Aktivitäten bilden, die unter diesem Dach stattfinden. Inwiefern findet dieser Inhalt, der in Ihrem Haus stattfindet, auch Eingang in die Gespräche zur Qualitätskontrolle?

Christoph **Reinprecht**: Ja, der Inhalt findet Eingang, indem wir einen kurzen Bericht machen, was im Haus geschieht. Wir haben ja jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht des Hauses aber auch des aktiven Zentrums, und dieser Tätigkeitsbericht wird vorgestellt. Es wird sozusagen diese Broschüre, der Tätigkeitsbericht überreicht, wird erklärt und dann wird vielleicht über das eine oder andere diskutiert.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Bitte, Frau Matiassek.

GRin Veronika **Matiassek** (FPÖ): Sie sagen, es wird darüber diskutiert. Inwiefern gab es da auch schon mit den zuständigen Mitarbeitern der Magistratsabteilung und für die Subventionierung verantwortlichen Mitarbeitern heftigere Diskussionen? Ist Ihnen da auch seitens der MA 13 schon einmal gesagt worden, so nicht, oder eine

ablehnende Haltung gegenüber Gruppen oder Projekten? Ist Ihnen da schon etwas so gesagt worden?

Christoph **Reinprecht**: Nein, also, mir ist es nicht erinnerlich. Solange ich bei diesen Qualitätsgesprächen dabei war, gab es keine Diskussionen dieser Art, wo die MA 13 als Fördergeber sich hier den Aktivitäten gegenüber ablehnend gezeigt hätte.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Zusatzfrage, Frau Matiassek?

GRin Veronika **Matiassek** (FPÖ): Zusatzfrage, ja. Wie suchen Sie selbst Ihre Vereine und Organisationen aus? Sie haben einen Punkt angesprochen, das ist die Bedürftigkeit. Aber das allein wird es ja nicht sein, sondern ich nehme an, auch Ihnen wird wichtig sein, dass Vereine, Organisationen und so weiter in Ihr Konzept passen. Haben Sie da auch schon Vereine oder Organisationen abgelehnt, in Ihr Haus zu kommen, die vielleicht sogar bedürftig wären? Wie müssen die aber entsprechen?

Christoph **Reinprecht**: Ja, es gibt sicher so etwas wie eine Linie des Hauses. Das Haus begreift sich als niederschwelliges Haus, also auch ein Haus der Diversität, auch ein Haus des Antirassismus, ein Haus, wo bestimmte Diskurse keinen Ort haben. Das heißt, wenn jetzt eine Gruppe käme und hier versuchen würde, wie auch immer ausgrenzende Strategien oder Veranstaltungen zu setzen, dann würden wir das ablehnen. Das ist aber, kann ich dazu sagen, noch nie passiert.

Wie angesprochen, es gab im Falle BDS Konflikte, die hier auch intern diskutiert wurden, weil hier die politische Ausrichtung auch im Haus umstritten war, aber sonst kann ich mich nicht erinnern, dass Vereine oder Gruppen an das Haus herangetreten sind, die mit der Linie des Hauses nicht übereingestimmt haben. Die Linie ist eine auf Diversität, auf Niederschwelligkeit, auf marginale Positionen, um Minderheitenpositionen einen Raum zu geben.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Frau Matiassek.

GRin Veronika **Matiassek** (FPÖ): Sie haben angesprochen, dass Sie aktuell und zukünftig auch mehr darauf schauen wollen, dass die Organisationen und Vereine nach Möglichkeit einen finanziellen Beitrag leisten. Auf der anderen Seite sagen Sie natürlich, es handelt sich schwerpunktmäßig vor allem um die, die neu dazukommen und prekäre Gruppen. Ist es für Sie ein Kriterium bei einem Einstandsgespräch oder beim Ansuchen, unter dieses Dach zu kommen - denn dann ist das natürlich auch wesentlich leichter -, ob es sich um einen Verein oder eine Organisation handelt, die aus der öffentlichen Hand Subventionen bekommt?

Christoph **Reinprecht**: Es ist kein Kriterium, das sage ich ganz klar, es ist ausschließlich das Kriterium, dass diese Gruppe Bildungsarbeit oder Kulturarbeit machen möchte, für die sie sonst keinen Raum findet und die in Übereinstimmung mit den antirassistischen oder diversitätsorientierten Konzepten des Hauses ist. Aber es ist richtig, dass in bestimmten Kontexten, wie insbesondere im Zusammenhang mit 2015 und 2016, wir auch gesagt haben, das Haus ist auch ein Ort für die niederschwellige Spracharbeit. Daher hat der Verein für Frauenintegration,

der von der MA 17 subventioniert wird, auch im Haus einen Tätigkeitsraum gefunden. Aber es war kein Kriterium. Es war nicht die Förderung das Kriterium, sondern das Kriterium war, dass wir gesagt haben, die Art der Tätigkeit, dass hier Frauen Frauen unterrichten, das niederschwellig machen und auf kein anderes Merkmal geachtet wird, als dass es Frauen sind, die die deutsche Sprache in einem gesicherten Zusammenhang lernen wollen. Dass es eine Subventionierung gibt, die auch ermöglicht, dass dieser Verein auch einen Beitrag zum Haus für die Raumnutzung leistet, ist erfreulich, wenn man so will, weil es schön ist, dass die Stadt Wien dies finanziert, aber es war kein Kriterium.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich habe mich zuerst erzählt. Frau Matiasek, Sie haben noch eine Zusatzfrage frei.

GRin Veronika **Matiasek** (FPÖ): Dann frage ich gleich dazu: Informieren Sie sich aber, ob der Bewerber oder die Bewerberin Subventionsempfänger - egal, ob Bund, Bezirk oder Land - ist?

Christoph **Reinprecht**: Gute Frage. Das tun wir nicht systematisch, sage ich ganz ehrlich, weil wir davon ausgehen, dass die Vereine uns gegenüber offen entgegen treten und auch sagen, wie es ist. Wenn wir fragen, kriegt ihr eine Subvention, und die enthalten uns die Information vor, und wir kommen drauf, dann passiert das, was ich vorhin geschildert habe sozusagen in die andere Richtung, es entsteht nämlich ein Misstrauen in einer Vertrauensbeziehung. Das heißt, die Beziehungsarbeit, die uns wichtig ist, wäre durch Misstrauen geprägt und würde letztlich dazu führen, dass wir diesem Verein eigentlich nahelegen, dass er das Haus verlässt. Ganz ehrlich gesagt. Aber wir verstehen uns nicht als eine prüfende Behörde, das würde unsere Möglichkeiten übersteigen, dass wir sozusagen hinter den Vereinen recherchieren. Was wir tun, ist, selbstverständlich die Vereine darauf ansprechen, das ist ganz klar.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Danke, Herr Professor. Jetzt haben Sie sich schon warm geredet. Auch die Antworten werden deutlich länger als zu Anfang der Einvernahme, das schätze ich ja sehr. Es geht weiter bei der sozialdemokratischen Fraktion, und Frau Akcay ist am Wort.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Ich hätte eine Frage, und zwar haben Sie ja eine Art Koordinierung der Gruppenutzung übernommen. Ich hätte gerne gewusst, wie das in der Praxis ausschaut, weil ja doch mehrere Gruppen mitspielen oder diese Räumlichkeiten nutzen. Gibt es da einen riesigen Kalender, oder wie läuft das ab? Läuft das über Sie?

Christoph **Reinprecht**: Es läuft über die MitarbeiterInnen in der Info, die machen diese Koordination. Das heißt, die haben in der Tat einen riesigen Kalender. Der wird gefüllt, und es gibt eben in regelmäßigen Abständen nicht nur in bilateraler Form ein Treffen, zu dem es ja ohnedies kommt, wenn die Gruppen ins Haus kommen und den Schlüssel für die Räume holen, sondern eben ein Treffen aller im Haus tätigen Gruppen, wo klarerweise nicht immer alle teilnehmen, wo eben diese Beziehung

und der Austausch unter den Gruppen gepflegt wird. Aber im Prinzip funktioniert es ganz traditionell über einen Papierkalender.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das ist nicht das Schlechteste, wenn der Strom beim Outlook ausfällt. (*Heiterkeit.*) Frau Akcay, haben Sie weitere Fragen?

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Nein, der Kollege.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kollege Holzmann, bitte.

GR Ernst **Holzmann** (SPÖ): Ich möchte noch einmal ganz kurz auf die Fördersumme zurückkommen. Wir haben ja gehört, dass, ich glaube, grob 95 Prozent bereits für die Fixkosten verplant sind und der Spielraum für kulturelle Aktivitäten ein sehr kleiner ist. Jetzt ist die Lage natürlich insofern dann auch ein Problem, denn, wie Sie angesprochen haben, wenn die Heizung oder sonstige Instandsetzungsarbeiten anfallen, hat man schon ein Problem. Deshalb meine Frage: Haben Sie eine Idee, welche Möglichkeiten an sonstigen Einnahmen es hier vielleicht noch geben könnte?

Christoph **Reinprecht**: Wir haben in unserem Budgetvoranschlag immer - und ich muss auch gestehen, dass wir den immer etwas zu optimistisch ansetzen - den Beitrag des Nutzungsentgeltes kalkuliert, das heißt der Gruppen, sei es auch des Beisls. Was wir gemacht haben - das habe ich schon vorher angesprochen -, ist, dass wir versucht haben, gezielt Projekte auf die Beine zu stellen, die gefördert werden. Das hat insbesondere im Bereich Aktiv im Alter stattgefunden, weil hier die Fördermöglichkeiten relativ gut waren, vor allem auf Bundesebene. Das Sozialministerium hat in den letzten Jahren im Bereich der Altersarbeit, intergenerationellen Arbeit sehr viel gefördert. Aber, wie ich schon angesprochen habe, ist das sehr schwierig, weil die MitarbeiterInnen schlicht und einfach überlastet sind, das nebenbei zu machen - und wir auch. Jene, die das ohnehin nebenbei machen, schaffen das dann auch nicht. Das heißt, hier sind wir begrenzt, aber das war eine Strategie, die wir versucht haben.

Was wir noch versucht haben, ist, dass wir uns selbst verpflichten, das heißt, wir selber zahlen etwas höhere Mitgliedsbeiträge, das heißt, wir zahlen auch noch dafür, dass wir in diesem Verein tätig sind. Sonst gibt es ein bisschen einen Versuch, auch Solidarbeiträge zu mobilisieren. Aber da wir nur eine Initiative in der Stadt sind, die in einer prekären Situation ist - Sie kennen sicher die Tätigkeit der IG Kultur, die viele Vereine unter sich hat, die alle irgendwie um das Überleben strampeln -, ist auch da der Kreis jener, die sagen, dem Amerlinghaus zahle ich jetzt noch zusätzlich irgendetwas, beschränkt. Da sind wir in den Möglichkeiten relativ begrenzt. Wir haben also noch nicht den Stein des Weisen gefunden und Lotto spielen dürfen wir irgendwie mit dem Eingebrauchten auch nicht. Das wäre wahrscheinlich ... Ja, privat schon.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Holzmann ist am Wort.

GR Ernst **Holzmann** (SPÖ): Noch eine dazu passende Frage. Die Personalsituation, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist ziemlich angespannt. Jetzt wäre es

auf der einen Seite, was die Finanzierung generell betrifft, ein mögliches Ziel, hier Kosten einzusparen. Auf der anderen Seite haben Sie auch erwähnt, dass der Betreuungsbedarf gestiegen ist, die Nutzung an sich auch eher im Steigen ist. Das ist irgendwie eine Situation, wo ich jetzt auch nicht die Lösung habe. Das wäre schön, ich glaube, dann wäre allen geholfen. Meine konkrete Frage: Wie konkret hat sich in den letzten Jahren hier die Situation der Personalkosten dargestellt? Sind die extrem angestiegen, oder wie sieht es hier aus?

Christoph **Reinprecht**: Was wir machen, ist, wir valorisieren jährlich nach dem Modell, glaube ich, der Gemeindebediensteten die Löhne, das heißt, die steigen entsprechend auch um die 2, 2,5 Prozent. Was wir aber gemacht haben - das war ein Teil dieser Strukturreform, das habe ich vorher unterlassen, zu erwähnen, die wir dann angegangen sind -, ist, das Stundenausmaß der MitarbeiterInnen zu reduzieren. Das heißt, obwohl die MitarbeiterInnen heute an sich mehr zu tun haben als vor vielen Jahren, sind wir von den ursprünglich, glaube ich, 35 Stunden - genau weiß ich es nicht mehr - auf derzeit 28 oder sogar 24,5 Stunden hinuntergegangen.

Das heißt, wir haben derzeit MitarbeiterInnen mit 24,5 Stunden von ursprünglich 30 oder 32. Wie gesagt, das weiß ich nicht mehr genau. Das war die eine Maßnahme, die sehr schwierig war durchzusetzen. Sie können sich vorstellen der Vorstand, wo auch die MitarbeiterInnen natürlich Teil sind davon. Eine Maßnahme.

Die zweite Maßnahme ist die mit der Pensionierung der Raumpflegerin, die haben wir hier umgeschichtet. Das heißt, wir haben hier eine neue Raumpflegerin, die früher sehr, sehr gut eingestuft war. Die haben wir etwas niedriger eingestuft, auch weniger Stunden, und haben dafür einen technischen, sozusagen eine Haustechnik, wo wir uns aber in Summe trotzdem ungefähr fünf Stunden einsparen. Das heißt, wir haben in den letzten Jahren einiges gemacht und es gibt auch jetzt aktuell eine ganz wichtige Personalstrukturänderung insofern, als die Mitarbeiterin im Bereich der alten Arbeit in Pension gegangen ist oder mit 1. Jänner und wir deshalb hier sozusagen eine Neuausrichtung machen, auch der Personalkosten. Das heißt, wir versuchen - was wir gemacht haben, um das zu kommunizieren und das verständlich zu machen: Es war lange so, dass es ein bisschen so war, da gab es die vier Mitarbeiterinnen und die wurden fortgeschrieben, mit der Tatsache, dass jetzt auch in vier Jahren die nächste Kollegin in Pension geht. Der jetzigen... haben wir gesagt, wir machen das nicht mehr namentlich, sondern wir haben ein Stundenvolumen, das wir finanzieren können. Wir diskutieren intern die neue Verteilung dieses Stundenvolumens, das wir sozusagen im Rahmen der Budgetierung überhaupt erheben können. Also soweit sind hier doch deutliche Maßnahmen geschehen, um sozusagen hier das Haus überlebensfähig zu halten trotz der sehr angespannten finanziellen Rahmenbedingungen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Eine Zusatzfrage für den Herrn Abg. Stürzenbecher.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Professor, ich bin durchaus beeindruckt von der

Professionalität, mit der die Vereinsführung diese wichtige Arbeit macht. Deshalb meine Frage: Es ist ja so, wie Sie ausgeführt haben, dass eher Personengruppen vom Rand der Gesellschaft, wenn man das soziologisch ausdrücken will, oder prekäre Gruppen das Klientel bei Ihnen bilden, und so doch, so habe ich es verstanden, dazu gebracht werden, dass Sie in die Gesellschaft integriert werden und quasi Richtung Mitte der Gesellschaft gebracht werden, beziehungsweise dass alles eine friedensstiftende Funktion hat. Kann man sagen, dass das Geld, die 260 000, die die Stadt da einsetzt, insgesamt sehr gut für das Zusammenleben in der Stadt eingesetzt ist?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Also das ist unsere Mission. Die Mission ist, dass wir versuchen, dass jene Personen, die hier im Rande der Gesellschaft sind, ermächtigt werden, selber das zu tun, damit sie mit eigenen Mitteln sozusagen diese Teilhabe an der Gesellschaft sich ermöglichen und das Haus ist eine Struktur, die hier unterstützend eingreift. Das heißt, nicht wir führen diese Menschen in die Gesellschaft, sondern diese werden, wie man das so schön nennt, empowerment, also selbstermächtigt das zu tun. Und das Haus ist dafür eine not... Also einen Raum zu haben, um sich zusammenzufinden, ist eine notwendige Voraussetzung. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo Gruppen eben erst einmal diesen Raum gebraucht haben, um diese Teilhabe sozusagen leisten zu können, eben nicht allein als Einzelperson, sondern in Interessenskoalitionen, wie immer die aussehen. Ich würde sagen, diese Aufgabe, diese Funktion des Hauses ist zentral und sie ist auch dort zentral, wo es darum geht, dass man die am Rande nicht verliert. Es gibt bei der gesellschaftlichen Entwicklung einfach die Gefahr, dass Gruppen quasi auch verloren gehen. Die Funktion unseres Hauses, so wie ich sie verstehe, ist, dass das eben nicht geschieht. Das hat, um Ihre Worte zu gebrauchen, auch eine friedensstiftende, oder man könnte sagen pazifizierende Funktion. Das heißt, das Haus wird zwar außen als konflikthaft wahrgenommen. Also da sitzen sozusagen die, die rebellisch sind oder die was wollen, und die sagen, wir müssen was ändern, aber gleichzeitig hat natürlich die Bildungsarbeit genau diese Funktion. Das war von Anfang an letztlich ja die Idee auch der Selbstverwaltung, dass die Leute, die das Haus bespielen, in der Lage sind, das zu tun, und dass das Gemeinwesen, die Stadt, die Struktur gibt und sagt, wir schaffen einen Raum und unterstützen diese Art der Selbstermächtigung. Und das ist bis heute eigentlich die Kernfunktion, würde ich sagen, des Hauses.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Stürzenbecher, Ergänzungsfrage.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Das heißt also, anscheinend funktioniert hier dieses Zusammenwirken von scheinbar zwei verschiedenen Welten: Hier die Stadt mit ihren Gesetzen, Verordnungen, Strukturen, die natürlich und sinnvoller Weise eingehalten werden müssen, und dort sozusagen diese oft nicht einfache Klientel, die ihre Kreativität einbringt. Aber im Dialog findet man zu-

sammen und schafft es, diese Welten zusammenzuführen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Ja also ich meine, ich finde, Sie haben das sehr, sehr gut formuliert. Die Aufgabe ist eben das, was im Haus geschieht, sind Prozesse, die letztlich dazu führen, dass die Menschen, die sich da zusammenschließen, aktiv Teil dieser Gesellschaft sein können und nicht sozusagen vor den Toren irgendwelcher anderer Gebäude stehen und sagen: Ich will da rein, oder ich brauch' was. Sondern dort können sie sich sozusagen zusammenschließen und können ihre Bedürfnisse, ihre Interessen artikulieren, ausformulieren, Programme, Maßnahmen, Veranstaltungen machen, und werden auf diese Weise Teil der Gesellschaft. Das ist der Punkt Und ich denk' mir, so gesehen ist das Haus ein Erfolgsmodell. Es gab vor ein paar Jahren eine Ausstellung im Wien Museum mit dem Titel "Besetzt" und ich durfte damals einen Artikel schreiben. Ich habe den betitelt "Das Amerlinghaus darf keine Tiefgarage werden". Und das ist genau der Punkt, weil natürlich ist die städtebauliche Maßnahme zu sagen, für Autos brauchen wir Platz, aber wofür wir natürlich auch Platz brauchen ist für jene Menschen, die am Rande sind und die Gefahr laufen, auch sozusagen diesen Kontakt, die Beziehung zur Gesellschaft zu verlieren, oder die diesen Ort brauchen, damit sie überhaupt Teil der Gesellschaft werden können. Ich finde, das Amerlinghaus leistet diesbezüglich eine tolle Arbeit.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Stürzenbecher, dieses spannende Privatissimum in Soziologie würde ich gerne noch lange fortsetzen. Aber ich glaube, es ist jetzt allen klar geworden, dass diese Deeskalationsräume eigentlich sehr, sehr gut für uns als Community sind, weil wir uns sehr viele Schäden und Geld sparen im Vergleich zu Straßenschlachten und Ähnlichem, wenn ich Sie so verstanden habe, Herr Professor. Das steht mir aber nicht zu.

Ich begrüße nunmehr den Herrn Abg. Weber von den NEOS, der jetzt am Wort ist. Wollen Sie das Wort ergreifen, Herr Abgeordneter?

GR Thomas **Weber** (NEOS): Vielen Dank fürs Wort und auch soweit danke an Sie für Ihre Ausführungen bis jetzt. Ich habe eine Frage: 2018 haben Sie eine Zusatzsubvention beantragt, die auch genehmigt wurde, in der Höhe von ungefähr 24 000 EUR. Die Begründung für diese Zusatzsubvention war eine Unterstützungsleistung bei der Zahlung eines Abfertigungsanspruches. Meine Frage an Sie ist: War das eine Ausnahmesituation, dass Sie für einen Abfertigungsanspruch zusätzliche Mittel bekommen? Oder ist das eigentlich systemimmanent, in Zukunft auch immer weiter so wann immer es hier Abfertigungszahlungen geben wird, dass Sie da weitere finanzielle Mittel benötigen dafür? Oder gibt es da Rücklagen im Verein dafür?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Das ist eine wichtige und schwierige Frage. Wir hatten, also ich spreche jetzt einmal als auch, wie soll man sagen, ein steuerrechtlicher

Laie oder wie auch immer. Aber soweit mir bekannt ist, und das hat mir auch das Stadtratsbüro immer und auch die MA 13 bestätigt, war es uns nicht erlaubt, und auch das Kontrollamt hat das in einer Prüfung festgehalten, dass wir keine Rücklagen bilden durften für Abfertigung alt. Das heißt, wir hatten jetzt letztes Jahr eine Pensionierung, dafür waren diese 24 000 EUR. Wir haben jetzt eine Pensionierung, dafür gibt es übrigens auch ein Sondersubventionsansuchen, um diese Kosten tragen zu können, weil wir die aus den laufenden Budgets nicht tragen können. Soweit ich das verstanden habe, auch im Gespräch mit dem Stadtrat, gibt es hier auch das Commitment, dass wir uns an der damals geltenden Richtlinie orientieren können und das auch nach wie vor gilt. Das wurde uns zuletzt auch immer von der MA 13 so bestätigt, mit der wir ja diese Subventionsansuchen besprechen.

Es ist ja auch hier so, dass ja das Subventionsansuchen letztes Jahr Abfertigung alt... eher nicht sozusagen einfach so ins Blaue geschickt wurde, sondern vorher abgeklärt wurde sowohl auf der Stadtrats-, als auch auf der Verwaltungsebene klarerweise.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich darf kurzfristig das Wort dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Sladeček erteilen.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Danke, ich habe nur eine Frage: Wie viele Dienstnehmer haben Sie, die vor dem 1.1.2003 ihr Dienstverhältnis begonnen haben?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Wir haben jetzt noch eine aktive Dienstnehmerin.

Vors.-Stv. HR Dr. Einar **Sladeček**: Okay, das heißt, es kann nur noch ein einziges Mal vorkommen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Ja.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Abg. Weber ist am Wort. Er gibt das Wort weiter an die Frau Olischar. Die verzichtet auf das Wort. Dann geht es weiter bei den GRÜNEN, auch Verzicht. Dann gehen wir zur FPÖ, Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Ich möchte noch einmal zurück zum Anfang kommen, wo Sie erläutert haben, dass Sie zwar chronisch zu wenig Geld haben, aber etwas tun würden, wenn es sozusagen ganz schlimm wird, und dass Sie da direkt zum Herrn Stadtrat gehen. Jetzt würde mich interessieren, die Subventionsansuchen, die Sie stellen, sind aber, soweit wir das jedenfalls sehen, durchwegs für einen Betrag, der nicht entsprechend höher ist, als wie Sie sich das eigentlich wünschen würden. Jetzt die Frage: Wie kommt das zustande? Machen Sie sich das vorher mit dem Herrn Stadtrat aus? Oder beschränken Sie sich selber in weiser Voraussicht? Oder wie ist das zu sehen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Na mit dem Stadtrat, das war völlig missverständlich. Ich geh' nicht zum Stadtrat und diskutier' mit ihm vorweg die Höhe der Subvention. Ich habe nur gesagt, sollte es dazu kommen, dass wir in eine Situation kommen, die uns gefährdet, dass wir missbräuchlich die Subvention verwenden, weil wir es uns

nämlich gar nicht leisten können, uns quasi zu überschulden, dann würde ich zum Bürgermeister rennen oder zum Stadtrat, und hab' nur gesagt, dass wir bestimmte Dinge natürlich auch besprechen wie zum Beispiel die Frage der Abfertigung alt, die eine dringliche Frage war, die wir so..., oder die Frage mit der Gesiba. Das sind inhaltliche Fragen, die wir auch auf politischer Ebene diskutiert haben, weil das wichtig war, weil die MA 13 zum Beispiel sagt, mit der Gesiba legen wir uns nicht an, aber der Herr Stadtrat kann sich vielleicht eher erlauben, ein Gespräch mit dem Generaldirektor zu führen. Soweit zu dieser Frage. Also es ist nicht so, dass wir das im Vorfeld abklären. Aber was wir natürlich tun ist, wir sprechen mit der MA 13. Das heißt, es macht ja gar keinen Sinn zu sagen, wir legen ein Subventionsansuchen von 350'000 EUR, was wir uns vielleicht wünschen würden, wo wir wissen, das hat überhaupt keine Chance, sondern wir versuchen... Das ist eine Folge der Bewältigung der Krise, die wir Anfang der 2010er-Jahre oder Ende des ersten Jahrzehnts hatten, wo wir eben quasi in diese Situation kamen, wo wir gesagt haben: Die Stadt Wien hat damals deklariert in langen Gesprächen - Florianschütz wurde angesprochen, war immer dabei, Vertreter der MA 13, da war das. Die Conclusio war, die Stadt Wien garantiert die Grundkostenfinanzierung des Hauses und auf diese Vereinbarung stellen wir die Subvention. Das heißt, wir gehen eben nicht her und sagen, wir brauchen jetzt für die Aktivität XY noch zusätzlich 30'000 oder 50'000 EUR, sondern wir sagen: Es gibt eine Grundkostenstruktur, die so und so aussieht. Dazu zählt aber auch ein bestimmter Spielraum für Aktivitäten, für Programmgestaltung, oder einfach für das Programmheft, das es geben muss. Aber nicht für Aktivitäten, die darüber hinausgehen, weil da haben wir uns verpflichtet, dass wir über Eigenmittel, über die Entgeltzahlungen für die Nutzung der Räume und Ähnliches mehr, über Projekte diese Gelder sozusagen hereinwerben und daran halten wir uns. Das heißt, es gibt selbstverständlich immer das Gespräch mit der MA 13 und immer die Abklärung. Wir klagen natürlich darüber und was wir fordern, ist die Valorisierung. Das heißt, wir sagen, es fällt uns irgendwann einmal auf den Kopf und wir sind natürlich auch permanent in dieser Situation wie alle anderen Vereine oder Einrichtungen auch, wenn die steigenden Kosten für Vermietung, Betriebskosten, Personal nicht auch in der Subvention ihren Niederschlag finden - irgendwann einmal geht es sich nicht aus. Diese Situation, die wird dann möglicherweise auch politisch diskutiert. Aber über die Höhe der Subvention sprechen wir natürlich ausschließlich mit den Subventions..., also mit der MA 13 diskutieren wir das auf der Grundlage der Vereinbarung, die wir mit der MA 13 getroffen haben. Und die ist eben eine Vereinbarung über die Grundkostenfinanzierung des Hauses.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Fürnkranz!

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Da muss ich jetzt nachfragen. Es gibt also eine Grundsatzvereinbarung über die Finanzierung des Amerlinghauses. Können wir die haben, weil das ist ja sozusagen...? Und von wann datiert die?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Also vielleicht, um das zu präzisieren: Die Vereinbarung ist das Ergebnis eines mehrmonatigen Prozesses der Diskussion mit Vertretern der Stadt, des Gemeinderates, wie auch der Behörde, der MA 13, über die Lösung der Budgetsituation des Amerlinghauses. Selbstverständlich ist das keine Vereinbarung, die sagt, ihr kriegt jetzt auf blanko in den nächsten, ich weiß nicht, solange ihr lebt, das Haus gibt jährlich diese Subvention, sondern es war die Vereinbarung, dass wir Subventionsansuchen von Jahr zu Jahr stellen, die jeweils entschieden werden müssen, aber immer nur auf der Grundlage des Wissens der Grundkosten, das heißt, nicht darüber hinaus. Das ist der wesentliche Punkt, weil wir ja sozusagen sonst in der...Ich weiß nicht, ob ich das klar vermittelt hab'. Das heißt, uns ist wichtig, dass die Grundstruktur des Hauses finanziert ist. Wenn wir gezwungen werden, wie ich das vorhin geschildert hab', dass wir in die Personalstruktur eingreifen indem wir Stunden reduzieren oder überhaupt vielleicht eine Personalkostenänderung vornehmen müssen, dann ist das eine Konsequenz davon, dass wir eben seit ungefähr zehn Jahren oder acht Jahren, ich weiß es nicht mehr genau, de facto die gleiche Subventionshöhe bekommen, die damals war und an der wir auch gerne rütteln würden, wo wir aber gleichzeitig wissen, dass es derzeit dafür keine Mehrheiten gibt und gab. Das besprechen wir vorweg, wie gesagt, noch einmal mit der Stadt Wien, also mit der MA 13. Aber nur, diese Vereinbarung ist nicht eine Vereinbarung der politischen Natur, wo man sagt, ihr kriegt auf ewig und immer eine Subvention, sondern es ist nur die Vereinbarung zwischen der MA 13 und uns zu sagen, die stellen die Subvention in dieser Art und Weise und werden das auch in Zukunft tun, wenn wir Subventionen stellen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Dann könnten Sie diese Vereinbarung der Kommission eigentlich zur Verfügung stellen, wenn ich das richtig sehe, oder?

Christoph **Reinprecht**: Das ist eine gute Frage. Ich weiß gar nicht, wie weit die schriftlich vorliegt. Ich kann... Naja, dann müsste ich, das liegt ja im Gemeinde..., also bei den Fraktionen oder bei der MA 13. Ich kann mich nicht, ich hab' sie nicht. Verstehen Sie, das war ein Commitment zwischen uns und der MA 13. Dieser Prozess ist sehr klar dokumentiert, dass wir hier sagen, wir fordern nicht wild, sondern wir wünschen uns sozusagen eine Förderung, die eine Förderung der Grundstruktur des Hauses ist.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Fürnkranz, nachdem wir ja die Zeugin noch einmal sehen werden und dann noch, glaube ich, ein Punkt offen war, was halten Sie davon, wenn wir sie dazu noch einmal befragen am 14. Februar?

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Ja sicher.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Der Zeuge jetzt kann es uns nicht sagen.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Nein, nein, aber die Unterlage, wenn es eine gibt, die tät' (*Zwischenruf: Dann soll sie es..., ja.*) ich schon gerne sehen. Jetzt noch einmal zur Präzisierung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Fürnkranz ist am Wort.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Die Frage: Sie besprechen alles mit der MA 13, wer ist es da konkret?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Das ist die Frau Bauer-Sebek beziehungsweise Frau Piegler, aktuell auch die Frau Gall.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Und ist es für Sie vorstellbar, dass die Frau Abteilungsleiterin nicht weiß, dass Sie großen Finanzbedarf hätten über das hinaus, was Sie tatsächlich bekommen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Na sicher wissen die das. Aber die Frau Abteilungsleiterin hat ja auch ein bestimmtes Budget zur Verfügung und macht uns darauf aufmerksam, was realistisch überhaupt durchsetzbar ist. Und das besprechen wir offen. Das haben wir ja vorhin andiskutiert. Wir haben ein ganz offenes Verhältnis und es gibt weder von unserer Seite noch von der Frau Abteilungsleiterin oder der MA 13 irgendeine Täuscherei. Wir machen das ganz klar. Wir sagen, was wir bräuchten.

Die MA 13 sagt uns, was realistisch überhaupt möglich ist, nämlich die Fortschreibung der letzten Jahre, und wir stellen ein meistens leicht erhöhtes Budget, einen leicht erhöhten Budgetantrag, aber nicht darüber hinaus.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Professor, darf ich mich noch einmal auf die vorangegangene Frage des Abg. Fürnkranz beziehen? Sollte so etwas in schriftlicher Form vorliegen beim Magistrat, hätten Sie als Obmann des Vereines etwas einzuwenden, dass wir uns das als Kommission beschaffen?

Christoph **Reinprecht**: Nein, nein, auf keinen Fall, weil das ja eine Vereinbarung war, die ja für die fortlaufende Gebarung relevant ist.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ich werte das als Zustimmung der Herbeischaffung dieser Urkunde. Danke, Herr Professor.

Christoph **Reinprecht**: Aber wie gesagt, ich darf nur hinzufügen, dass ich nicht weiß, in welcher es sie überhaupt gibt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Ja, sollte sie vorliegen, das hab' ich gesagt, ja, okay. Herr Fürnkranz, aber nein, jetzt kommt Herr Kohlbauer.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Weniger antikapitalistisch als so viele Vereine bei Ihnen im Haus, Sie haben es schon erwähnt, ist das Amerlingbeisl. Meine Frage, Sie haben es hier schon angesprochen, da gibt es auch ein Entgelt was die Bezahlung, ob das einer angemessenen Miete entspricht, was dort die Betreibergesellschaft bezahlt, oder ob die dort auch de facto kostenlos oder mit einem kleinen Betrag ihren Betrieb erhalten?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Nein, Sie unterliegen da einem Irrtum. Das Amerlingbeisl ist eigenständiger Mieter der Gesiba für die Fläche der Nutzung. Nur die Hofnutzung ist sozusagen ein Gegenstand einer Vereinbarung, einer schriftlichen Vereinbarung, die sicher auch zur Verfügung gestellt werden kann, weil die wahrscheinlich auch Gegenstand der Unterlagen der MA 13 ist zwischen dem

Verein Kulturzentrum und dem Amerlingbeisl. Es geht nur um die Hofnutzung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer, Ihr Mikrofon ist eingeschalten.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Jawohl. Meine weitere Frage, und zwar sagt Ihnen...

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Kohlbauer!

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Kohlbauer, das hat er gerade gesagt, der Herr Vorsitzende. Ihnen ist wahrscheinlich der Verein Revolution bekannt, der bei Ihnen im Haus ist. Jetzt ist es so, meine Frage: Ist der Verein Revolution im Besitz Ihres Vereines, wo Sie der Vorsitzende sind, 1 zu 1? Kann das sein?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Was meinen Sie mit "Im Besitz des Vereines"?

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Naja, dass gleichzeitig Sie auch ihr Vorstand und Sie als Präsident der Obmann des Vereines sind?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler** (unterbrechend): Herr Kohlbauer, entschuldigen Sie, Sie haben mich vorhin missverstanden. Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, dass Ihr Mikrofon nach Ende Ihrer Wortmeldung eingeschaltet geblieben ist, was Sie sofort als Freibrief für eine weitere Zusatzfrage genommen haben, deren Sinnhaftigkeit sich mir jetzt gegen Ende des Tages wieder nicht erschließt. Aber können Sie es vielleicht anders formulieren, dass man den Zeugen da ein bisschen leichter antworten lassen kann?

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Selbstverständlich kann ich so etwas umformulieren. Es ist so, dass der Verein Revolution, der im Amerlinghaus sitzt, auch Gegenstand einer Debatte im Gemeinderat war, wo da ebenfalls auch der SPÖ-Kollege..., er ist leider nicht unter den Mitgliedern der U-Kommission, selbst gesagt hat, er wäre nicht förderungswürdig. Es geht hier um diverseste linksextreme Dinge, die dort passieren. Es ist so, dass dieser Verein justament auf der Homepage und auch auf seinen Drucksorten als Impressum anfügt als Eigentümer Herausgeber Verein Kulturzentrum Spittelberg. Und hier jetzt die Frage, ob der Verein Kulturzentrum Spittelberg auch gleichzeitig der Verein Revolution ist?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Mir ist der Verein weder bekannt, noch ist mir bekannt, dass ich Vorsitzender des Vereines sein soll (*Zwischenrufe*).

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Das ist, glaube ich, eine klare Antwort, Herr Kohlbauer. Jetzt möchte ich das Wort Herrn Blind erteilen.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Die Frage, ob er Ihnen bekannt ist, da will ich schon noch ganz gerne nachstoßen, weil er als Organisation, die im Amerlinghaus residiert, auf Ihrer Homepage angeführt ist.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Ja, aber ich muss Ihnen sagen, ich kenne nicht alle, ich glaube, 55 oder 53 Vereine oder Gruppen, die im Haus sozusagen aktiv sind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Okay, muss man ja nicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Habt ihr vielleicht noch Nachfragen? Kohlbauer fällt wieder etwas ein, bitte.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Ja, noch eine Nachfrage. Ist es üblich, dass Vereine, die im Amerlinghaus tätig sind oder auch ihren Sitz haben, dann als Impressum angeben, dass der Inhaber des Vereins der Verein Kulturzentrum Spittelberg wäre?

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Herr Reinprecht!

Christoph **Reinprecht**: Ich kenne das Dokument nicht, daher kann ich nichts dazu sagen. Und das kommt mir befremdlich vor.

Vorsitzender Dr. Wolfgang **Heufler**: Dann geht es zu den Sozialdemokraten, die mir signalisieren, dass sie keine weiteren - Herr Stürzenbecher vielleicht? Nein, gut. Dann gehen wir weiter zu den NEOS, Herr Weber?

Schüttelt den Kopf. Jetzt kommt aber Frau Olischar - schüttelt auch den Kopf. Jetzt sind wir beim Herrn Margulies - schüttelt den Kopf. Jetzt bin ich gespannt: FPÖ? Schütteln den Kopf.

Ich bedanke mich beim Herrn Professor für seine wirklich teilweise spannenden vorlesungsartigen Ausführungen. Ich bitte Sie kurz zu mir zur Verabschiedung, weil Sie kriegen noch eine Belohnung für Mikrofondisziplin.

Ich bitte die Fraktionsvorsitzenden zu bleiben, weil wir noch Termine abstimmen müssen und wen wir zu den Folgeterminen laden.

Ansonsten schließe ich die Sitzung um 17.25 Uhr und danke den Erschienenen für ihr Kommen. Danke.

(Schluss um 17.25 Uhr.)